

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Streifen für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit Montag außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilte Kolonizelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 5. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Eine nette „Christen“-Gesellschaft.

Der „Gewerkverein christlicher Vergleute“ scheint eine glückliche Hand in der Auswahl seiner Beamten zu besitzen. Seine Arbeiterorganisation belästigt die Öffentlichkeit mehr mit Lamentationen über die „Schlechtigkeit der Sozialdemokraten“, wie dieser Gewerkverein; fortgesetzt stellen sich seine Leiter als bemitleidenswerte Märtyrer vor. Da ist es am Platze, uns diese Märtyrer etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Die neueste Nummer der „Vergarbeiter-Zeitung“ bietet hierzu überreichliche Gelegenheit. Was schon in dieser einzigen Nummer des genannten Blattes über die „Märtyrer“ enthalten ist, nimmt ihnen das Recht zu Lamentationen über andere Leute.

Anlässlich eines Vergarbeiterstreiks auf einer lothringischen Kohlengrube gerieten die Vergarbeiterverbände und Gewerksvereine über die Frage der Streikunterstützung aneinander. Im Verlauf dieser Streitigkeiten gab „die Bezirksleitung des christlichen Gewerksvereins“ ein von Roheiten und Verleumdungen strotzendes Flugblatt gegen den Genossen Leimpeters-Saarbrücken heraus. Wie das Schmutzblatt beschaffen war, geht schon daraus hervor, daß es auch eine „Biographie des Genossen Singer“, der u. a. „ein alter Mastabäcker“ genannt wurde, enthielt. Dies infame Hineinzerren eines Parteiführers in einen Streit, mit dem Singer und die sozialdemokratische Partei rein gar nichts zu tun hat, kennzeichnet den „christlichen“ Flugblattskribenten zur Genüge. Leimpeters verlagte den „christlichen“ Bezirksleiter, Gewerksvereinssekretär Hüstes, als den mutmaßlichen Verfasser, der Vorjacht halber verlagte L. auch den Bruder und Verleger des Schmutzblattes. Es verriet durch Ausdrucksweise und Stil den Herrn Hüstes zwar als Verfasser, aber — der Zentrumschrift bestritt jetzt vor Gericht, der Verfasser zu sein, obgleich „die Bezirksleitung“ unterzeichnet hatte! Der Bruder und Verleger erklärte sich zu einem Widerruf der Verleumdungen in seiner Zeitung bereit, aber Genosse Leimpeters beantragte die Prozeßvertretung, um den zweiten Gewerkschaftssekretär, einen Herrn Gutschle, als vielleicht noch in Betracht kommenden Schmutzblattverfasser zu verklagen, obgleich der Inhalt des Schmutzblattes deutlich auf den Bezirksleiter Hüstes hinwies. Der wollte zu der Zeit „berreift“ gewesen sein. Kurzum, der vor dem Prozeß sehr sicher auftretende Herr wich vor Gericht tapfer vor der Beweisführung zurück.

Auch eine feine Nummer ist der „Generalsekretär des Gewerksvereins christlicher Vergleute“, Reichstagsabgeordneter Franz Vehrens, der Zustimmung des gewerkschaftsfeindlichen Sprachenparagrafen in Reichsvereinsgesetz. Wo die „christlichen“ Gewerksvereinsangestellten sich vor den Gewerksvereinsmitgliedern über die Steuervorlagen der Regierung auslassen, da wird betont, daß sie „die schwachen Schultern nicht treffen dürfen“. Vor Arbeitern kann man schlechterdings eine Steuerpolitik, die zuguterletzt auf die Belastung der ärmsten Volksschicht hinausläuft, nicht das Wort reden. Wie ein „christlich-sozialer Arbeitervertreter“ aber die Steuerfrage zu „lösen“ gewillt ist, das hat Abgeordneter Vehrens wundervoll in einem Briefe an einen Brauereibesitzer in Wehlar ausgedrückt. Dieser Herr hatte im Namen der Interessenten den Abgeordneten Vehrens, als Vertreter des Kreises Wehlar-Altenkirchen, gebeten, in eine zu arrangierende Volksversammlung zu kommen, um sich dort zu informieren über die Lage der Brauindustrie und seine Stellung zur Brausteuern zur präzisieren. In dem Briefe an den Abg. Vehrens heißt es:

„Wer wie Sie die Verhältnisse auf dem Lande kennt, der weiß, daß für den schwerarbeitenden Kleinbauern, den Verg- und Gärtenarbeiter die einzige Labial nach seinem mühevollen Tageswerk ein Glas Bier ist.“

Dieses ihm zu nehmen oder nur zu verjähern oder auch zu verteuern würde gegen jegliche soziale Empfinden sprechen und würde Kaiser leiten auf die Wahlen der Sozialdemokratie.

Verachtet Herr Abgeordneter, wir wissen, daß Sie es für Ihre Pflicht erachten, nicht nur für den Mittelstand, sondern mehr noch für den Bauern- und Arbeiterstand einzutreten. Hier in diesem Falle, in dem Angehörige dieser Stände neu belastet werden sollen, hoffen wir auf Ihre tatkräftige Mithilfe, um diese Belastung abzuwehren.

Wir bitten Sie daher um Ihr freundliches Erscheinen in einer von uns im großen Saale des Schützengartens einzuberufenden Volksversammlung, deren Termin nach Ihren Wünschen zu vereinbaren wäre.“

Auf diesen Brief antwortete der Herr Generalsekretär und Reichstagsabgeordnete Vehrens:

Reichstag, den 16. März 1909.

Herrn Brauereibesitzer R. A. Wehlar. Von den Brauereien des Kreises Wehlar erhielt ich am 11. März 1909 die Zuschrift in Angelegenheit der steuerlichen Mehrbelastung des Bieres.

Die in der Zuschrift ausgeführten Darlegungen sind mir sehr wertvoll und werde ich sie in zweckentsprechender Weise bewerten.

Meine Stellungnahme zu der fraglichen Steuer habe ich im Kreise Wehlar dem Vorstand des Biervereins gelegentlich einer

Versammlung in Rodheim dargelegt und auch in öffentlichen Versammlungen darüber gesprochen.

Ich werde einer Biersteuer nur zustimmen, wenn ich der Ueberzeugung bin, daß durch sie das Braugewerbe und der Wirtschaft nicht getroffen wird.

Zweifellos ist, daß wir nach Lage der Verhältnisse nicht um eine Biersteuer herumkommen. Es ist im Reichstage eine sichere Mehrheit dafür.

Es ist deshalb zweckmäßig, wenn die Interessenten, ich meine die Brauereien und Wirte, danach trachten, die „Abwägungsnotwendigkeit“ sicher zu stellen.

Wenn Sie mit in dieser Beziehung mit gutem Rat und Vorschlägen dienen können, so bin ich Ihnen sehr herzlich dankbar. Ich bitte Sie, geehrter Herr R. A., Ihren Herren Berufskollegen, soweit sie den Brief vom 10. März mitunterzeichnet haben, von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll  
gez. Franz Vehrens, Mitglied des Reichstages.

So schreibt der „christliche“ Generalsekretär einer Arbeiterorganisation, nicht etwa eines Industriellenverbandes! Der von den Arbeitergroßen besoldete Generalsekretär Abg. Vehrens will einer Biersteuer nur zustimmen, wenn er die Ueberzeugung hat, daß sie auf die ärmsten Volksschichten, auf die Arbeiter, abgewälzt werden kann! Wie ist es möglich, daß ein solcher Generalsekretär sich auch nur einen Tag als Beamter einer Arbeitergewerkschaft halten kann! Vor den Gewerksvereinsmitgliedern wird betont, die Steuern müßten auf die starken Schultern gewälzt werden. Den Brauereibesitzern verüßelt der „christliche“ Generalsekretär, er würde nur für eine Biersteuer stimmen, die sich von den stärkeren Schultern auf die schwächsten Schultern abwälzen ließe! Den christlichen Vergleuten ist wirklich zu gratulieren wegen ihres Generalsekretärs.

Er hat auf seinen Brief eine Antwort aus Wehlar von Handwerkern und kleinen Geschäftsleuten erhalten. In diesem Briefe wird Herrn Vehrens ins Stammbuch geschrieben:

„Eine gerechte Belastung aller Volksschichten ist nur möglich, wenn jeder einzelne Staatsbürger nach seinem Einkommen, nach seinem Vermögen, kurzum nach seinem Bestreben zur Steuerleistung herangezogen wird! Der größte Teil der Handel- und Gewerbetreibenden sieht daher auf dem Standpunkt, daß eine Reichs-erbschaftsteuer — bezw. Nachlasssteuer und eine Reichsvermögenssteuer die gerechtesten Steuerarten wären!“

Sie lassen sich nicht willkürlich abwälzen und belasten je nach ihrer Befähigung nur wirklich tragfähige Schultern.

Wir bitten Sie, für Einführung dieser Steuern zu wirken und uns geistl. Nachricht geben zu wollen, welches Ihre geschätzte Meinung zu diesen weiteren Vorschlägen ist. Wir erwarten in unseren Ansichten von Ihnen schon deswegen beharrt zu werden, weil diese vorgelegenen Steuern doch gewiß auch für die Arbeiter den gangbarsten Ausweg darstellen. Als spezieller Vertreter der Arbeiterschaft werden Sie gewiß mit Freuden begrüßen, daß auch in unseren Kreisen Ansichten vorhanden sind, die sich mit den Wünschen der Arbeiter in Steuerfragen decken.

In der Hoffnung, besonders bei Ihnen hinsichtlich der Interessen des sogenannten „kleinen Mannes“ Verständnis und Vertretung zu finden, zeichnen  
Mit aller Hochachtung  
(Folgen Namen.)

Der „christliche“ Generalsekretär muß sich von nicht dem Vohnarbeiterstande angehörenden Bürgern belehren lassen, daß er als Angestellter einer Arbeiterorganisation die Interessen der Arbeiter zu vertreten habe! Diese Belehrung wird von Herrn Vehrens abprallen; er hat „höhere Interessen“ zu schützen.

Wie wir schon in der Nummer 96 mitteilten, hat ein zentrumschristlicher Jesuit fromm und froh den Genossen Ludwig Schröder, zweiten Vorsitzenden des Vergarbeiterverbandes, verleumdet, wesentlich unwahr einen „christlichen“ als Verfasser des gegen den würdigen Zentrumsabgeordneten Bruß gerichteten 30 000 Mark-Flugblattes bezeichnet zu haben. Ein Brief, den Schröder am 9. August 1904 schrieb, ist in der Zentrumspresse („Germania“ vom 23. April 1909, „Königliche Volkszeitung“ vom selben Datum) abgedruckt und mit folgendem Zusatz versehen:

„Wlo auch Schröder redet dreist von einem „Schurkenstreich der Christlichen“, obwohl dem Verbandsvorstande die sozialdemokratische Verunst des Flugblattes bekannt war.“

Der gleiche Wortlaut der Anmerkung in den beiden Zentrumsblättern beweist, daß der Artikel verbleiblichst von einer Person, die höchstwahrscheinlich im Zentralbureau des „christlichen Gewerksvereins“ sehr gut bekannt ist, verfaßt wurde. Wir teilten schon in Nr. 96 mit, der Brief Schröders sei einen ganzen Monat vor dem Erscheinen des Flugblattes geschrieben, kann sich also gar nicht darauf beziehen. Noch hat, soweit wir übersehen, kein Zentrumsblatt die infame Verächtlichmachung gegen Schröder zurückschicken! Nun macht die „Vergarbeiter-Zeitung“ darauf aufmerksam, der „christliche Vergknappe“ veröffentliche zwar auch den Brief, aber nicht den verleumderischen Zusatz! Das ist wieder sehr bezeichnend: Die Vergarbeiterleser des „Vergknappens“ wissen, daß die Knappheitswahl einen Monat später stattfand, als Schröder den Brief schrieb, er sich deshalb gar nicht auf die Flugblattgeschichte beziehen konnte. Vor kundigen Lesern waagt man den Brief nicht in der Weise anzuschlagen, aber man hält es auch nicht für notwendig, vor unkundigen Lesern die Wahrheit zu bekennen. Diese Gesellschaft hat dann die Dreistigkeit, über „unehrliche Kampfweise der Sozialdemokraten“ zu lärmern.

Ein drittes Stückchen reiht sich würdig an. Der Vergarbeiterverband wollte nach der Radbodkatastrophe in der Nähe der Bode eine Versammlung abhalten. Der Inhaber des Saales, in dem auch der katholische Arbeiterverein tagt, sagte den Verbändlern den Saal zu, zog die Zusage aber plötzlich zurück. Gestützt auf glaubwürdige Mitteilungen kennzeichnete die „Vergarbeiter-Zeitung“ den „christlichen“ Sekretär Terbrügge der Saalabtreiberi und schüttelte ihn derb, getreu einem Ausspruch des Gewerksvereinsführers und Abgeordneten Giesberts: „Eines der schmachvollsten und erbärmlichsten Mittel, den Gegner zu bekämpfen, ist, ihm die Lokale abzutreiben“. Terbrügge verklagte den Redakteur Wagner von der „Vergarbeiter-Zeitung“. Das Schöffengericht verurteilte den Genossen Wagner zu 50 M. Geldstrafe. Lieber diesen Prozeß verbreitete die Zentrumsverleumdungspresse einen Bericht, worin es hieß: „Wagner konnte als Beweis für seine Behauptungen nichts vorbringen!“ Wagner legte Verufung gegen das Urteil ein und nun geht aus dem Prozeßbericht hervor, daß das Schöffengericht jeden angezeigten Wahrheitsbeweis abgelehnt hat!!! Wagner hatte eine Reihe Zeugen vorgeschlagen, aber keinen hat das Gericht vernommen. Die Strafkammer erklärte das zwar für rechtsirrtümlich, lehnte aber ebenfalls, weil der Kläger keine Verufung eingeleitet habe, die Zeugenvernehmung ab! Das Gericht unterstellte zugunsten des Angeklagten, daß der Wahrheitsbeweis völlig erbracht sei, verurteilte ihn nur wegen formaler Verleumdigung!

Endlich ein Kabinettstückchen, das gerade jetzt, wo die „fromme“ Presse widerhallt von dem Geschehen über das fälschlich dem Vorstande des Vergarbeiterverbandes zugeschriebene 30 000 Mark-Flugblatt, aktuell ist. Seit Wochen — die „Vergarbeiter-Zeitung“ stellt fest, schon vor der „Entfaltung“ des 30 000 Mark-Flugblattes — wird insgeheim in den Ruhrbergarbeiterkreisen ein auf einem Heliographenapparat vervielfältigtes Schriftstück verbreitet, das infame Verdächtigungen gegen den Redakteur der „Vergarbeiter-Zeitung“, Genossen Pokorny, enthält! Das schmutzige Nachwerk trägt die Unterschrift: „Ein Altverbänder“, soll also damit als aus den Reihen der Verbandsgenossen Pokornys kommend abisert werden. Es wird unter der Hand verbreitet, zirkuliert vornehmlich im Kreise Reddinghausen, wo Pokorny als Reichstagskandidat aufgestellt ist. Als endlich ein Exemplar des Nachwerkes in die Hände des Verleumdeten geriet und er es veröffentlichte, wandte sich in einem Zeitungsaufsatz der Generalsekretär des christlichen Gewerksvereins, Effert, „mit Absichten“ dagegen! Der „Vergknappe“ schrieb dazu:

„Die von uns angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß das Blatt wohl nur aus Verbandskreisen stammt. Im alten Verbands scheint eine ganz gewaltige Mißstimmung gegen Pokorny zu herrschen.“

Die „Vergarbeiter-Zeitung“ ist nun aber in der Lage, den Schleier zu lüften. Sie schreibt in ihrer neuesten Nummer: „Wir stellen fest, daß der Verbreiter des Zirkulärs für Buer und Umgegend der christliche Bezirksleiter Peter Spükel aus Beddinghausen der Buer ist.“

Das durfte gerade jetzt nicht kommen, wo die sittlich entristeten Zentrumsjesuiten sich die Finger wund schreiben über die angebliche „Verleumdungsjucht und Unehrllichkeit der Sozialdemokraten“.

Wenn man so aus einer einzigen Zeitungsummer eine ganze Clique von „Christen“ zusammenstellen kann, die den christlichen Geboten der Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe mit vereinten Kräften ins Gesicht schlägt, dann muß man die Arbeiter bebauern, die sich durch solche „Arbeitervertreter“ gegen die Klassengenossen fanatisieren lassen.

## Die Komödie der Beamtenbefolgung.

Als im preussischen Landtag die Besoldung von 272 000 Beamten geregelt wurde, war es bekanntlich gerade die sozialdemokratische Fraktion, die mit äußerster Energie für eine Besserstellung namentlich der unteren und mittleren Beamten eintrat. Die Sozialdemokratie forderte nicht nur ein erhebliches Hinausgehen über die Gehaltsansätze der Regierungsvorlage, sondern übte auch an den von den bürgerlichen Parteien schließlich einmütig festgelegten Gehaltsätzen die schärfste Kritik.

Leider vergebens! Trotdem von dem sozialdemokratischen Redner an Hand der erbärmlichen Gehälter einerseits, der hohen Mieten sowie der sonstigen Lebenshaltung andererseits nachgewiesen wurde, daß namentlich die Unterbeamten, aber auch weite Schichten der mittleren Beamten mit den ihnen von den bürgerlichen Parteien bewilligten Gehaltsätzen ein menschenwürdiges Dasein nicht führen könnten, erklärten die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien, Zentrum, Konservative, Nationalliberale und Freisinnige, daß höhere Gehaltsätze unter keinen Umständen bewilligt werden könnten, da die nötigen Mittel dafür nicht vorhanden seien. Vergewens war der Nachweis der sozialdemokratischen Redner, daß der Mangel an Mitteln nichts als eine jämmerlich verlogene Ausrede sei, konnten doch allein die 13 Millionen, die man ohne Not für die Geistlichkeit mehr bewilligt habe, zugunsten der Beamten gespart werden. Auch sei es eine Kleinigkeit



Zeit, durch eine winzige Erhöhung der Einkommensteuer bei den höheren Einkommensstufen oder der Vermögenssteuer so viel Geld aufzubringen, wie zur Befriedigung der berechtigten und unabweisbaren Forderungen der unteren und mittleren Beamten notwendig sei. Doch war alles vergebens!

Was aber erleben wir nun im Reichstage? Hier legen sich auf einmal dieselben bürgerlichen Parteien, deren Vertreter im Landtage die Forderungen der Sozialdemokratie einmütig als viel zu weitgehend und absolut unerfüllbar abweisen, für eine über die Landtagsbeschlüsse hinausgehende Befolgungserhöhung der unteren und mittleren Beamtenstufen ins Zeug. Alle bürgerlichen Parteien erklären die Regierungsbekanntmachung — es sei nicht das nötige Geld vorhanden, um die 28 Millionen aufzubringen, die durch die Mehrforderungen notwendig würden — für belanglos. Das Geld müsse eben beschafft werden. Und als sich der Regierungsbekanntmachung auf das preussische Beamtenbefolgungsgesetz berief und erklärte, man könne den Beamten im Reich doch nicht mehr zahlen, als man den preussischen Beamten bei der Befolgungsreform zugebilligt habe, erklärte ausgerechnet der Vertreter der Konservativen, daß dann einfach Preußen die Konsequenzen ziehen, d. h. doch wohl in seinen Gehaltsstufen ebenfalls weiter gehen müsse!

So bestätigt das Verhalten der bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission des Reichstages vollauf die sozialdemokratische Kritik, die im preussischen Landtage an der preussischen Beamtenbefolgungsvorlage geübt, dort aber mit Enttäufung von den Vertretern aller bürgerlichen Parteien zurückgewiesen wurde!

Nun könnten wir uns zwar dieser späten Befolgung der bürgerlichen Parteien ja von Herzen freuen, wenn wir nur überzeugt wären, daß diese bewilligungsfreudige Stimmung anhaltend und sich nicht wieder verflüchtigen würde, falls die drohende Gefahr der Reichstagsauflösung verschwunden sein sollte! Denn offenbar ist die Einsicht der bürgerlichen Parteien nur die Furcht vor den Konsequenzen, die die Beamten bei einer Reichstagswahl unter dem Schutze des geheimen Wahlrechts an den bürgerlichen Parteien üben könnten. Bei der Befolgung mag auch besonders die scharfe Kritik mitgewirkt haben, die die Beamten auf dem ersten Beamtentag in Berlin an dem „Antibeamtentag“ des preussischen Dreiklassenparlamentes geübt haben. Vor wenigen Tagen noch zeterien die bürgerlichen Organe über die Nichtberechtigung dieser Kritik der Beamten — und jetzt legen sie durch ihre eigene Handlung, durch ihre Anträge in der Budgetkommission selbst das Geständnis ab, daß die bürgerlichen Parteien des preussischen Landtages ihre Pflicht gegenüber den schlechtgestellten Beamten nicht getan und schwer gefehlt haben, als sie sich den Forderungen der Sozialdemokratie nicht angeschlossen!

Nun, Aufgabe der Beamten wird es sein, nicht locker zu lassen und die bürgerlichen Parteien zu zwingen, auf alle Fälle bei ihren augenblicklichen Beschlüssen zu verharren. Wenn die Beamten ihre Schuldigkeit tun und sich durch das Geschrei der bürgerlichen Scharfmacher nicht ins Vordere jagen lassen, werden die bürgerlichen Parteien von ihren Beschlüssen nicht zurücktreten können, da sich ihr Verhalten sonst als eine so schamlose Komödie herausstellen würde, daß sie es mit der Beamtenschaft völlig verstanden hätten!

#### Aus der Sitzung vom 4. Mai wird gemeldet:

Zu einer recht scharfen Auseinandersetzung kam es heute in der Budgetkommission beim Eintritt in die Beratung über die Gehaltsaufbesserung. Die Parteien hatten sich auf eine geringe Erhöhung der Gehälter gegenüber den Sägen der Regierungsvorlage geeinigt und einen entsprechenden Antrag eingebracht. So sollen nach der Regierungsvorlage in der Klasse 1a die Rechtswächter beim Kanalamt, Bahnwärter ein Gehalt von 1000 bis 1200 M. erhalten, während der gemeinsame Vorschlag der Parteien 1100 bis 1300 M. vorsteht. Für die Klasse 2a, Schaffner, Bremser der Reichseisenbahn, verlangt die Regierung 1000 bis 1500 M., während der Kommissionsvorschlag das Anfangsgehalt mit 1100 M. beginnen und auch die Portiers, Bahnsteigschaffner darunter rubrizieren will. Bei den Einzelgehältern sind einige geringe Ermäßigungen vorgeschlagen, dafür sind aber auch bei verschiedenen Stellen der mittleren und Oberbeamten seitens der Parteien Erhöhungen vorgeschlagen.

Staatssekretär Sydow erklärt, daß er habe Berechnungen anstellen lassen, wie hoch die Mehrbelastung sich nach den gemachten Vorschlägen belaufen würde. Es habe sich ergeben, daß diese Mehrbelastung nicht weniger als 20 1/2 Millionen Mark betragen würde. Und zwar würden hier auf die Kategorie der Unterbeamten 18 und auf die der mittleren Beamten 10 1/2 Millionen Mark entfallen. Die Erhöhungen würden danach insgesamt bei der Klasse der Bahnwärter 32,5, bei den Landbriefträgern 47, bei den Schaffnern 56 und bei den Ministerialsekretären hingegen nur 8 Proz. gegenüber dem bisherigen Einkommen betragen. Auf diesen Weg könne die Regierung nicht treten; sie könne sich unter keinen Umständen darauf einlassen, daß man im Reich darüber hinausgehe, was in Preußen bewilligt worden ist. Durch die Annahme der Kompromissanträge würden bei den Beamten Hoffnungen erweckt, die sich nicht erfüllen lassen. Weitere Unzufriedenheit unter den Beamten würde die Folge sein.

Erzberger. Nach dieser Erklärung scheint es, daß nach Auffassung des Staatssekretärs der Reichstag nur eine Filiale des preussischen Abgeordnetenhauses sei. Unter diesen Umständen wäre es besser, wenn die Budgetkommission ihre Debatten spare und einfach zustimme oder ablehne, was in Preußen beschlossen worden sei. In den süddeutschen Staaten seien die Unterbeamten vielfach besser gestellt als in Preußen und im Reich. Staatssekretär Sydow entgegnet, daß in den süddeutschen Staaten die Gehälter der mittleren und oberen Beamten dafür aber auch niedriger seien. Eine solche Forderung sei jetzt aber nicht mehr durchzuführen.

Genosse Singer führt aus: Es gewinnt den Anschein, daß der Staatssekretär sich viel mehr als preussischer denn als Reichsbeamter fühle. Der von ihm vertretene Standpunkt, daß sich das Reich in bezug auf die Beamtenschaft nach Preußen richten solle, sei ganz unhaltbar. Das Gegenteil könne man mit viel größerem Rechte verlangen. Wenn aber das Befolgungsgesetz an dem Widerspruch des Bundesrates scheitern sollte, so trage er dafür auch die Verantwortung. Das würde man allgemein auch in den Beamtentagen richtig begreifen. Der Staatssekretär sollte anstatt sich auf einen so scharfen ablehnenden Standpunkt zu stellen, die Zurückhaltung, welche sich die Parteien bei ihrem Kompromissvorschlag auferlegt hätten, zum Beispiel nehmen. Die Frage, wo das Geld herkommen solle, um die Erhöhung der Gehälter durchzuführen, sei leicht zu lösen, wenn die Regierung sich das englische Beispiel als Muster nehmen wolle. Wenn man allerdings nur den fünften oder gar nur den sechsten Teil des gesamten Mehrbedarfs an Steuern durch Belastung des Viehes, die übrigen vier Fünftel aber durch Erhöhung der Steuern auf Konsumgüter aufbringen wolle, so komme sie allerdings aus den Schwierigkeiten nicht leicht heraus. Er gebe sich der Hoffnung hin, daß die Budgetkommission sich durch die Drohungen des Staatssekretärs nicht beeinflussen lassen werde und daß deren Beschlüsse vom Plenum des Reichstages ratifiziert werden würden. Die Aufbesserung der Gehälter sei namentlich für die Unterbeamten eine zwingende Notwendigkeit, deren Regelung nicht mehr aufgeschoben werden dürfe. Die vereinbarte Erhöhung sei für die schlecht besoldeten Beamten sehr gering, was die Kommission unbedingt hindern müsse, den Wünschen des Staatssekretärs auch nur im geringsten entgegenzukommen.

Nach den Beschlüssen der Budgetkommission betragen die Gehälter in:

Klasse 1, dazu gehören: Rechtswächter beim Kanalamt, Bahnwärter und Rechtswächter bei der Reichseisenbahnverwaltung 1100, 1140, 1180, 1210, 1270, 1300 M.

Klasse 2: Unterbeamte der Landbriefträgerklasse bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung; Schaffner, Bremser, Schirmmänner, Portiers, Bahnsteigschaffner der Reichseisenbahnverwaltung; 1100, 1200, 1300, 1350, 1400, 1450, 1500 M.

Klasse 3: Rotenmeister, Kaffellane, Kanzleibeamter usw.; Kottenführer, Weichensteller, Eisenbahngelöhnen, Wagenwärter usw.; Unterbeamte der Heeresverwaltung und der Marineverwaltung, soweit sie nicht anderweitig aufgeführt sind; Unterbeamte der Schaffnerklasse der Reichspost- und Telegraphenverwaltung; 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800 M.

Klasse 4: Post- und Telegraphengehilfen: 1300, 1430, 1560, 1680, 1800 M.

Klasse 5: Kanzleibeamter und Hausdiener bei der Reichskasse; Rotenmeister, Raschinisten, Seiger und Raschinewärter bei der Heeres-, Marine- und Reichseisenbahnverwaltung; Untermaaschinen bei den Garnisonverwaltungen, bei den Kasernen, beim Bildungswesen, beim Waffnenwesen, bei den Leuchtfeueranlagen der Marineverwaltung; Werkmeister und Raschinenausscher bei den technischen Instituten der Heeresverwaltung usw.; Stellwerkseisenmeister der Reichseisenbahnverwaltung; Steuerleute, Raschinisten, Materialienverwalter (Unterbeamte) Telegraphen, Weichenwärter beim Kanalamt; Materialienverwalter (Unterbeamte), Lotsen 2. Klasse, Untersteuerleute, Untermaaschinen beim Waffnenwesen usw.: 1400, 1500, 1600, 1680, 1760, 1840, 1920, 2000 M.

Klasse 6: Zugführer und Oberpostmeister der Reichseisenbahnverwaltung: 1500, 1620, 1740, 1860, 1980, 2100, 2200 M.

Klasse 7: Telegraphisten, Lademeister, Schirmmeister, Wagenmeister, Bahnhofsausscher, Weichensteller 1. Klasse, Verkehrsführer (darunter Telegraphenmechaniker) der Reichseisenbahnverwaltung; Waffnenmeister, Büchsenmacher, Regimentssattler der Heeresverwaltung; Sattler der Kolonialverwaltung; Waffnenmeister bei den Proviantämtern; Unterbeamte der Reichspost- und Telegraphenverwaltung in gehobenen Dienststellungen: 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200 M.

Klasse 8: Verkehrsführer beim Kanalamt, Schiffsführer, Zeughausbäckermacher usw.

Klasse 9: Lokomotivführer der Reichseisenbahnverwaltung; Raschinisten bei den Werften, beim Waffnenwesen, beim Torpedowesen, bei den Leuchtfeueranlagen der Marineverwaltung; Schiffsführer bei den Werften, beim Waffnenwesen der Marineverwaltung (die Funktionszulage von 300 M. fällt fort); Lotsen beim Kanalamt; Steuerleute, Raschinisten, Vorseher des Briefkastenwesens beim Rügen- und Vermessungswesen usw.: 1400, 1650, 1900, 2100, 2300, 2500 M.

Klasse 10: Förster bei der Heeresverwaltung, Garnisonbau-Kassisten.

Klasse 11: Mechaniker, Raschinisten bei der Reichspostverwaltung: 1500, 1750, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800 M.

Klasse 12: Kanalschreiber, Materialienverwalter beim Kanalamt usw.: 1650, 1850, 2050, 2250, 2450, 2650, 3000 M.

Klasse 13: Kanzleisekretäre bei den Generalkassen, beim Admiralstab usw.: 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000, 3200 M.

Die Beratung wurde hier abgebrochen und auf Mittwoch verlagert.

## Die Vertagung des „Reformwerks“.

Die Finanzkommission des Reichstages hat heute ihre Beratung des Branntweinsteuergesetzes wieder aufgenommen und die Frage des Brennrechts und des sogenannten „Durchschnittsbrandes“ mit einem Pflichtgefühl diskutiert, als ob die Bestimmungen des letzten Sonnabend von größter Nebenbedeutung für das Zustandekommen der Reichsfinanzreform seien. Bülow spielt den Abgemessenen, den mit undurchdringlicher Rhinoceroshaut Ausgestatteten, der unbeirrt seine eigenen Wege geht. Allem Anschein nach denkt er „Zeit gewonnen, alles gewonnen“, und hofft darauf, daß sich schließlich durch eine entsprechende Bearbeitung der Konservativen, besonders des in Staatsdiensten stehenden Teils, doch noch eine Mehrheit für eine verlungerte Abschwächung des Sydowschen Nachlasssteuerentwurfs werde zusammenbringen lassen, zumal wenn den Konservativen auf anderen Gebieten reichliche Entschädigungen geboten würden. An eine Demission denkt Fürst Bülow, wie es scheint, nicht im entferntesten, und ebenso wenig an die Anwendung der ihm von den nationalliberalen Blättern empfohlenen „starken Mittel“, das heißt an die Reichstagsauflösung. Er versucht es lieber nach altem Rezept wieder mit dem Ravierern. Kommt Zeit, kommt Rat. Deshalb gilt es zunächst Zeit zu gewinnen. Hat Bülow mit dem Gefühl der Würdigkeit seit zwei Jahren der grauenhaften Defizitwirtschaft im Reich ruhig zugehört, nur um die feindlichen Blodpartei friedlich zusammen zu halten, warum sollte er denn nun auch nicht noch etwas länger warten können. Gut Ding will Weile haben. Tatsächlich scheint man denn auch, wie wir schon im Leitartikel unserer Montagsnummer als wahrscheinlich annahmen, sich in den sogenannten maßgebenden Kreisen mit der Absicht zu tragen, wenn es nicht anders geht, das „großenationale Reformwerk“ vorläufig zu vertagen und die aller-notwendigsten Ausgaben durch eine Anleihe zu decken. Der „Berl. Lokalanzeiger“, der in letzter Zeit öfters aus der Wilhelmstraße inspiriert und als Sondierungsinstrument benutzt wurde, macht bereits für diese Absicht Stimmung:

„Die Parteien der Rechten wie der Linken teilen die allgemeine Empfindung, daß weder der Märritz des Kanzlers noch die Auflösung des Reichstages die Schwierigkeiten der innerpolitischen Situation beseitigen könnte. Die Vertagung würde nur noch größer, die Sanierung der Reichsfinanzen nur noch weiter hinausgeschoben werden. Was hat es also für einen Sinn, mit Möglichkeiten ernsthaft zu rechnen, die der Sache, um die es allen zu tun ist, nicht förderlich sein kann? Sollte es wirklich nicht lediglich aus Blodparteien zusammengesetzten Mehrheit durchzuführen, wenn um diesen Preis das Reformwerk als Ganzes zum Siege geführt und die Annäherungspolitik der beiden letzten Jahre auch für die Zukunft gesichert werden kann? Oder sollte man im äußersten Falle sich wenigstens nicht so weit verhängen können, daß vorläufig gewisse Grundlinien als allgemeiner Rahmen für die Steuerreform festgelegt werden, dessen Ausfüllung in einzelnen während des Sommers im Einvernehmen mit allen maßgebenden Faktoren betrieben werden könnte? Dem Reiche mühten natürlich für die Zwischenzeit die nötigen Betriebsmittel zur Verfügung gestellt werden, vielleicht in der Weise, daß zunächst derjenige Teil der Steuerentwürfe, denen eine Mehrheit im Reichstage gesichert erscheint, verabschiedet und in Kraft gesetzt wird. Jedemfalls sollte man sich allenfalls darüber im Klaren sein, daß nur bei ruhiger und geduldiger Behandlung dieses schwierigen Problems der konservative Widerstand gegen eine Erweiterung der Erbschaftsteuer noch überwunden, der Liberalismus zum Enigogentommen gegenüber den Wünschen der Rechten betrogen werden

kann. Noch gibt es nicht als völlig ausgeschlossen, daß die Rechte sich mit der Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten befreunden, wenn die Wertzuwachssteuer in das Begleitungsprogramm mit aufgenommen wird, und der Preis für seine theoretische Bereitwilligkeit zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern in die Tat umsetzt. Niemand, dem das Weiden der Finanzreform ernstlich am Herzen liegt, sollte jetzt zu überstürzten Entschlüssen greifen.“

Das ist für den, der die offiziöse Sprache versteht, deutlich genug. Die Regierung möchte im Gefühl ihrer Schwäche in keinem Fall die Gegenläge zum äußersten treiben und einen Wahlkampf gegen die Junker und die Landratsbürokratie führen; und die beiden konservativen Parteien wollen noch weniger von einer Reichstagsauflösung wissen, da sie einsehen, daß das Resultat lediglich eine Stärkung der Sozialdemokratie und wahrscheinlich auch des Zentrums, aber keines linken Flügels, sein würde. Herr Dr. Wendt erklärt dem Reichstages, „nicht in Frage kommen“, da dann „die Sozialdemokraten zum mindesten vier Duzend Mandate zurückgewinnen und vielleicht zu 100 Mann im Reichstage erscheinen“ würden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai 1900.

### Wohltat oder Rechtsanspruch?

Aus dem Reichstag, 4. Mai. Nur recht wenig Interesse brachten die Vertreter der bürgerlichen Parteien der Weitererörterung der sozialdemokratischen Interpellation entgegen, die die Verhältnisse der Betriebs-Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter zur Sprache bringen sollte. Schärfer noch als am Donnerstag spitzte sich die Auseinandersetzung zu der Frage zu, ob es Mittel und Wege gebe, das, was zum Nachteil der Arbeiter jetzt als Wohlfahrtseinrichtung der Unternehmer organisiert, den Arbeitern als ein unverwundbares Recht zugänglich zu machen. Der freikonservative Abgeordnete Wendt wußte zu der Sache weiter nichts, als die abgedroschenen Redensarten über sozialdemokratische Geharbei vorzubringen. Die Unternehmer, die diese Kraft informiert haben, hätten wirklich besser getan, ein etwas sachverständigeres Medium zu bemühen. Genosse Gengsbach brachte neues Material vor. So teilte er mit, daß die Versicherungsgesellschaft „Viktoria“ für ihre 3000 Angestellten Einrichtungen getroffen hat, auf Grund deren sie sogar den Anspruch auf verbiente Lantimen verwerfen, wenn sie aus dem Dienst der Gesellschaft scheiden. Aus diesem wie aus anderen Beispielen führte er den Nachweis, daß es dringend notwendig sei, durch gesetzliche Regelung des Betriebskassenwesens den Arbeitern einen vollen Rechtsanspruch auf die Kassenbezüge auch über die Zeit ihrer Zugehörigkeit zum Betriebe hinaus oder die Rückzahlung der gezahlten Beiträge zu sichern. Genosse Gue stellte aus Veröffentlichungen christlichsozialer Arbeiter fest, daß auch von diesen viele grundsätzlich mit der sozialdemokratischen Forderung einverstanden seien, daß die Betriebskassen entweder reformiert werden oder eingehen müßten. Er warf dann die Frage auf, wie Herr v. Bethmann-Hollweg seine Erklärung, es sei nicht gut getan, in das freiwillige Hilfskassenwesen zwangsweise einzugreifen, vereinbaren könne mit dem Reichsversicherungsgesetz, das auf die Entroffnung der freien Hilfskassen abziele. Der Staatssekretär erwiderte zwar lang und breit auf alle möglichen anderen kritischen Bemerkungen, vermied es aber sorgfältig, sich über diese heikle Frage zu äußern. Das Ergebnis seiner Darlegungen war, daß an ein gesetzliches Eingreifen nicht zu denken sei, da eine große Fülle anderer sozialpolitischer Aufgaben der Erledigung harren, daß eher im Verwaltungswege auf eine Milderung der jutage getretenen Verhältnisse hingewirkt werden könne. Mit diesem mageren Trost schloß die Besprechung der Interpellation.

### Höheres Schulwesen in Preußen.

Am Dienstag beendete das Abgeordnetenhaus die allgemeine Besprechung des Kapitels des Kultusetats „Höheres Lehranstalten“. Die Kräfte Hoffmann drohtlich den Klassencharakter der Volksschule nachgewiesen hat, so zeigte jetzt Ströbel, daß auch den höheren Schulen der Klassencharakter aufgedrückt ist, und daß die höheren Schulen nichts weiter sind als Anstalten für die bestgehenden Klassen. Aber der sozialdemokratische Redner begnügte sich nicht mit einer bloß negativen Kritik der inneren Organisation, des Lehrplanes und der Lehrmethoden, sondern er gab auch eine Fülle positiver Anregungen. In erster Linie propagierte er unsere grundsätzliche Forderung der einheitlichen Volksschule als Unterbau und des Zutritts aller Befähigten zu den höheren Schulen. Hand in Hand damit gehe die Forderung der Beseitigung der Vorhüllen, deren Aufrechterhaltung eine Ursache für die Mängel unserer Volksschulen sei. Recht unangenehm war es den Vertretern der Reichsparteien, als Ströbel mit der Kritik des heutigen Geschichtsunterrichts einsetzte und an der Hand von Beispielen nachwies, daß der Geschichtsunterricht vielfach nichts weiter ist als eine Geschichtsfälschung zu dem Zweck, einen Durcheinander zu züchten. Die gleiche Absicht tritt auch deutlich in zahlreichen Aufsätzen zutage, von denen der Redner unter Beilegung der Sozialdemokraten und Unterstützung der Bourgeoisie einige Proben zum Besten gab. Die Rede Ströbels, die eine Fülle von Material enthält, liefert einen neuen Beweis für die Wichtigkeit der von uns stets vertretene Auffassung, daß unser ganzes Erziehungswesen darauf angelegt ist, die Interessen der herrschenden Klassen und des kapitalistischen Staates zu fördern und daß die Schule den Bedürfnissen der jeweiligen Mächtigen angepaßt ist.

Nach Ströbel kam der „freisinnige“ Cassel zu Wort, der wohl das Empfinden hatte, daß es angebracht sei, wieder einmal seine konservativen Blodbrüder um gut Wetter anzubetteln, und von diesem Gefühl aus eine Rede hielt, die fast nach jedem Satz lebhaften Beifall auf der Rechten hervorrief. Herr Cassel scheint vor den abgemachten Adolanten nicht zurück, er kümmerte sich an einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze Ströbels, um gegen die Sozialdemokratie loszugehen, und bekam es sogar fertig, zwischen unseren Genossen auf den Rathhäusern und im Landtage einen Gegensatz zu konstruieren. Allerdings mußte er zu diesem Zwecke die Geschichte der Stadt Berlin ein wenig — corrigieren. Vielleicht wollte er damit die systematisch auf den Schulen betriebene Geschichtsfälschung entschuldigen.

Am Mittwoch wird die Beratung des Kultusetats fortgesetzt. Am Freitag soll die Plenarsitzung ausfallen, damit die Kommissionen ihre Arbeiten fördern können.

### Geschäftsdispositionen des Reichstages.

Im Seniorenkongress des Reichstages wurde gestern angeregt, zunächst die Plenarsitzungen völlig ausfallen zu lassen, um der



Finanzkommission mehr Zeit zu lassen. Nach sehr eingehender Aussprache wurde diese Anregung abgelehnt. Es bleibt bei der früheren Disposition, am Freitag, Sonnabend und Sonntag keine Plenarsitzungen abzuhalten, um den Kommissionen Gelegenheit zu noch ausgedehnter Arbeit zu geben.

### Lustfahrricht und Finanzkommission.

Die Finanzkommission des Reichstags, die beim Seniorenlombent beantragt hatte, daß während einer ganzen Woche das Plenum seine Sitzungen sollte ausfallen lassen, damit die Kommission in ihren Arbeiten nicht gehindert werde, hat beschlossen, heute Mittwoch keine Sitzung abzuhalten, weil die Mitglieder dem Aufstiege der Luftballons auf dem Tempelhofer Felde beiwohnen wollen.

Und da sage noch einer, daß die Finanzkommission ihre Aufgabe nicht erst nimmt und ihr Bedürfnis nach Schaulust nicht hinter dem Staatswohl zurückstellen vermöge.

### Liberale Arbeiter über die Reichsfinanzreform.

Der rheinisch-westfälische Ausbreitungverband der deutschen Gewerkschaften hat kürzlich in Düsseldorf seinen Delegiertenkongress abgehalten. In der Resolution, die zur Reichsfinanzreform angenommen wurde, wird gefordert, daß die Bewilligung neuer Steuern nur erfolgen darf, wenn ausreichende Gegenleistungen der Regierung durch Erweiterung der Rechte der Volksherrschaften garantiert sind, die es insbesondere ermöglichen, daß die Durchführung der erforderlichen Ersparnisse in den Staatsausgaben in wirksamer Weise kontrolliert werden kann. Die Resolution lehnt es ferner ab, daß vier Fünftel der geforderten Mittel durch indirekte den Konsum belastende Steuern aufgebracht werden, fordert vielmehr, daß nur ein Drittel höchstens die Hälfte des Bedarfs auf mittelbare indirekte Steuern erhoben wird, und daß Vorkehrungen getroffen sind, daß nicht den Bundesstaaten die einen bestimmten Betrag überschneidenden Erträge der indirekten Steuern zustehen. Zum Schluß wird gefordert, daß eine eventuelle Erhöhung der Steuern auf Genussmittel gleichzeitig eine entsprechende Herabsetzung der indirekten Steuern auf die notwendigen Lebensmittel nach sich zieht. Man darf an die Gewerkschaften wohl die Frage richten, wo die bürgerliche Partei zu finden ist, von der sie die Erfüllung dieser Forderungen erhoffen.

### Kongress der Tabakindustriellen.

Im großen Saale des Berliner Architektenhauses fand heute eine allgemeine Konferenz von Vertretern tabakindustrieller Vereinigungen aller Gegenden Deutschlands statt. Das einleitende Referat hielt der Syndikus des Deutschen Tabakvereins, der einen Rückblick auf die Entwicklung der Tabakbesteuerung in Deutschland warf und darauf die heutige steuerpolitische Lage schilderte. Zum Schluß empfahl er folgende Resolution zur Annahme:

„Die außerordentliche Mitgliederversammlung des D. T. V. vom 4. Mai 1909 im Architektenhause verleiht erneut der Ueberzeugung Ausdruck, daß jede Mehrbelastung des Tabaks entsprechende schwere wirtschaftlich und sozialpolitisch schädliche Folgen mit sich bringen muß. Sie beschließt im vollen Einverständnis mit allen den D. T. V. angegliederten Fachverbänden des Roh-Tabakhandels, der Rauch-, Rau- und Schnupftabakfabrikation und den Bezirksvereinigungen der Tabakindustrie zu erklären: Ein gedeihlicher Fortbestand des deutschen Tabakgewerbes ist nur möglich, wenn das jetzige System der Besteuerung des deutschen Tabaks lediglich nach dem Gewicht unter schonendster Berücksichtigung der gesamten Rauch-, Rau- und Schnupftabakfabrikation beibehalten wird. Dabei müßte sich jedoch, falls der Reichstag bei der erforderlichen Wiederherstellung einer gesunden Finanzgebarung des Reiches, entgegen dem ersten Willen des Deutschen Tabakvereins auf eine Heranziehung des Tabaks nicht verzichten will, die Höhe der Mehrbelastung im angemessenen Verhältnis zum Gesamtumfang des Erwerbszweiges halten, damit nicht durch einen allzu großen Verbrauchsrückgang dauernde Schäden und Verschleppungen eintreten, deren Folgen für Arbeiter und Angestellte, Händler und Fabrikanten, Kleinhändler und Kleinrentner in sich schließen würden.“

In der Diskussion erklärten sich viele Redner für diese Resolution. Starken Beifall erhielten die Vertreter der niederhessischen Fabrikanten mit ihrer Erklärung, daß sie nicht für die Resolution stimmen könnten, sondern gegen jede Mehrbelastung des Tabaks entschieden protestieren müßten.

Die Stimmung, die zuerst vermuten ließ, daß eine ziemlich starke Minorität gegen die Resolution vorhanden sei, schlug jedoch nach wiederholten Ermahnungen und Reden um, und so wurde die Resolution schließlich einstimmig angenommen. Die niederhessischen Vertreter enthielten sich der Abstimmung. Ihr Redner erklärte aber zum Schluß, daß auch sie im Prinzip für die Beibehaltung des Gewichtsteuersystems seien.

### Nationalliberales Geldentum.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion hielt am Dienstagmittag eine Fraktionsitzung ab, um Stellung zu nehmen zu der momentanen Situation. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Weber hatte am Sonnabend nach der Abstimmung in der Finanzkommission erklärt, daß seine Freunde sich zunächst noch an den Arbeiten der Kommission beteiligen würden, eine endgültige Stellungnahme sei ihnen aber erst nach der Beratung innerhalb der Fraktion möglich. Diese Stellungnahme ist nun erfolgt und sie ist echt nationalliberal: Die nationalliberale Reichstagsfraktion will zunächst abwarten, was Kaiser Bälou zu tun gedenkt.

### Bauern und Arbeiter im Zentrum.

Zuletzt hatte die zentrumsbaptistische „Rheinische Volksstimme“ aus Anlaß der Vorkommnisse bei der Reichstagsberatung in Düren-Jülich, wo ein Teil der katholischen Arbeiter eine Sonderlandtagsversammlung abgehalten hatte, geschrieben: Ob diese Arbeiter sich christlich-sozial oder rot nennen, sei egal, im Dage gegen andere Stände, namentlich gegen den Bauernstand, gäben sich beide nichts nach. Das hätte die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung als „unverschämte Verbächtigung“ und „gemeine Verbeugung“ bezeichnet, worauf jetzt die „Rheinische Volksstimme“ erwidert:

„Jene Ausführungen sind in Anbetracht verschiedener Vorkommnisse im Kreise Düren leicht verständlich. Aber ist es etwa christlich-sozial, wenn die sämtlichen Mitglieder eines katholischen Arbeitervereins mit Ausnahme von 3 bis 4, einen Sozialdemokraten in den Gemeinderat wählten, und wenn einer der Führer erklärte, als man ihn auf die politische Richtung des Kandidaten aufmerksam machte: „Der Zweck heiligt die Mittel.“ Der Zweck, Mittelstand und Bauern eins zu verstehen? Ist es christlich-sozial, wenn der Gewerkschaftsführer nach der Dürener Bauernversammlung erklärte: „Wir haben der Kandidatur des Führers Salin zustimmen müssen, weil sonst ein Agrarier aufgestellt worden wäre?“ (gemeint war Gutsbehalter Franzen-Ameln). Das heißt mit anderen Worten, ein Landwirt kann die Interessen eines Wahlkreises und auch der Arbeiter nicht vertreten, das kann nur ein Arbeiter. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung hat keinen Anlaß, sich aufs hohe Ross zu setzen und von erbitterter Heerarbeit zu reden.“

### Dr. Arendt als parlamentarischer Agent der Firma Krupp.

Der freikonserbative Abgeordnete Dr. Arendt hielt heute nachmittag im Reichstage eine Rede zur Verteidigung der sogenannten

Wohlfahrtsvereinstellungen, die reichlich mit bodhaften Ausfällen gegen die Sozialdemokratie gespickt war.

Wie wir schon erfahren, ist diese Rede dem Herrn Dr. Arendt gestern Abend im Hotel de Russie von zwei Vertretern der Firma Krupp diktiert worden!

### Oeffentliche Aufzüge sind in Preußen steuerfrei.

Aus Anlaß eines besonderen Falles haben der Finanzminister und der Minister des Innern darauf aufmerksam gemacht, daß die gemäß § 7 Absatz 1 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 erteilten polizeilichen Genehmigungen öffentlicher Aufzüge mit Rücksicht darauf, daß ihre Erteilung ausschließlich im öffentlichen Interesse erfolgt, in stempelsteuerlicher Hinsicht ebenso zu behandeln sind, wie die nach derselben Bestimmung ausgetheilten Genehmigungen von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel, deren Steuerfreiheit bereits anerkannt ist.

### Die Ereignisse in der Türkei.

#### Die Verfassungsrevision.

Die Jungtürken gehen daran, jene konstitutionellen Garantien, die dem deutschen Reichstag in dem Kampf gegen das persönliche Regiment bisher verlagert geblieben sind, nach der revolutionären Niederwerfung des Absolutismus auch verfassungsmäßig festzulegen. Wie so oft in der Geschichte, folgt erst der Tat das Geleit, ist dieses nichts weiter als das durch die Tat Geleit. Die bereits mitgeteilten Grundzüge der neuen türkischen Verfassung bedeuten nicht nur die konstitutionelle, sondern auch die rein parlamentarische Regierung. Der Monarch erhält nur das Recht, den Ministerpräsidenten, den Großwesir, zu ernennen, dieser erst ernennt die Minister. Das Kabinett muß zurücktreten, wenn die Kammer ihm ihr Mißtrauen ausspricht, eine Bestimmung, die in dem Entwurf unserer Fraktion über die Ministerverantwortlichkeit enthalten ist, ohne bei der Majorität des deutschen Reichstages auf jenes Verständnis rechnen zu können, welches das Parlament der Jungtürken beweist. Vollends ausgerichtet wird die Oberhoheit des Parlaments durch die Bestimmung, daß auch das Vetorecht des Sultans erlischt, wenn nach zweimaliger Annahme durch eine Kammer eine neu gewählte Kammer zum drittenmal ein Gesetz beschließt. Damit erhält das Veto des Herrschers nur mehr aufschiebende, nicht mehr aufhebende Kraft. Ebenso wird der Kammer unter formeller Beibehaltung des Zweikammersystems der entscheidende Einfluß durch die Bestimmung gewahrt, daß der Sultan nur ein Drittel der Senatsmitglieder ernennen kann, die übrigen zwei Drittel aber von der Kammer zu wählen sind. Trifft diese Verfassung ins Leben, dann wird die Türkei sich rühmen können, eine der besten Verfassungen in Europa zu besitzen. Aber so gut die Beziehungen zwischen Parlament und Kron: danach geordnet erscheinen, so fehlen bisher alle Radikanten, wie die wichtigste Verfassungsfrage gelöst werden soll. Das türkische Parlament ist aus einem reaktionären Privilegienwahlrecht hervorgegangen, dessen Abänderung die wesentliche Verfassungsreform wäre. Gerade da aber werden die Jungtürken Bedenken hegen. Sind sie doch selbst die Nutznießer dieses Privilegienwahlrechts, und eine starke Volksbewegung, die ein besseres Wahlrecht sich zum Ziele setzt, ist vorläufig wenigstens nicht im Gange.

#### Ein billiger Herrscher.

Konstantinopel, 4. Mai. Türkischen Blättern zufolge hat der Sultan die von der Finanzkommission auf 25 000 Pfund herabgesetzte Zivilliste auf 20 000 Pfund ermäßigt.

Hier und in der Provinz bauern die Verhaftungen flüchtiger Soldaten und Reaktionäre fort.

Im Nidiz-Kloster wurden gestern eine Anzahl von Säcken mit Gold und Fünfpfundstücken gefunden. Diese wurden heute zugunsten des Staatshohes konfisziert. Auch heute wurden Kisten mit Schmutz und Goldstücken aufgefunden. Bis jetzt wurden bereits über 10 Millionen Mark dem Staatsschatz einverleibt.

#### Der Kabinettswechsel.

Konstantinopel, 4. Mai. Großwesir Tewfik Pascha überreichte heute vormittag im Palais dem Sultan die Demission des Kabinetts. Die Ernennung Hilmi Paschas zum Großwesir steht bevor.

#### Die Armee treibt keine Politik.

Konstantinopel, 4. Mai. Eine amtliche Mitteilung des Generalkommissars Mahmut Scherif Pascha erklärt kategorisch, daß die Armee bei den letzten Vorgängen kein Instrument irgend einer Partei oder des Komitees gewesen sei. Die Armee verfolge nur die Kräftigung und Konsolidierung der Verfassung. Sie habe seit der Juli-Umwälzung jede Verbindung mit dem Komitee abgebrochen, sei eine nationale Armee und das Exekutivmittel jeder Regierung ohne Ansehen der Partei, sofern sie verfassungsmäßig sei und das Vertrauen der Nation besitze. Verbindungen und Sympathien mit politischen Parteien seien den Angehörigen der Armee bei Strafe der Entsetzung aus dem Armeeverbande verboten.

#### Abdul Hamid muß bluten.

Konstantinopel, 4. Mai. Die Deputiertenkammer beschloß, die Regierung aufzufordern, daß bei türkischen und auswärtigen Banken deponierte Vermögen Abdul Hamids festzustellen und sperren zu lassen.

#### Das Massaker in Adana.

Konstantinopel, 4. Mai. Nach englischen Konsularmeldungen sind in Adana, der gleichnamigen Hauptstadt der Provinz 1800 Christen und 600 Muselmanen, die bei den Massakern umgebracht wurden, beerdigt worden. Der abgesetzte Wali Djewad Pascha, welcher auf Befehl des Nidizklosters die Massaker anordnete, ist verhaftet worden. Das dorthin delegierte Kriegsgericht wird ihn aburteilen und ihn in Adana selbst hängen lassen.

### Oesterreich.

#### Die neuen Steuern.

Wien, 4. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute in allen Lesungen die Vorlage betreffend Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe und begann sodann die erste Lesung der Vorlage betreffend Erhöhung der Bier- und Branntweinsteuer sowie Sanierung der Landesfinanzen.

Im Namen der Sozialdemokraten sprach sich Genosse Freundlich auf das entschiedenste gegen diese Steuerentwürfe aus, in denen er einen rückwärtsgehenden Schritt auf die Tische der arbeitenden Bevölkerung erblickte.

#### Schweiz.

#### Staatliche Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz.

Im großen Rat des Kantons Basel-Stadt wurden die beiden Vorlagen über die Arbeitslosenfürsorge verhandelt und bis zur zweiten Lesung erledigt. In der ersten Vorlage über die staatliche Arbeitslosenfürsorge wurde der bestimmte Beitragssatz der Mitglieder gestrichen; er soll von der Regierung

wir denken nach Beschluß der versicherten Mitglieder — festgesetzt werden. Statt der vorgeschlagenen täglichen Arbeitslosenunterstützung von 2,50 Fr. wurden zwei Drittel des üblichen Tagelohnes festgesetzt und ferner die Unterstützungsdauer von 48 auf 75 Tage verlängert. Die Unterstützung kommt in Wegfall bei freiwilligem Austritt des Versicherten, mit Ausnahme der Fälle, die zum Austritt berechtigen; ferner bei Streik, Krankheit und Unfall sowie bei Ablehnung von Arbeit ohne gewichtigen Grund und bei willkürlich falschen Angaben. Nach langer lebhafter Diskussion wurde beschlossen, die Unterstützung bei Aussparungen auszuführen. Ein Antrag der Scharmacher, die Versicherten zur Annahme von Streifarbeit zu verpflichten, wurde mit 54 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

In der zweiten Vorlage über die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung wurde beschlossen, die Leistungen der staatlichen Arbeitslosenklasse als Minimalleistungen zu verlangen und staatlicherseits zu den Kosten beizutragen, und zwar 20 bis 40 Proz. der eingezahlten Mitgliedsbeiträge und 25 bis 50 Proz. der bezahlten Unterstützungen. Der erste Staatsbeitrag soll als Reservefonds angelegt werden. Der nötige Kredit soll erst in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

### Frankreich.

#### Die Maßregelungen und ihre Abwehr.

Paris, 4. Mai. Infolge der angekündigten Regierungsmassnahmen gegen 52 Post- und Telegraphenangestellte sollen zwischen der allgemeinen Vereinigung der letzteren und dem revolutionären Arbeitsverbande gegenwärtig eifrige Verhandlungen stattfinden. Die Führer des Allgemeinen Arbeiterverbandes wollen die Post- und Telegraphenangestellten zu einem neuen Streik drängen, indem sie ihnen die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft versprechen und insbesondere darauf hinweisen, daß Ausstände einzelner Arbeiterkategorien, so z. B. der Bergleute, vorbereitet werden. Der Ausschuß der Postbeamtenvereinigung zögert jedoch, diesen Einflüssen Folge zu leisten, da einerseits eine beträchtliche Anzahl von Post- und Telegraphenangestellten sich dem Streik nicht anschließen würden, und andererseits die öffentliche Meinung im Falle eines neuen Postbeamtenstreiks unzweifelhaft geschlossen auf Seiten der Regierung stände.

#### Weitere Maßregelungen.

Paris, 4. Mai. Gestern sind mehrere Postbeamte vom Dienst suspendiert worden wegen antimilitaristischer Kundgebungen und wegen ihrer Erklärung, daß sie Anhänger einer Vereinigung mit der Allgemeinen Arbeiterkonföderation seien. Heute sind zwei weitere Postbeamte wegen aufrührerischer Reden am 4. Mai vom Amte suspendiert worden. Die Agitation unter den Postbeamten dauert an. Die Postbeamten von Bordeaux haben telegraphisch die schleunige Mitteilung ihrer Beförderungslisten verlangt.

### Italien.

#### Bermehrte Heeresausgaben.

Rom, 4. Mai. (B. Z. B.) Der Deputiertenkammer ist heute eine Vorlage des Kriegsministers zugegangen, die nach Meldungen der Blätter eine Erhöhung der ordentlichen Ausgaben des Heeresbudgets für 1909-10 um zehn und des Heeresbudgets für 1909-10 um 18 Millionen, sowie 125 Millionen für außerordentliche Ausgaben fordert, die auf die fünf nächsten Budgets von dem diesjährigen ab verteilt werden sollen.

### England.

#### Die Budgetdebatte.

London, 3. Mai. Die Generaldebatte über das Budget wurde heute bei vollbesetztem Hause wieder aufgenommen und wird die ganze Woche hindurch fortgesetzt werden. Balfour kritisierte scharf die verschiedenen Finanzvorschläge der Regierung, besonders die Grundsteuerprojekte und die hohen Lizenzgebühren. Er erklärte, die Vorschläge betreffend den Handel mit Spirituosen bezweckten die Vernichtung der politischen Freiheit und seien ein Akt politischer Rache. Höhere Konzeptionsgebühren seien im Wesen gleichbedeutend mit einer Verbrauchssteuer auf Bier, zumal keine entsprechenden Einfuhrzölle für ausländisches Bier vorgesehen seien. Warton antwortete im Namen der Regierung und bestritt, daß die Behandlung des Spirituosenhandels von politischer Rücksicht oder Ungerechtigkeit diktiert sei. Ausländisches Bier werde nur in sehr geringem Maße eingeführt, wenn die Regierung aber von der Opposition gedrängt werde, so würde sich diese Frage regeln lassen. Handelsminister Churchill verteidigte mit Nachdruck die Vorschläge der Regierung. Er wies darauf hin, daß die von der Regierung gewünschten Maßnahmen nicht nur die Gesundheit der wirtschaftlichen und fiskalischen Politik Englands därtun, sondern auch die fiskalische und finanzielle Kraft Englands bewahren würden, was nicht ohne Wirkung auf die diplomatischen und vielleicht auch auf die Flottenverhältnisse Europas sein werde. (Beifall bei den Ministerialen.)

#### Die Biersteuer.

London, 4. Mai. Unterhaus. Auf die Beschwerde der Opposition, daß während einer höheren Steuerbelastung für die Brauereilizenzen gleichbedeutend sei mit einer erhöhten Besteuerung des Bieres, für das ausländische Bier keine entsprechende Erhöhung der Abgaben vorgesehen sei, erklärte Premierminister Asquith sich bereit, eine Resolution einzubringen, durch welche dem fremden Bier hier die nötigen erhöhten Abgaben auferlegt werden, fügte aber unter der Heiterkeit des Hauses hinzu, die Abgabe werde fünfhundert Pfund jährlich bringen.

### Persien.

#### Parlamentswahlen.

Teheran, 4. Mai. Der Schah hat die Wahlen für ein neu einzuberufendes Parlament angeordnet.

### Marokko.

#### Berschiedene Gesetze.

Tanger, 4. Mai. Nach der Meldung eines am 30. April aus Fez abgegangenen Boten hat der Sultan Mohammed V. aufständischen Teil der Beni Wier entscheidend geschlagen, während zwischen einer habschischen Mahalla und den Truppen El Rughia ein unentschiedenes Gefecht stattgefunden hat. Der Sultan hatte gestern mit den Konsuln Deutschlands, Frankreichs und Englands eine Besprechung über die finanziellen Forderungen der Europäer.

### Gewerkschaftliches.

#### Maifeier-Aussparungen.

In einer gemeinsamen Werkstattdarstellungsmänner-Versammlung für Berlin, Charlottenburg, Niddorf, Schöneberg und Weihensee, die



der Deutsche Holzarbeiterverband nach Freiers Festhalten zum Montagabend einberufen hatte, erstattete Leopold den Bericht über die Raiffeiserausperrung in Groß-Berlin. Man hat damit gerechnet, so führte er aus, daß die Raiffeiser diesmal nicht in einem solchen Umfange gefeiert werden könnte wie im letzten Jahre. Immerhin war die Beteiligung nicht schlecht. Außer den 16 000 Feiern, die sich in der „Neuen Welt“ versammelt hatten, besuchten viele Arbeiter die Versammlungen in den Vororten. Eine Anzahl hat allerdings gearbeitet, entgegen den gefassten Beschlüssen. Viele entschuldigend sich damit, daß sie wegen der Lohnzahlung am Sonnabend nicht feiern konnten. Bei anderen drückt die wirtschaftliche Krise zu schwer. Viele ließen sich einschleichen. Ueber die erfolgte Ausperrung gab Leopold folgende Zahlen bekannt:

Am 3. Mai wurden als ausgesperrt gemeldet in:

	Betriebe	mit Beschäftigten	Personen	Es arbeiteten weiter
Berlin	233	5147	8729	1418
Rixdorf	10	169	125	44
Rehensee	5	98	82	16
Schöneberg	14	68	69	—
Charlottenburg	1	24	24	—
Insgesamt	263	5506	4028	1478

Nach der Meldung vom ersten Tage (3. Mai) wurden in Berlin — ohne Vororte — ausgesperrt auf:

	Betriebe	mit Beschäftigten	Personen	Es arbeiteten weiter
1. Tag	3	85	94	1
2. Tag	2	51	28	23
3. Tag	200	4619	8508	1050
4. Tag	4	84	27	7
5. Tag	1	60	12	7
Entlassen	33	819	60	259
Insgesamt	233	5147	8729	1418

Die Ausperrung verteilt sich auf folgende Branchen:

In	mit 208 Betrieben	3474 Ausgesperrte
Nadelfabriken	28	384
Baumwerkstätten	7	58
Drehmaschinen u. Treppengeländereisen	11	66
Vergoldereien	2	21
Präzisions	3	11
Rifenfabriken	2	10
Bodenlegergeschäften	1	3
Stellmachereien	1	2
Insgesamt	208	4028

Glode erklärte, daß man mit der Beteiligung der Holzarbeiter an der Raiffeiser im allgemeinen zufrieden sein könne, wenn auch die Krise einen Rückschlag gebracht und die Art der Diskussion über die Raiffeiser zuweilen nicht förderlich gewirkt habe.

Ueber die Unterstützungsfrage entspann sich eine längere Diskussion. Im vorigen Jahre hat die Unterstützung den Verband 62 000 M. gekostet und in diesem Jahre werden die Kosten nicht geringer sein, da noch manche Differenzen zu erwarten sind. Der Antrag der Verwaltung, diejenigen, die bis zu drei Tage ausgesperrt sind, von Montag ab zu unterstützen, wurde angenommen. Bei längerer Ausperrung treten dann die Bestimmungen des Statuts in Kraft. Die rückständigen Beiträge werden natürlich in Abzug gebracht.

Ein Antrag, der Generalversammlung zu empfehlen, auf ein Vierteljahr obligatorisch den Beitrag von 25 Pf. pro Woche einzuführen, mit der Maßgabe, daß die Hälfte des Ertrages den Ausgesperrten, die andere Hälfte den Ausgesperrten zuzulassen solle, wurde ebenfalls von der Versammlung angenommen.

Auch die von dem Verband der Berliner Schuhwarenfabrikanten den Arbeitern angebotene Ausperrung von 8 Tagen ist ausgeführt worden. Große Befriedigung über diese ungeduldeten Maßnahme dürften aber ihre Urheber nicht empfinden. Es ist durch die Ausperrung offenbar geworden, daß die Verbandsfabrikanten nur den kleineren Teil der Schuhindustriearbeiter beschäftigen und dieser Verband tatsächlich nicht die Bedeutung hat, die ihm bisher beigemessen wurde. Die Zahl der Verbandsfabrikanten ist im Laufe der Zeit stark dezimiert worden. Ausgesperrt haben 11 Betriebe zusammen 260 Arbeiter. Allerdings haben es in einigen Fabriken die Arbeiter unterlassen, am 1. Mai zu feiern. Doch ist die Zahl dieser Arbeiter nicht erheblich.

Die bedeutungslos der Fabrikantenverband erscheint, kann man daraus ersehen, daß der Verband der Schuhmacher circa 2300 Mitglieder zählt, die in Schuhfabriken arbeiten. Außer den Verbandsfabrikanten hat noch die Firma Mohr u. Speyer ihre 23 Arbeiter auf 8 Tage ausgesperrt.

Eine am Montag abgehaltene stark besuchte Versammlung des Verbandes der Schuhmacher hat einstimmig beschlossen, etwaige von Verbandsfabrikanten beschlossene Maßnahmen, bei der Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag, ganz entschieden, evtl. mit dem Mittel der weiteren Arbeitsniederlegung, zurückzuweisen.

Stettin. Die chemische Fabrik „Union“ sperrte 40 Mann ihrer Arbeiterschaft wegen Teilnahme an der Raiffeiser auf 2 Tage aus. Die Direktion hatte erst auf Ansuchen den 1. Mai freigegeben, dann aber ihre Bewilligung wieder zurückgezogen.

In der Wolgaster Holzindustrie sollten wegen Beteiligung an der Raiffeiser 133 Arbeiter ausgesperrt werden. Der erste Direktor der Fabrik hatte erst die Erlaubnis zur Raiffeiser gegeben, nachdem er die zweite Direktorin entgegengekehrt im Sinne. 81 Arbeiter des Betriebes gehören dem Fabrikarbeiterverbande an, 51 dem Holzarbeiterverbande. Nach dreimaligem Verhandeln gelang es, die Direktion dahin zu bewegen, die angebotene Ausperrung auf 8 Tage zurückzunehmen.

Leipzig. Die Unternehmer im Holzgewerbe haben 660 Holzarbeiter wegen Beteiligung an der Raiffeiser ausgesperrt, einzelne davon nur 3 Tage, die meisten jedoch auf 10 Tage.

Offenbach a. M. In der Schuhfabrik „Union“ wurden sämtliche Schuhmacher, etwa 80 Mann, wegen Teilnahme an der Raiffeiser auf unbeschränkte Zeit ausgesperrt.

München. Der Arbeitgeberverband hat 770 Tischler und 70 Tapezierer wegen Teilnahme an der Raiffeiser ausgesperrt. Es handelt sich hier um einen Tarifbruch von seiten der Unternehmer, da bei den letzten Tarifverhandlungen ausdrücklich ausgemacht wurde, daß die Raiffeiser in der gewohnten Weise begangen werde.

#### Berlin und Umgegend.

##### Die Bewegung der Baukämpfer.

Die Zahl der unterzeichneten Tarifverträge ist auf 73 angewachsen, wie in der Versammlung der Ausführenden, die am Dienstag früh im Gewerkschaftshaus stattfand, bekanntgegeben wurde. Berantio. Redakt.: Carl Bernuth. Berlin-Rixdorf. Inseratsverantw.: G. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsgesellschaft.

Trotzdem behaupten die Unternehmer, daß die Situation für sie günstig liege.

In dem Rundschreiben Nr. 7, datiert vom 30. April, welches die Arbeitgeberverbände im Berliner Klempnergewerbe verbreiteten, heißt es:

„In den meisten größeren Betrieben sind bereits Arbeitswillige zu dem von uns aufgestellten Lohnstarif eingestellt worden, und einzelne Firmen hatten bereits ein derartig großes Angebot von Arbeitnehmern, daß sie diese an andere Firmen abgeben mußten. Ohne Zweifel übersteigt die Zahl der Leute, die zu unserem Tarif zu arbeiten bereit sind, die Zahl der ausgesperrten Klempner ganz erheblich.“

Unter großer Heiterkeit der Versammlung wurde dieser Passus des Rundschreibens verlesen. Weiter heißt es darin:

„Wenn es trotzdem noch möglich war, die Betriebe voll zu besetzen, so liegt dies in der Hauptsache an dem rigorosen, vielfach ungeheuren Vorgehen der Streikposten, wodurch die bereits angeworbenen, mit unserem Tarife einverstanden Leute verhindert wurden, an der Arbeitsstelle zu erscheinen.“

Gegen die Behauptung eines ungeheuren Vorgehens der Streikposten wurde in der Versammlung Protest erhoben. Die Streikposten haben sich noch nichts zu schulden kommen lassen, sie haben nur das ihnen gesetzlich gewährleistete Recht in Anspruch genommen und werden dies auch weiter tun.

In der „Volkszeitung“ suchen größere Firmen eifrig nach Baukämpfern und doch verbreiten die Meister die Nachricht, daß sie ein großes Angebot von Arbeitswilligen erhielten. In der bürgerlichen Presse ist vielfach zu lesen, wie günstig die Sache der Klempnermeister stünde und doch werden täglich Unterhandlungen nachgesucht und neue Verträge unterschrieben, damit die Meister endlich wieder tüchtige Arbeitskräfte erhalten. Die Berichte der Streikposten waren manchmal ergötzlich zu hören. In einem Falle hielt man es für das Vorteilhafteste, dem Meister ein paar Streikbrecher nicht absperrig zu machen, weil diese wie Strolche ausfallen und man dem Meister solche Klempnergefellen gern gönnen wollte. Ein Meister holte sich einen Arbeitswilligen in einer Drohsche herbei; aber die Fürsorge war umsonst, der Reuevorbehalt wurde abgefangen. Eine Firma hat in ihrem Kontor 6 Betten aufgestellt, um die Arbeitswilligen zu beherbergen. — Es ist eine offenebare Täuschung, wenn die Meister behaupten, daß die Situation für sie günstig liege. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Bauanschläger sind nach Beendigung des Streiks mit den Unternehmern in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifs eingetreten. Wie von Anfang an, so bestanden die Unternehmer auch bei den Verhandlungen zunächst noch auf ihrer Absicht, gewisse Verschlechterungen des Tarifs durchzuführen, wogegen sich die Vertreter der Arbeiter nicht nur entschieden wehrten, sondern das Verlangen nach Verbesserung des Tarifs stellten. Nachdem sich dann herausgestellt hatte, daß auf diese Weise eine Verständigung nicht zu erzielen war, schlugen die Unternehmer vor, den alten Tarif unverändert auf fünf Jahre zu verlängern. Die Arbeiter waren zwar mit der Verlängerung einverstanden, doch wollten sie eine solche nur für zwei Jahre abschließen. Zuletzt kam eine Vereinbarung dahingehend zustande, daß der alte Tarif unverändert auf drei Jahre, also bis zum 1. Oktober 1912 weiterzufahren soll und daß die Parteien am 1. Oktober 1911 in Verhandlungen über die Erneuerung beziehungsweise Änderung des Tarifs eintreten sollen.

Dies Ergebnis der Kommissionsverhandlungen wurde am Montag einer Versammlung der Bauanschläger unterbreitet. Der Referent Glode empfahl das Abkommen zur Annahme, da sich unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr erreichen ließe und angesichts des auf erhebliche Verschlechterung des Tarifs gerichteten Vorgehens der Unternehmer die vorliegende Vereinbarung immerhin als ein Erfolg der Arbeiter angesehen werden könne.

Diesen Standpunkt vertraten auch verschiedene Diskussionsredner, während einige andere Redner mit der Vereinbarung unzufrieden waren und eine während der Dauer des Tarifs eintretende Lohnerhöhung verlangten. — Schließlich stimmte die Versammlung der Verlängerung des Tarifs auf drei Jahre zu und beauftragte die Kommission, die Unternehmer zu veranlassen, daß die von ihnen schon zu Anfang der Bewegung zugestandene Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 70 Pf. als einzige Änderung des alten Tarifs in Kraft treten soll.

Wie uns in später Stunde noch gemeldet wird, haben die Verhandlungen mit den Unternehmern inzwischen stattgefunden und ein günstiges Ergebnis gehabt. Die gewünschte Stundenlohnerhöhung von 65 auf 70 Pf. wurde zugestanden.

Streik auf dem Städtischen Schlachtviehhof. Bei der Gesellschaft für Darmverarbeitung haben 41 Schlächtergefelln und Darmarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie wollen die Maßregelung von 2 Vertrauensmännern ablehnen. Nur 2 Mann blieben stehen. Man glaubt aber, daß auch sie sich der Bewegung anschließen werden. Zugang von Schlächtergefelln und Darmarbeitern ist fernzuhalten. Ursache der Maßregelung ist offenbar, daß den Unternehmern das immer stärkere Eindringen der Organisation auf dem Schlachtviehhof unangenehm ist und sie diesem Widerstand entgegenzusetzen wollten.

Die Gravuren der Firmen R. Auerbach, Heinrich Thiele u. Camp, Bernhard Köhler und G. Wernet befinden sich seit zwei Wochen im Streik. Die Organisation hatte, da die Preise bei diesen Firmen sehr ungleich festgesetzt sind, einen Einheitsstarif ausgearbeitet und diesen den in Betracht kommenden Firmen zur Einsicht und Anerkennung zugestellt. Während nun eine Firma dem Tarif zustimmte, haben die hier genannten Arbeitgeber die Anerkennung dieses Tarifs strikte abgelehnt mit der schon ziemlich abgedrohtenen Begründung, daß sie sich jede Einmischung in die internen Angelegenheiten ihrer Betriebe verbieten und sie „ihren“ Arbeitern mit dem „größten Wohlwollen“ gegenüberstünden.

Da aber die Organisation sich aus einem verhältnismäßig geringfügigen Anlaß nicht auf einen Prinzipienkampf einlassen wollte, so versuchte eine aus den streikenden Kollegen gewählte Kommission mit den „wohlwollenden“ Unternehmern zu verhandeln, was eine hübsche Illustration zu den hochtrabenden Worten der betreffenden Herren bildet. In ihrer Bedrängnis, in die die genannten Firmen durch die Arbeitsniederlegung geraten sind, wandten sie sich hilfesuchend an die Kleinmeister des Berufs, damit diese ihre Aufträge fertigstellen sollten. Hier kamen die Herren jedoch schlecht an und ein Teil der Angerufenen erklärte sogar rund heraus, daß sie keine Lust hätten, sich als Kottogel benutzen zu lassen, um dann nach beendigtem Streik die Nacht ihrer großen Konkurrenten doppelt schwer zu fühlen. Als die Seele des Widerstandes gegen den gewünschten Tarif gilt Herr Köhler, dessen Betrieb in einer Versammlung der Streikenden am Montag einer besonders kritischen Würdigung unterzogen wurde. Der Streik dauert unbeeinträchtigt fort.

##### Die Lohnbewegung der Stukkateure.

Eine öffentliche Stukkateurenversammlung, die am Montag den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte, beschäftigte sich mit der Lohnbewegung. Der Vorsitzende August Dietrich gab in seinem Referat zunächst bekannt, daß infolge der Raiffeiser 5 Firmen ihre Stukkateure ausgesperrt oder entlassen haben. Es sind im ganzen nur 50 Mann davon betroffen. Von der mit so großen Worten vom Unternehmertum angekündigten allgemeinen Ausperrung der Raiffeiser kann also im Stukkateurbereich nicht die Rede sein. Ueber die Firmen, die nicht genug waren, dem Aussperrungsbefehl der Schatzmacher Folge zu leisten, ist selbstverständlich die Sperre verhängt. Sie sind bereits im Annoncenenteil des „Vorwärts“ bekanntgegeben. Der Redner berichtete dann über das Ergebnis der am 23. April ausgeführten Bautenkontrolle. Sie erstreckte sich auf 629 Bauten, von denen 78 fertig und zum Teil schon bezogen waren. Auf 173 Bauten oder 160 Arbeitsplätzen waren die Stukkateure tätig; 93 Bauten waren gepußt, so

daß mit der Stukkateurarbeit begonnen werden sollte; im Rohbau fertig, jedoch noch nicht gepußt, waren 141 Bauten. Außerdem wurden 34 Bauten gezählt, die bis zur Decke- und Dacharbeit gediehen waren. Auf jenen 173 Bauten waren 481 Personen vom Stukkateurbereich tätig, nämlich 424 Gehilfen, 38 Lehrlinge und 19 Meister. 221 Gehilfen arbeiteten in Alford, 203 in Lohm. Aus den Feststellungen über die Löhne ist zu entnehmen, daß ein Stukkateur — es soll sich hier um einen Ausgelernten handeln, der jedoch tüchtig in seiner Arbeit ist — noch für 3,50 M. den Tag arbeitete; ein anderer erhielt 5,75 M., und der höchste Tagelohn, den einer verdient, war 9,50 M. Die übrigen Gehilfen arbeiteten teils für 7 M., 7,50 M., 8 M., 8,50 M. und 9 M. den Tag, und der Durchschnittslohn betrug in den Werkstätten an jenem Tage 7,97 M. Die Kontrolle über die Werkstattarbeit ergab, daß 29 Firmen vorhanden waren, die weder Gehilfen noch Lehrlinge beschäftigten, und 35, die keine Gehilfen, wohl aber 57 Lehrlinge hatten. Im übrigen wurden 72 Betriebe mit 124 Gehilfen und 142 Lehrlingen festgestellt, wogegen um dieselbe Zeit bei der Werkstättenkontrolle von 1908 169 Gehilfen und 217 Lehrlinge gezählt wurden, aber auch 33 Firmen mehr als diesmal vorhanden waren, die also infolge der Wirtschaftskrise verschwunden sind. Die Löhne sind in den Werkstätten ein gut Teil niedriger als auf den Bauten; der festgestellte Durchschnittslohn beträgt in den Werkstätten nur 5,94 M. Ueber das Organisationsverhältnis der auf Bauten und in Werkstätten beschäftigten Stukkateure wurde ermittelt, daß 96 Proz. dem Stukkateurenverband angehören, ein kleinerer Teil ist in anderen Zentralverbänden organisiert, und 11 gaben an, lokal organisiert zu sein. — Der Redner betonte, daß die Lohnstatistik den Beweis dafür bringt, daß es Schwindel ist, wenn, wie es wiederholt in bürgerlichen Blättern geschehen ist, die Lohnverhältnisse der Stukkateure als die allgünstigsten hingestellt werden, um so mehr, als ja auch in diesem Beruf mit einer alljährlich wiederkehrenden Zeit der Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Der Redner gab sodann eine Uebersicht über den bisherigen Verlauf der Lohnbewegung. Veränderungen sind in dieser Hinsicht seit der letzten Versammlung nicht eingetreten. Es ist jetzt im Einverständnis beider Parteien das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen; wenn die Sitzung stattfinden soll, ist jedoch noch nicht bekannt gegeben. — Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion einstimmig eine Resolution an, in der sie sich mit dem Verhalten der Arbeitnehmervertreter in der Schlichtungskommission einverstanden erklärt, es bedauert, daß ein neuer Tarifvertrag noch nicht zustande gekommen ist, und im übrigen betont, daß der Zentralverband der Stukkateure die einzige zuständige Organisation des Berufes ist, der jeder Stukkateur angehören muß.

##### Achtung, Kunstseidenarbeiter!

Bei der Firma Czarnikow u. Co., Waidmannslust, Oranienburger Chaussee, ist es anlässlich der Tarifbewegung nach vorausgegangenem resultatlosen Verhandlungen zur Arbeitseinstellung gekommen. Zugang von Nischern, Stampfern, Schleifern usw. ist unter allen Umständen fern zu halten.

Verband der Fabrikarbeiter. (Verwaltung Berlin.)

##### Deutsches Reich.

##### Die Abstimmung.

Die Arbeiter der Seifenfabrik Müller in Regensburg halten durch ihre Organisation eine Lohnforderung gestellt. Der Fabrikant ließ sämtliche Arbeiter zu einer Versammlung zusammenrufen und hielt, ohne auf die Forderungen selbst einzugehen, eine halbseitige Rede über die Verderblichkeit der Sozialdemokratie, die nicht einmal einen einzigen Kaiser und König zum Freund habe. Dagegen könne er die christliche Organisation sehr empfehlen. Dann ließ der Fabrikant durch Händereheben abstimmen, wer den Christlichen beitreten wolle. Keine einzige Hand rührte sich. Und nun sagte der Fabrikant, er glaube nicht, daß ein einziger Arbeiter mit den von der freien Organisation eingereichten Forderungen einverstanden sei. Wer wirklich so sozialistisch sei, der möge eine Hand erheben. Und siehe da: Sämtliche Hände führten in die Höhe! Das hat den Fabrikanten so schwer getroffen, daß er kein Wort mehr zu sagen wußte. Aber auch die Forderungen bewilligte er nicht. Die Arbeiter traten deshalb am 1. Mai in den Ausstand.

Die Dachbeder in Hof sind am 1. Mai in den Ausstand getreten. Der bisher bestandene Tarif war am genannten Tage abgelaufen, die Arbeiter verlangten beim Neuaufschluß eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde, die Unternehmer lehnten aber kurzweg jede Verhandlung hierüber ab.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein neuer Streik?

Paris, 4. Mai. (B. Z. V.) Einer Wittermeldung zufolge hat der Verbandsaussschuß der Post- und Telegraphenangestellten beschlossen, daß die übermorgen zum Ministerpräsidenten Clemenceau zu entsendende Abordnung sich auf irgend eine Erörterung der verhängten Maßnahmen nicht einlassen, sondern der Regierung eine Art Ultimatum stellen soll. Einige hundert Post- und Telegraphenbeamten hielten heute nachmittags eine Versammlung ab, in welcher ein neuer Ausstand im Prinzip einstimmig beschlossen wurde. Mehrere Redner verlangten unter förmlichem Beifall, daß der Verbandsaussschuß die Postbeamten zwei Tage vor Ausbruch des Streiks verständigen möge, damit diese Zeit hätten, alle Dienstbetriebe in Anordnung zu bringen.

### Ein Niesenausstand.

Buenos Aires, 4. Mai. (B. Z. V.) Infolge des allgemeinen Ausstandes ist der Wagenverkehr eingestellt, die Straßenbahnen verkehren teilweise, und zwar unter dem Schutze bewaffneter Soldaten, die Eisenbahnen können ihren Betrieb aufrechterhalten. Die Zahl der Ausständigen wird auf über 200 000 geschätzt.

### Typhus in einem Infanterieregiment.

Mährisch a. d. R., 4. Mai. (B. Z. V.) In dem hier garnisonierenden Infanterieregiment ist der Typhus ausgebrochen. Fünf Soldaten sind bereits erkrankt.

### 18 Angeklagte vor Gericht.

Remel, 4. Mai. (B. Z. V.) Vor der hiesigen Strafkammer standen, laut „Remeler Dampfboot“, heute 18 Personen, meist Holzarbeiter, unter der Beschuldigung, am 10. September d. J. in Schmölz in einer von nationalliberaler Seite einberufenen Wählerversammlung ruhestiftenden Lärm verursacht und gegen die überwachenden Beamten tätlich vorgegangen zu sein. Es waren 65 Zeugen geladen. Am späten Abend wurde das Urteil verkündet, nach welchem 7 Angeklagte wegen Hausfriedensbruchs bezw. Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verleumdung zu Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu drei Monaten verurteilt wurden. Die übrigen 11 Angeklagten wurden freigesprochen.

### Eine Papierfabrik vom Feuer zerstört.

Paris, 4. Mai. (B. Z. V.) Eine Feuersbrunst zerstörte die Papierfabrik der Firma Deluz in der Nähe von Beaume. Der Schaden übersteigt 1 Million Frank. Man vermutet Brandstiftung.

### Berschüttert.

Charleroi, 4. Mai. (B. Z. V.) Sechs Arbeiter der Grube von Courzelles sind infolge eines Bergsturzes verschüttet worden. Es gelang, vier der Verschütteten mit geringen Verletzungen hervorzuholen, die beiden anderen waren bereits tot. Die Opfer sind Familienväter.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.



Reichstag.

252. Sitzung vom Dienstag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Weismann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Abgeordn. v. Gen. (Soz.), welche eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Einrichtungen der Pensions-, Witwen- und Waisenkassen

verlangt, die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichtet sind.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): In einer so ersten Zeit, in der das ganze Volk auf den Reichstag blickt und praktische Arbeit von ihm erwartet, beschäftigen wir uns schon den zweiten Tag mit einer Interpellation, von der auch ihre Urheber ein praktisches Ergebnis nicht erwarten, die vielmehr aus agitatorischen Gründen gestellt ist. Sie hätte daher nicht eine so gründliche und sachliche Beantwortung, wie ihr von der Regierung zuteil geworden ist, verdient. Mit Recht hat der Staatssekretär den sozialen Geist der deutschen Unternehmer gerühmt; aber die Sozialdemokratie scheint den Unternehmern das Errichten von Wohlfahrts-Einrichtungen verweigert zu wollen. Zeigen Sie mir doch im Auslande eine Firma, die so viel für die Arbeiter leistet wie die Firma Krupp. Mein Freund Dirksen hat im vorigen Jahre nicht behauptet, daß alle bei Krupp entlassenen Arbeiter wegen Diebstahl und anderer Vergehen entlassen sind, sondern bei den zwei von Herrn Sebering angeführten Fällen verhielt es sich so. Gewisse Härten liegen bei den Kassen ja vor; die lassen sich aber leicht wohl auch ohne gesetzliche Eingreifen vermeiden. Achtzig Prozent der Arbeiter scheiden schon im ersten Jahre wieder aus dem Betriebe aus. Man soll daher den Beitritt erst im zweiten Jahre obligatorisch machen. Die Rückzahlung der Beiträge für die Ausgeschiedenen dagegen wäre sehr bedenklich und eigentlich dem Geist unserer ganzen Sozialgesetzgebung widersprechend. Es würde das nur dazu führen, daß die Industrien allein Wohlfahrts-Einrichtungen treffen, auf deren Verwaltung die Arbeiter überhaupt gar keinen Einfluß haben. Die soziale Fürsorge gerade der Firma Krupp rühmte mir in den Vereinigten Staaten ein Arbeiter, der früher bei Krupp gearbeitet hatte, aber durch die hohen Löhne sich hatte verleiten lassen, nach Amerika zu gehen, wo er die sozialen Einrichtungen schmerzlicher vermisse. — Heber Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter sich zu beschwerten haben gerade die Sozialdemokraten kein Recht: wo sie an der Macht sind, werfen sie rücksichtslos andergerinnete Arbeiter auf's Knie. Die Sozialdemokratie will auch mit dieser Interpellation nur Unfrieden zwischen Arbeiter und Unternehmer stiften, hoffentlich ohne Erfolg. (Bravo! rechts.)

Abg. Brejst (Pol): Trotz der Ausführungen des Herrn Arendt bleibt es richtig, daß die Wohlfahrtskassen der Werke nicht aus Humanität gegründet sind, sondern daß sie zum Vorteil des Werks gereichen; das haben auch der Staatssekretär sowie die Herren Mann und Cuno zugegeben. Diese Kassen sind nicht gemeinnützige, sondern eigennützige Kassen. Ich habe die Statuten dieser Kassen von oberschlesischen Werken gesehen und weiß, daß die Rechte der Arbeiter an der Verwaltung der Kassen unvorsichtig sind und daß die Erlangung der Rente außerordentlich schwierig ist, der Arbeiter muß eher ins Grab, ehe er die Pension bekommt, so viel Umstände werden ihm gemacht, wenn er die Pension beansprucht. Herr Arendt stellte die Kruppische Kasse als mustergültig hin; aber gerade diese hat eine ganze Reihe sehr rigoroser Bestimmungen. So geht der Pension derjenige verlustig, der ohne Genehmigung der Kasse eine Arbeit annimmt, die ihm 1 M. täglich oder mehr einbringt. Auch die Arbeitsordnung stellt eine Reihe rigoroser Entlassungsgründe vor, mit der zugleich jeder Anspruch an die Kasse verloren geht. Aber auch die gezahlten Beiträge gehen den entlassenen Arbeitern verloren. Wenn die Behörden keine Möglichkeit haben, gegen einen solchen Unfug einzuschreiten, so muß die gesetzliche Handhabung dazu geschaffen werden. Die Zurückbehaltung der Beiträge ist vollkommen rechtmäßig; leider stellen die Gerichte sich nicht durchweg auf diesen Standpunkt. Wenn die Kassen von den Unternehmern als Wohl-

fahrtseinrichtungen ausgegeben werden, so sollten andere Unternehmern gegen diese wegen unläuterer Wettbewerbs vorgehen. (Sehr gut! bei den Polen und Sozialdemokraten.) Das Anlocken von Arbeitern durch solche schwindelhaften Pensionskassen ist auch ein unlauterer Wettbewerb gegen die Landwirte, denen die Arbeiter fortgelockt werden. (Sehr richtig! b. d. Polen.) Die Pensionskassen müßten gesetzlich nach dem Muster der Anspargkassen eingerichtet werden, das ist eine alte Forderung der beruflichen Vereinigung der Arbeiter in Oberschlesien, des Vereins für gegenseitige Hilfe. Die Arbeiter zahlen gern Beiträge für Kassen, von denen sie etwas haben. Diese Kassen aber sind für sie wertlos. Ganz ebenso sieht es mit den sogenannten patriotischen Arbeitervereinen, die keinen anderen Zweck haben, als die Bekämpfung der Gewerkschaften; diese Arbeitervereine sind also den Interessen der Arbeiter schädlich. Der Arbeiter will nicht Almosen; er kann aber dasselbe Recht auf Pension verlangen wie der Beamte. Geben Sie ihm das und Sie werden den sozialen Frieden fördern. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Behrend (Wirtsch. Bg.): Wenn man die Kruppischen Wohlfahrts-Einrichtungen sieht, muß man geradezu begeistert sein und man muß zugeben, daß die Firma viel für die Arbeiter tut. Der Arbeiter hat sich solche Einrichtungen auch keineswegs gleichgültig; aber sie verlangen einen gesetzlichen Unterbau für diese Wohlfahrts-Einrichtungen. Die Befürchtung, daß dann diese Werkskassen eingehen werden, ist nicht; denn wenn es auch Wohlfahrts-Einrichtungen sind, so ist doch ihr Hauptzweck, dem Werk einen festen Stamm von Arbeitern zu beschaffen. Die Gründe, weshalb die Arbeiter diese Werkskassen pessimistisch betrachten, sind ja bekannt. Man sagt, ein gesetzliches Eingreifen in solche Wohlfahrts-Einrichtungen sei nicht möglich. Nun, das Trübschicksel wurde von seinen Urhebern auch als Wohlfahrt für die Arbeiter ausgegeben, und doch hat der Gesetzgeber eingegriffen. Ebenso hat unsere Gewerbeordnungskommission schon im vorigen Herbst beschlossen, daß die Kündigung von Werkswohnungen nur zu bestimmten Terminen geschehen darf. Hoffentlich wird das Plenum dem beitreten, und es wird darum keine Werkswohnung weniger gebaut werden. Auch die Werkskassen können sehr wohl eine gesetzliche Grundlage erhalten, durch welche die Ansprüche der Arbeiter sicher gestellt werden, und kein sozial gesinnter Arbeitgeber wird deshalb eine solche Kasse eingehen lassen. Daß der gegenwärtige Zustand der Kassen unbefriedigend ist, daß ihre Grundlage unsicher ist, mußte sogar Prof. Ehrenberg, ein Unterstützer der Firma Krupp, zugeben. Es handelt sich bei dem Problem dieser Kassen nur um eine Rebenerscheinung des großen Problems des Aufstiegs des vierten Standes, des Vorwärtsdrängens des vierten Standes nach Gleichberechtigung. Wir werden deshalb auch nicht um die gesetzliche Regelung dieser Einrichtungen herumkommen. (Bravo! bei der Wirtsch. Bg.)

Abg. Hengsbach (Soz.):

Für die offene und verdeckte Arbeiterfeindschaft der Pensionskassen und sonstigen Wohlfahrts-Einrichtungen besonders bei der Firma Krupp sind im vorigen Jahre von meinem Kollegen Sebering und von mir und ebenso wieder am vorigen Donnerstag von Sebering sogleich Beweise erbracht, daß es nachfolgendermaßen nach Ostelbien tragen hieße, wenn ich diese Beweise noch häufen wollte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich muß aber auf einige Darlegungen des Vorredners und des Staatssekretärs eingehen. Auf die historischen Darstellungen des Staatssekretärs über das Entstehen der Werkskassen wird mein Freund Cuno antworten. Wenn aber der Staatssekretär am Schluß seiner Darlegungen meinte, unsere Interpellation sei nicht gerechtfertigt, weil in der letzten Zeit kein besonderes Vorkommen sich ereignet habe, so weise ich ihn auf die Eingangsworte meines Freundes Sebering bei der Begründung der Interpellation hin. Sebering führte aus, daß vor einem Jahre bei der Beratung des Versicherungsvertrages die Frage der Pensionskassen hier behandelt wurde und daß damals der Staatssekretär im Reichsjustizamt erklärte, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern habe die Sache bereits in die Hand genommen und sich mit Preußen bereits in Verbindung gesetzt. Man dürfe wohl abwarten, was aus diesen Beratungen herauskommen werde. Wir haben nun ein Jahr gewartet, aber außer der Erklärung

des Vertreters der verbündeten Regierungen in der Pensionskommission absolut nichts erfahren. Weiter wies auch Sebering darauf hin, daß wir schon im vorigen Jahre betont haben, daß auf die Pensionskassen bei den Werkskassen die Renten in Anrechnung gebracht würden, und daß nach der Einführung der Witwen- und Waisenversicherung zu befürchten sei, daß dies auch bei den Renten für die Witwen und Waisen geschehen werde. Das sei aber ohne Änderung der Statuten in der Pensionskasse nicht möglich und es sei daher nach Einführung der Witwen- und Waisenversicherung eine allgemeine Änderung der Statuten zu erwarten, und da wäre es doch gut, zu wissen, welche Vorkehrungen die Regierung treffen wolle, um den schweren Mängeln bei diesen Pensionskassen entgegenzutreten. Diese Gründe rechtfertigen wohl das Einbringen der Interpellation. Ebenso hat ja Sebering auch daran erinnert, daß der Staatssekretär im Reichsjustizamt bei den Verhandlungen des vorigen Jahres erklärte, noch kein ausreichendes Material für die Beurteilung in dieser Frage zu haben. Da war es also für uns wohl an der Zeit, aus unserer abwartenden Reserve herauszutreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei der Verhandlung im vorigen Mai hat nun auch Herr v. Dirksen unsere Darlegungen bestritten und uns für den Herbst eine große Abrechnung in Aussicht gestellt. Aber der Redefuß des Herrn v. Dirksen ist nicht in die Erscheinung getreten, nicht einmal ein murmelndes Sächlein haben wir vernommen, trotzdem die Frühjahrssonne doch alles aufgetaut hat. — Der Redefuß des Herrn v. Dirksen ist bis jetzt wenigstens eingetroffen geblieben. Herr Arendt bedauerte, daß der Reichstag sich gegenwärtig mit einer solchen Interpellation befäße, während das ganze Volk auf ihn blickt und die Friedigung der Reichsfinanzreform von ihm erwartet. Da möchte ich ihm entgegen, daß wir, wie es scheint, noch allzuviel Zeit haben, denn das Haus soll ja wie neuerdings verkundet, auf volle acht Tage vertagt werden. Ich meine allerdings, daß

wichtige und dringende Arbeiten genug vorliegen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Arendt hat auch in etwas geflüchter Weise darauf hingewiesen, daß die Arbeiter nicht mehr an den Zukunftsstaat glauben. Wenn er das wenn er das wirklich glaubt, so verstehe ich nicht, warum er gerade im heutigen Tag noch wie ein Schloßhund heult, der Reichskanzler möge nur ja den Reichstag nicht auflösen, damit nicht die Sozialdemokraten in verstärkter Zahl hier einziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit seiner Zuerstfütterung stimmt das schlecht zusammen.

Man hat uns mit unserer Kritik auf analoge Einrichtungen im Ausland verwiesen. Wir kritisieren aber die Einrichtungen auf deutschen Werken, vor allem auch die der Firma Krupp, weil wir hier durch unsere Kritik einen Einfluß ausüben können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär meinte, wir hätten keinen Grund so abfällig über diese Einrichtungen zu sprechen, die Arbeiter wünschten diese Einrichtungen beizubehalten. Nun, die Arbeiter brauchen reden eine andere Sprache. Tausende und Tausende stehen hinter uns, die der Meinung sind, daß die Werkskassen in ihrer heutigen Verfassung nicht anders sind als eine Wohlfahrtsplage, und die Arbeiter verlangen die Aufhebung der Bestimmungen, die ihnen das Geld zugunsten dieser Kassen geradezu erpressen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und das sind nicht nur sozialdemokratische Arbeiter, sondern Arbeiter der aller verschiedensten Parteirichtungen. Das sollte sich gerade auch Herr Arendt merken. Wenn er oder die übrigen Herren in Industriegegenden gingen, etwa nach Essen, und dort eine Arbeiterversammlung einberufen, etwa mit der Tagesordnung: Ist die Pensionskasse der Firma Krupp eine Wohlfahrts-Einrichtung?, so möge der Herr Staatssekretär einen Vertreter dorthin senden. Die Arbeiter werden Ihnen dann mit einer solchen Masse von Material aufwarten, daß dem Staatssekretär es wohl ausreichend erscheinen wird, um eine Änderung in den Verhältnissen dieser Kassen herbeizuführen. Der Staatssekretär möchte aber sehr schlecht informiert sein, wenn ihm diese Einrichtungen nicht schon längst geschildert wären. Seine Rede klang ja teilweise auch so aus, als seien doch Mängel vorhanden, die aber auf gezieltem Wege, wenigstens in

Kleines feuilleton.

Ein Menschenfresserbund in Deutsch-Ost-Afrika. Der Nr. 15 des „Globus“ entnehmen wir folgenden interessanten Bericht: Von Kannibalismus ist aus Deutsch-Ostafrika bisher nichts bekannt gewesen; um so mehr überrascht die Kunde von einem in Tanga im Dezember v. J. verhandelten umfangreichen Nordprozeß gegen einen Menschenfresserbund, dessen Mitglieder, Männer und Weiber, seit Jahr und Tag ihre Stammesgenossen, in erster Linie ihre Verwandten, sogar ihre eigenen Kinder vergiftet hätten, um sie zu verzehren. Die Hebeläter, die sämtlich gefänglich waren, und von denen zehn in Tanga zum Tode verurteilt wurden, stammten aus dem Süden des Tanga-Bezirks, aus Ukena.

Der im „Kolonialblatt“ vom 15. März 1909 mitgeteilte Bericht belag folgendes: Ein „Rauber“, also ein mannigfacher Naturgaffe lundiger Ukena, namens Kalulani, war mit seiner Familie — Weib und zwei erwachsenen Söhnen — seit langem dem Genuß des Menschenfleisches ergeben. Um sich in den Besitz von solchen zu setzen, warb er Weiber mit dem Versprechen, ihnen von seinen Zauberkünsten mitzuteilen, wofür sie ihm ein Menschenopfer zu liefern hätten. In diesem Zwecke brachten die Weiber einen ihrer Verwandten, zumeist ihre weiblichen Kinder, um. Die Leiche wurde den Genossen des Menschenfresserbundes, der sich, wenn wieder ein Schmaus fällig war, bereits vorher in der Nähe zum Schmaus zu versammeln pflegte, ausgehändigt; sie wurde von den Teilnehmern zerrissen, und das Fleisch wurde sofort roh verzehrt. Alles nahm an diesem Mahle teil, gleichgültig, ob das Opfer das eigene Kind, der Enkel, der Bruder, ein anderer Verwandter oder sonst wer war. Den Kopf bekam der Täter, um in dem Schädel das Gift für künftige Opfer zu bereiten. Bevorzugt wurde das Fleisch kleiner Kinder; die Weiber gaben an, es sei so schön und zart, während ihnen das Fleisch Erwachsener wenig zusagte. Diesem Bunde gehörten außer Kalulani und seiner Familie acht Weiber, also insgesamt zwölf Personen an, die alle mehrere Giftmorde an dem Gewissen hatten; jedes Mitglied gab auch zu, daß es an mehreren kannibalischen Mahlen beteiligt gewesen sei. Auch einige Kinder von 8 bis 12 Jahren, die bei den Giftmorden Handlangerdienste hatten leisten müssen, hatten vom Fleische der Opfer erhalten. Die Verhandlung, in der selbst die Ritter, die ihre Kinder geißelt und verzehrt hatten, mit erschreckender Gemütsruhe alle Einzelheiten wiedergaben, stellte selbst an abgehärtete Nerven starke Anforderungen.

Dieser Bericht löst manche Frage offen, so auch die, ob es sich nur um eine vereinzelte Erscheinung, eine lokale Verirrung handelt. Zeigen, daß sie ein Verbrechen begangen, scheinen sich die Teilnehmer nicht bemüht zu haben zu sein. Das Motiv für die Morde und Mähe wird zu flüchtig gestreift. Es muß doch ein ausführlicher Prozeßbericht vorhanden sein, und es wäre zu wünschen, wenn der an geeigneter Stelle mit „all den eselerregenden Einzelheiten“ veröffentlicht würde — d. h. an einer Stelle, wo die schwachen Nerven der anspruchlosen Leser des „Deutschen Kolonialblattes“ nicht in Gefahr geraten.

Geheimzeichen auf Pissen. Vor 1869 waren in Italien und auch in anderen Ländern Europas die Pisse ein wahres politisches Markerinstrument für die unglücklichen Menschenkinder, die aus irgend einem Grunde auf Reisen gehen mußten. Die Tatsache, daß man einen Piss erhalten hatte mit der üblichen Aufforderung an die Behörden, den Inhaber des Pisses „passieren zu lassen und ihm Beistand zu gewähren“, hatte so gut wie gar nichts zu bedeuten, da die Pisse und die Befolgungen der Pisse mit geheimen Zeichen versehen wurden; durch solche Geheimzeichen wurden Personen, die liberaler Gesinnung oder gar revolutionärer Umtriebe verdächtig waren, genau gekennzeichnet, und der naive Passagier, der frei durch die Lande ziehen zu können vermeinte, mußte plötzlich zu seiner nicht geringen Ueberraschung konstatieren, daß er überall scharf beobachtet und aufs ärgste skrupuliert wurde. — Alberto Dandolo gibt im „Miscorimento Italiano“ einen Ueberblick über die Geheimzeichen, die die päpstliche Polizei für die Pisse zweier Arten von verdächtigen Personen erfunden hatte; diese verdächtigen Personen waren die Männer, die im Gerüche des Liberalismus standen, und die — Spitzhunden! Diese wurden jedoch nicht ganz so schlecht behandelt wie die ersten genannten. Durch die Geheimzeichen wurden die Pissinhaber in drei Kategorien eingeteilt: Unverdächtige, Verdächtige, Schwerverdächtige. Die Zeichen, eine Erfindung der Oberleitung der römischen Polizei, wurden gewöhnlich jedes Halbjahr, manchmal aber auch jedes Vierteljahr, geändert. Die Änderung erfolgte unbedingt, wenn man vermutete, daß die Bedeutung der Zeichen entsetzt war. Wie die päpstlichen Polizeibehörden, so hatten auch die anderen Polizeibehörden ihre geheimen Angaben, was, da Italien in zahllose Kleinstaaten zerfiel, nicht selten zu großen Irrungen und Wirrungen führte. So kam es, daß die offizielle Geheimchrift schließlich die Erreichung des Zweckes, den man im Auge hatte, geradezu verhinderte. Der Kirchenstaat und die österreichische Regierung in der Lombardie und in Venetien machten einen Versuch, die geheimen Zeichen einheitlich zu gestalten! Dandolo hat aus verschiedenen Dokumenten, die sich im Staatsarchiv zu Bologna befinden, festgestellt, welcher Geheimzeichen sich die päpstliche Polizei bediente: Bald sah man hinter die Nummer des Pisses zwei oder drei Punkte, bald schrieb man den Monat ganz oder abgekürzt, bald setzte man hinter die Pissnummer oder hinter die Jahreszahl einen kleinen Strich und dergleichen mehr. — In Deutschland haben wir heutzutage (auf dem Papier) Bestimmungen, die es verbieten, Ausweis-papiere zu zeichnen. Die Behörden und Unternehmer sich aber doch zu helfen wissen, wie vornehmlich den Militärpflichtigen auf den Weg „gepaßt“ wird, das ist ein trauriges Kapitel für sich.

Eine Umwälzung in der Geflügelzucht glaubt die Zeitschrift „Ruggeflügelzucht“ voraussetzen zu können, sobald ein neues, einfaches, aus Amerika stammendes Instrument, ein „Nährstoffpräparat für Eier“, allgemeine Verbreitung gefunden haben wird. Mit diesem Instrument kann man auf leichte Weise feststellen, ob ein Ei normale Eiweißmengen enthält oder zu wässrig ist, was häufig der Fall ist, wenn die Hühner durch allerlei Nahrungsmittel zum Liegen vieler Eier gezwungen werden. Da solche Eier zu viel Wasser enthalten, so ist ihr Nährwert gering, auch sind sie zur Brut untauglich, weil sie nur schwächliche Küken liefern können oder die ihnen entstammenden Küken schon in den Eierschalen absterben. Da normale Eier bestimmte Mengen Eiweiß, Mineralien, Fett und Wasser enthalten, so

ist ihr spezifisches Gewicht stets gleich. Der „Nährstoffprüfer“ zeigt nun das spezifische Gewicht der Eier an. Ist dieses niedriger als normal, so enthält das Ei viel Wasser. Das ganz einfache Instrument besteht aus einem röhrenförmigen Hohlkörper, auf den eine Skala eingraviert ist, und einer Anhängedorrichtung für das Ei. Wird das Instrument ins Wasser gebracht, so zieht das Ei den Hohlkörper bis zu einem gewissen Teilstrich herab. Je tiefer der Hohlkörper heruntergezogen wird, desto nachhafter ist das Ei und desto mehr Eiweiß und Mineralien enthält es. Man ist nunmehr in der Lage, zur Brut nur die nährstoffreichsten Eier auszuwählen zu können, wodurch man kräftige, lebensfähige Küken erhält. Auch für den Konsum ist das kleine billige Instrument von Wichtigkeit, da man sofort entscheiden kann, ob Eier alt oder zu wässrig, also minderwertig sind.

Notizen.

— Herr v. Lichudi, der Direktor der Nationalgalerie, verhandelt mit dem bayerischen Kultusministerium, das ihn als Leiter der Münchener Alten Pinakothek gewinnen will. So bedauerlich es wäre, wenn der mit Recht hochgeschätzte Mann die ihm gewiß liebgeordnete Stelle seiner verdienstlichen Wirksamkeit verliesse, so würde dieser empfindliche Denkfähigkeit der bayerischen Regierung doch wenigstens eine Lehre für die Zukunft sein. Sie wird endlich begreifen müssen, daß man die paar aufrichtigen und aufrechten Künstler und Gelehrten, die wir haben, nicht so leicht verlieren und suchen lassen kann wie Unteroffiziere und preussische Durchschmittminister.

— Arbeitstreue im alten Ägypten. Der französische Forscher Vouche entdeckte jüngst einen Papyrus, der vor einigen Jahren im Sarkophag einer bei Bahum in Ägypten ausgegrabenen Mumie gefunden worden ist. Man erfährt aus diesem Papyrus allerlei Interessantes über die Beziehungen, die im alten Ägypten zwischen Arbeitgebern, Bauunternehmern und Arbeitern herrschten; er enthält nämlich die Korrespondenz eines Ingenieurs aus dem 3. Jahrhundert v. Chr. mit Pauliseranten, Vollenen und Arbeitern, ferner die Briefe, die dieser Herr mit den Arbeitgebern wechselte. Kleon — so hieß der Ingenieur — war von der Regierung beauftragt worden, Abwasserkanäle zu bauen; es sollte ein großes überschwemmtes Gebiet ausgetrocknet werden, und man stellte dem Ingenieur ein ganzes Heer von Erdarbeitern, Steinträgern, Maurern, Kalfbreimern, Zimmerleuten usw. zur Verfügung. Der Tageslohn betrug für die beim Kanalbau beschäftigten Arbeiter etwa 16 Pf. unserer Währung; sie waren verpflichtet, täglich mindestens 2 km Erde auszufodern. Die Arbeiter drohten, wenn sie mit der Aufleistung nicht zufrieden waren, mit Streik! Gewöhnlich taten sie das, wenn sie sie strenger oder ungerechter Vorgesetzter entließen wollten, und es steht fest, daß sie das, was sie forderten, sehr oft auch durchsetzten. Genau wie jetzt klagte man schon damals darüber, daß die Bureaubeamten bei der Prüfung der Rechnungen und Zahlungsanweisungen mit schneckenartiger Langsamkeit zu Werke gingen. Es kam vor, daß sich Untergebene gegen ihre Vorgesetzten empörten und sie sogar durchzettelten. Schon damals gab es einen ganz respektablen Verkaufswinkel! Ingenieure und Bauleiter ließen sich bei der Zuteilung der Arbeiten und der Lieferungen „anständige“ Procente zahlen, und Bauunternehmer verübten bei der Ausführung der Kontrakte die größten Verrätereien. Was den erwähnten Kleon betrifft, so beschloß er seine wenig rühmliche Laufbahn als Angestellter: er wurde wegen Fedenstlicher „Ergiebungen“ eingesperrt und verurteilt!



absehbarer Zeit nicht abgeändert werden könnten. Vielleicht meinte er, könnte das im Zukunftsstaat geschehen. Im übrigen aber meinte er, seien die Unternehmer doch recht brave Leute. Der Staatssekretär sagte damals, als die Kassen gegründet wurden, seien sie in der Öffentlichkeit ganz allgemein, auch von den Arbeitern als erfreulich bezeichnet worden. Dieses „damals“ ist aber

schon lange her.

Es feiert jetzt schon das fünfzigste Jubeljahr. Mit dem Jubel ist es freilich nicht mehr weit her. Schon seit vielen Jahren urteilen die Arbeiter wesentlich anders über diese Kassen. Der Staatssekretär gab das zu, obwohl, wie er meinte, die Statuten der Kassen seit ihrer Gründung keine wesentlichen Änderungen erfahren haben. Dabei steht in der amtlichen Denkschrift, daß das Statut der Krupp'schen Kasse seit dem Oktober 1888 durch fünf Nachträge „bedeutende“ Änderungen erfahren habe. Auch der Beitrag von zwei Prozent des Arbeitsverdienstes ist erst durch den letzten Nachtrag eingeführt. Anfangs betrug er 1, später 1,3 Prozent. Das scheint mir doch eine bedeutende und recht wesentliche Änderung zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vom 1. Januar 1886 bis zum 1. Oktober 1907, also in 22 1/2 Jahren, haben nach der bereits erwähnten Denkschrift rund 4000 Arbeiter Pensionsbezüge erhalten. Das ist ein außerordentlich geringer Prozentsatz der überhaupt beschäftigten Arbeiter. Es stehen diesen 4000 Arbeitern gegenüber zirka 200 000 Arbeiter, so daß also

nur 2 Proz. in den Genuß der Pension gekommen

sind. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann auch nicht verstehen, wie der Staatssekretär von freiwilligen Pensionskassen sprechen konnte. Für die Arbeiter sind es meist im wahren Sinne des Wortes Zwangskassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Auffassung finden Sie nicht nur in unseren Kreisen, sondern sogar deutsche Gerichte haben bereits von dem geradezu unstillen Zwang gesprochen, mit dem die Unternehmer die Notlage der Arbeiter ausnutzen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß nicht nur Arbeiter unter diesen Verhältnissen zu leiden haben, sondern auch andere Angehörte, betonen die Institute bei der Lebensversicherungsgesellschaft „Victoria“. Wegen die zirka 8000 Angestellte dieses Betriebes wird in einer Art vorgegangen, die aller Gerechtigkeit Lohn spricht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur werden die Beiträge einbehalten, wenn jemand den Betrieb verläßt, sondern neuerdings fließen auch die Zantien, die früher an die Angestellten ausgezahlt wurden, in diesen sogenannten Wohlfahrtsfonds. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich spreche es offen aus, daß von Wohlfahrt hier nicht die Rede sein kann, was in die Kassen fließt, ist lediglich zu wenig ausgezahlter Lohn. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ob es sich dabei handelt um die Beiträge, die von den Arbeitern ihrerseits als Beiträge geleistet werden, oder um den Teil, der von den Unternehmern aus ihrer eigenen Tasche gezahlt wurde, ist gleichgültig. Dazu kommt, daß meist diese Wohlfahrtsvereine erhebliche Ueberschüsse abwerfen und ein gutes Geschäft darstellen. Trotzdem erhebt man hohe Eintrittsgelder und behält die Beiträge zurück. Man tut das, um die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln und sich gegig zu machen. In einer Denkschrift des Vereins der Eisen- und Hüttenmänner wird offen ausgesprochen, daß infolge dieser Wohlfahrtsvereine es gelungen ist, den Lohn niedriger zu halten. Es ist ja auch klar, daß man auf Seiten der Arbeiter den Forderungen der Unternehmer nicht energisch Widerstand entgegenzusetzen kann, weil man beschränkt, entlassen zu werden, und damit der großen für die Kassen geleisteten Summen verlustig zu gehen. Man kann mit diesen Einrichtungen bis zu einem gewissen Grade auch

den Streitigkeiten entgegenzutreten.

Man kann aber auch die Arbeiter künstlich in einen Streit hineintreiben, um nachher für die Pensionskasse einen Profit herauszuschlagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär hat gemeint, das System der Rückzahlung der Beiträge empfehle sich auch deshalb nicht, weil sonst eine Verleumdung der Streikenden eintreten würde. Ich nehme diese Versicherung nicht sehr tragisch, weil ich nicht glaube, daß solche Fälle wirklich eintreten werden. Wenn aber der Staatssekretär weiter ausführte, daß unsere gesamte sozialpolitische Gesetzgebung angeknüpft habe an Einrichtungen sozialpolitisch fortgeschrittener Unternehmer, so muß dem entschieden widersprochen werden. Schon lange vorher hatten die Arbeiter sich selbst Einrichtungen geschaffen. Der Staatssekretär sprach von dem hohen sozialen Sinn des deutschen Unternehmertums. Nun, ich verweise nur auf die geheime Besprechung der Verleger, die hier in Berlin im Palasthotel stattgefunden hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dort hat man gegen soziale Maßnahmen der Regierung gewettert und die Veröffentlichung dieses geheimen Protokolls hat den sozialen Sinn der deutschen Arbeitgeber in das richtige Licht gesetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialisten.) Und was antwortete der Staatssekretär, als mein Freund Que diese geheime Besprechung hier vortrug: er habe keine Veranlassung, sich mit diesen Verhandlungen zu befassen. Den gleichen Standpunkt hat in voriger Woche der preussische Handelsminister eingenommen. Man wagt gar nicht, diesen Herren entgegenzutreten, und spricht trotzdem noch weiter von dem sozialen Sinn und dem Wohlwollen des Unternehmertums. Was wäre wohl mit Arbeitern oder mit Beamten gemacht worden, die in so offener Weise

Ministerfuzerei getrieben

hätten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Beamten werden jetzt schon entlassen, wenn sie sich nur mit der Forderung befassen. Hier wölben sie wohl gleich schwärzliche Fliegen und die Arbeiter wölben man mit Hilfe der Gerichte zu fassen suchen. Aber auf jener Seite sehen wir vor dem gewaltigen Kapitalgözen die devotesten Ehrenbezeugungen. In Essen tagte kürzlich der Hüttenverband und es erschienen als Ehrengäste der Oberberghauptmann, der Regierungspräsident und sonstige Regierungsvertreter. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ja auch etwas anderes, wenn man bei diesen Pharmazeuten der weißen Salbe zu tun hat, als wenn es sich lediglich um Arbeiterinteressen handelt. Die Regierungsvertreter fühlen sich eben nur noch als Handlanger des Unternehmertums, sie wagen es gar nicht, den Angriffen aus diesen Kreisen entgegenzutreten. Bezeichnend waren auch die Beschlüsse der letzten Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller. Man hat auf ihr ganz offen ausgesprochen, daß die Konjunktur sich so günstig gestaltet habe, daß eine Herabsetzung der Arbeitslöhne durchgeführt werden könne, und auf den rheinischen Stahlwerken hat man bereits damit begonnen und eine

Lohnreduktion von 10 Proz. vorgenommen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Begründet hat man diese Lohnreduktion mit der neuen Bundesratsverordnung, die zu hohe Ansprüche an die Werke stelle. Und schließlich hat man gesagt, daß diese Bundesratsverordnung zur Ausführung sei auf die Agitation der Sozialdemokratie und des Deutschen Metallarbeiterverbandes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei diesen sollten sich die Arbeiter für die Lohnherabsetzung bedanken. Nun, die Arbeiter wissen, wozu sie sind, und sie wissen auch, daß ihnen schwere Kämpfe bevorstehen. Die Regierung aber trägt ihrerseits durch ihr Verhalten dazu bei, den Unternehmern das Maßkrat zu fällen, sie unterstützen die wirtschaftlich Stärkeren gegen die wirtschaftlich Schwächeren. Die Regierung trägt mit der Verantwortung dafür, wenn der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bevorstehen. Wäge sie aber nicht vergessen, daß darunter nicht nur die Arbeiter zu leiden haben, sondern die gesamte deutsche Industrie, der gesamte deutsche Handel! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn

der Abg. Osann einen besondern Trumpf glaubte auszuspielen zu können, als er sagte: die Gewerkschaften bestreiten doch auch die Beiträge ausgeglichener Mitglieder zurück, so muß ich sagen, daß Herr Osann das Wesen der Gewerkschaften entweder nicht kennt oder nicht kennen will. In den Gewerkschaften werden nicht nur nichts für nichts Mitglieder aufgelassen. Aber ganz abgesehen davon, haben die meisten Gewerkschaften keine, Streik-, Arbeitslosigkeit- und Krankheitsunterstützungen eingeführt. Sie haben es getan, um den angeblich sozial gesinnten Arbeitgebern nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Sie wollen den Zustand nicht aufrechterhalten, daß die Unternehmer willkürlich den Lohn herabsetzen können. Deshalb sind die Beiträge an die Gewerkschaften nichts anderes als eine Versicherungsprämie, die für die Gewerkschaften aufgebracht wird. Der Abgeordnete Wiederts hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein gewisser Mut dazu gehöre, die Krupp'schen Kassen zu kritisieren. Nur möchte ich feststellen, daß es gerade meine politischen Freunde gewesen sind, die schon seit einer langen Reihe von Jahren diesen Kampf führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und gerade die politischen Freunde des Herrn Wiederts waren es, die uns bedrängen bekämpften. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Heute sind glücklicherweise auch diese zu der Ansicht gekommen, daß diese Wohlfahrtsvereine weiter nichts sind als eine Wohlfahrtsplage. Die Frage zu regeln im Rahmen der Gewerbeordnung, wie es der Abg. Wehring wollte, geht nicht an, denn es handelt sich hier nicht nur um Arbeiter, sondern auch um Techniker, Schiffsoffiziere und andere Kategorien, die unter dem gegenwärtigen Druck leiden. Im Interesse der Tausende und Abertausende von Angestellten, die die gegenwärtigen Verhältnisse bitter empfinden, deren sauer verdientes Geld in diesen Werkskassen zurückgehalten wird, muß

etwas Grundlegendes

hier geschehen. Geschieht nichts, so ist ein weiterer Grund für die Arbeiterschaft vorhanden, der Regierung mit Mißtrauen entgegenzutreten. Warten wir ab, was die Regierung tun wird, um die Arbeiterschaft endlich zufriedenzustellen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Ant.): Wie können die Sozialdemokraten leugnen, daß in den letzten Jahrzehnten außerordentlich viel für die Arbeiter getan worden ist. Andererseits bestreite ich nicht, daß auf dem Gebiete der Betriebskassen gewisse Mißstände sich herausgestellt haben, die gesetzlich geregelt werden müssen.

Abg. Que (Soz.):

Am Donnerstag und heute ist von verschiedenen Seiten noch den Gründen unserer Interpellation gefragt worden. Aber jede Partei hat das Recht, eine Interpellation zu stellen, wenn sie es für richtig hält, die sozialdemokratische Partei wird sich dies Recht jedenfalls nicht nehmen lassen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Herr Osann meinte, wir hätten sie vielleicht als Konkurrenz gegen die Petition der christlichen Metallarbeiter eingebracht. Er täuscht sich. Wir haben keine Veranlassung, irgend eine Konkurrenz in solchen Dingen zu treiben oder zu fürchten. Im Gegenteil sind derartige Petitionen und Anträge eine glänzende Begründung der Forderungen auf Regelung dieser Pensionskassen, der Werkskassen und auf Hüttenarbeiterlohn, die von unserer Partei, und zwar von unserer Partei allein, schon seit Jahren erhoben werden. Die Partei, der Herr Osann angehört, und ebenso die des Vorredners, haben sich in den Jahren 1902, 1904 und 1906 lebhaft gegen eine gesetzliche Regelung der Werkskassen gewendet. Aber Sie finden diese Forderungen heute auch in der Petition der christlichen Metallarbeiter. Wir haben die Frage der Werkskassen im Jahre 1908 hier angeregt. Dann haben wir die Prozesse gehabt, welche Seevering angeführt hat. Was aber ist seitens der Reichsregierung in dieser Sache geschehen? Gar nichts! Sechs Jahre sind ins Land gegangen, seit wir hier die Frage angeregt haben. Sogar schon im Jahre 1888 bei der Krankenversicherung sind verschiedene Formen für diese Pensionskassen von uns angeregt und vorgeschlagen worden, leider ohne Erfolg. Nun haben wir geglaubt, daß wenigstens bei der Reichsversicherungsordnung die Regierung die Frage in Angriff nehmen werde. Aber nichts davon ist geschehen. So häufig ist hier die Anrechnung der reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen auf die Pensionskassen besprochen, da hätte man doch glauben sollen, daß in der Reichsversicherungsordnung die zu befürchtende Anrechnung der Witwen- und Waisenversicherung auf diese Pensionskassen der Anlaß geboten hätte, auf diese Frage einzugehen. Aber nichts enthält die Reichsversicherungsordnung von dieser seit Jahren besprochenen Materie. Das sind wohl hinreichende Gründe für unsere Interpellation. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nachdem zu befrachten war, daß die Reichsversicherungsordnung gleichfalls angenommen wird, ohne daß das alte Unrecht beseitigt wird, haben wir es für nötig gehalten, noch vor Tagesbruch des Reichstages an diese seit Jahren von uns verlangte Reform zu erinnern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Entstehung der Pensionskassen führte der Staatssekretär aus: als die ersten Kassen entstanden, habe es noch keine reichsgesetzliche Versicherung für die Arbeiter gegeben, und die größeren Werke, die sie einrichteten, hätten mit einem festen Stamm von Arbeitern rechnen können. Auch die Arbeiter hätten damals diese Einrichtung als erfreuliche Veranstaltungen sozialer Fürsorge gezipien. Weiter führte er aus, daß unsere gesamte sozialpolitische Gesetzgebung auf freiwilligen Einrichtungen sozialgestufter fortgeschrittener Unternehmer basiere. Das werde und müsse auch in Zukunft so bleiben. Diese Darstellung der Entstehung unserer Versicherungsorganisation ist falsch. Das Studium eines einzigen Werkes hierüber hätte ihn lehren können, daß die ersten Anfänge einer Versicherung gegen Krankheit und Invalidität sowie der Witwen und Waisen nicht von sozial gesinnten Unternehmern ausgegangen sind, sondern von

genossenschaftlich gesinnten Arbeitern.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Darüber sind soviel Arbeiten geschrieben, daß auch der Vertreter der Regierung hier nicht eine so falsche Darstellung von der ersten Entstehung unserer Versicherungsorganisation hätte geben sollen. Schon vor 300 bis 400 Jahren haben die Hüttenarbeiter ihre privaten Hilfskassen gegründet.

Erst viel später ist die landesherrliche Gesetzgebung dazu übergegangen, gewisse Regeln für sie für ihre Beiträge und Leistungen aufzustellen und dann sind auch für die Beiträge der Unternehmer gewisse Bestimmungen getroffen. Gerade umgekehrt also war der Weg, als wie ihn der Vertreter der Regierung hier dargestellt hat. Wesentlich hat man sich bemüht, auch den Charakter der Unternehmerbeiträge zu verwischen. Auch die ersten Anfänge unserer sozialen Unterhaltungsvereine enthielten die Beiträge der Unternehmer nicht. Als die Versicherungsvereine in ihre zweite Periode eingetreten waren, als die landesherrlichen Behörden die Ordnung der Kassen regelten, waren die Werkskassen in den Kassenverwaltungen noch nicht vertreten. Damals durfte auch der Versicherungsbeitrag mit dem Arbeitsvertrag noch nicht vermengt werden, und deshalb kamen damals nicht jene bitteren Klagen vor wie heute. Erst als durch das Gesetz von 1884 die Unternehmer mit der Verwaltung der Kassen betraut wurden, erst von da an beginnen die schwereren Klagen, die auch heute im wesentlichen noch nicht abgestellt sind. Es ist notwendig, daran zu erinnern, welches denn der Grund der Klagen ist, nämlich die Verquickung der Versicherung mit dem Arbeitsvertrage. Das ist um so notwendiger, daran zu erinnern, weil durch die Reichsversicherungsordnung wiederum ein Schlag geführt werden soll gegen die Selbstverwaltung eines Versicherungsweiges. Wenn dieser Schlag geführt wird, werden dieselben Klagen auch aus den durch die Reichsversicherungsordnung vermittelten Ortskrankenkassen eintreten. Diese Ordnung ist nicht

andere als die Reform, die 1884 bei den Knappschaftskassen vorgenommen wurde, zufolge deren die Unternehmer das Recht in die Hände bekommen haben. Wenn jetzt jemand sagt, die Klagen seien neu, so erinnere ich daran, daß schon im Jahre 1888 die Arbeiter gegen diese Neuordnung protestierten. Mit allem Nachdruck betone ich, daß es

freie Schöpfungen der Arbeiter

waren, die durch die Verquickung von Versicherungs- und Arbeitsvertrag umgewandelt wurden. Weiter hat der Regierungsvertreter sich dahin ausgesprochen, daß eine zwangsweise gesetzliche Regelung bei den Werkskassen ganz unmöglich ist. Es sei auch ganz unmöglich, die Entwicklung zur Assoziation auf gesetzlichem oder administrativem Wege herbeizuführen. Würde dieser Zwang ausgeübt werden, so würden die Unternehmer, welche der Assoziation abgeneigt seien, die Kassen eingehen lassen. Ich habe das wiederholt gerufen, bei den Knappschaftskassen ist es das selbe gewesen. Herr Krenn bestreitet dies. Aber tatsächlich ist es genau das selbe wie bei den Knappschaftskassen. Es handelt sich auch da um die Erhaltung des Anrechtes für die gezahlten Beiträge. Was der Herr Staatssekretär am Donnerstag ausführt, erinnerte lebhaft an das, was die Unternehmer, vor allem Herr v. Stumm, zur Verteidigung der herrlichen Knappschaftskassen sagten. Und nun lesen Sie demgegenüber die Denkschrift der preussischen Regierung über die Notwendigkeit der Reform der Knappschaftskassen. Punkt für Punkt, Wort für Wort finden Sie dort wieder, was der Staatssekretär am Donnerstag sagte. Alles, was wir heute verlangen, das Recht der Arbeiter auf freiwillige Weiterversicherung, die Verpflichtung der Kassen zur Rückzahlung der Beiträge, die Zusammenlegung der Kassen, alles das ist auch seit Jahrzehnten zur Reform der Knappschaftskassen gefordert. Die Regierung verhielt sich auch da genau so ablehnend wie heute der Staatssekretär bei den Forderungen für die Werkskassen. Und was war die Folge? Viele Kassen sind zusammengebrochen und viele Tausende von Arbeitern sind

um ihre sauer ersparten Groschen gekommen.

Lesen Sie nur die über diese Sache herausgegebene Denkschrift der preussischen Regierung, wo mit dürren Worten gesagt ist, daß diese Zustände in der bisherigen Weise nicht weitergehen können. Auch da hat man jahrzehntelang der freien Entwicklung das Wort geredet. Wohin aber dieser Weg führt, das hat die Erfahrung gezeigt: zu einem Zusammenbruch der Kassen, so daß die Regierung schließlich einen sehr harten Stab in die Misere des Knappschaftswesens hineintreiben mußte. Die der Staatssekretär nach solchen Erfahrungen der freien Entwicklung das Wort reden kann, verstehe ich nicht. Der freien Entwicklung alles überlassen, heißt hier, die Rechte der Arbeiter preisgeben. Es heißt solange warten, bis der Zusammenbruch der Kassen vor der Tür steht, und wer weiß, was für ein Staatssekretär dann dort oben sitzt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ich gebe zu, daß die Gründer der Werkskassen sich nicht unter allen Umständen von egoistischen Geschäftsinteressen haben leiten lassen, aber es fragt sich, was inzwischen aus diesen Kassen unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen geworden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch bürgerliche Sozialpolitiker geben zu, daß wir aus den Zeiten des Patriarchalismus, wo diese Kassen gegründet worden sind, längst heraus sind und daß von einer ethischen Seite der Pensionskassen nur in sehr beschränktem Maße gesprochen werden kann. Das Wesentliche, ich muß das immer wieder betonen, ist die

Verkopplung des Pensionsvertrages mit dem Arbeitsvertrage.

Das ist es, was den guten Gedanken, der in diesen Pensionskassen der Invaliden, Witwen und Waisen steckt, in das Gegenteil verkehrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterschaft hat eben heute den lebhaften Wunsch nach einem neuen sozialen Recht, sie will von Wohlwollen, patriarchalischer Behandlung nichts mehr wissen. Wie die Untertanen Staatsbürger geworden sind, so wollen die Arbeiter aus wohlwollend behandelt, mit Gnadengroschen besetzten Menschen gleichberechtigte, freie Männer sein, und als solche geachtet sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Selbst ein Unternehmerorgan wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schrieb vor zwei Jahren, diese großen Werke würden nicht mehr nach sozialen, sondern nach dividendenrechtlichen Gesichtspunkten geleitet. Da sollte die Regierung einsehen, daß man den Dingen nicht mehr ihren Lauf lassen kann. Der Herr Staatssekretär sagte neulich, in die freiwilligen Einrichtungen der Unternehmer dürfe nur soweit eingegriffen werden, als unbedingt notwendig sei, man dürfe sie nicht in ein enges gesetzliches Netz zwingen. Das sagte derselbe Staatssekretär, der uns die Reichsversicherungsordnung vorlegt, durch welche die freien Hilfskassen, Schöpfungen der Arbeiter, einem solchen Zwang unterworfen werden sollen, daß diejenigen unter ihnen, die nicht besonders gut fundiert sind, in wenig Jahren bankrott machen müssen. Und wo liegt ein Bedürfnis vor, in der Reichsversicherungsordnung die Verwaltung der Ortskrankenkassen so zu gestalten, wie man 1884 die Verwaltung der Knappschaftskassen gestaltet hat, woraus nun eine furchtbare Erregung der Arbeiter gegen diese Verwaltung entspringen ist. Wo liegt ein Grund vor, die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen so zu zerstören? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In der Konferenz, die vom Staatssekretär über diese Frage einberufen war, haben auch die Unternehmer erklärt, sie wünschten an der bisherigen Form der Ortskrankenkassenverwaltung nichts geändert und derselbe Herr Staatssekretär, der uns so schön von den freiwilligen Schöpfungen der Unternehmer zu erzählen wußte, auf die kein Zwang ausgeübt werden dürfe, hat die Reichsversicherungsordnung so übergeben, die zweifellos nichts anderes bedeutet, als eine Vernichtung der Ortskrankenkassen. Wo bleibt denn da die Konsequenz? Schon allein dadurch ist unsere Interpellation hinreichend begründet, wenn wir dadurch einmal Gelegenheit erhalten, auf diese Widersprüche hinzuweisen. Von verschiedenen Vorrednern ist auf die Stimmung der christlich-sozialen Arbeiter hingewiesen. Es ist so aus, als wenn diese gedulbig warten würden, bis die Regierung so gültig ist, mit einer Reform zu kommen. Aber draußen klingt es ganz anders. In der Nummer der „Germania“ vom 28. April stand ein Artikel, der ausdrücklich als aus christlich-sozialen Arbeiterkreisen stammend bezeichnet wurde. Er beschäftigte sich mit dem Zusammenhang zwischen Reichsfinanzreform und Reichssozialpolitik. Die Herren von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien, die jetzt daran sind, eine Finanzreform in einer vom Volke nicht gewünschten Weise zu machen, sollten diesen Artikel zur Kenntnis nehmen. Es wird dort verlangt,

den Reichstag auflösen und an das Volk appellieren

und es werden dann eine Reihe von Fragen genannt, die man dem Volke zur Beantwortung vorlegen soll. Unter anderem die Frage: warum die schon vor Weihnachten vom Reichstag angenommene sogenannte kleine Gewerbesteuer vom Bundesrat noch nicht genehmigt worden ist; ferner warum über 700 000 Bergleute welche Salbe als Grubenkontrolle haben sollen; weiter, warum die Versicherungsgehalte zum Teil sogar rückwärts revidiert werden sollen, und endlich, warum die schwarzen Listen der Arbeiter und Angestellten gebildet werden. Sie sehen, draußen klingt es ganz anders, und wie, die wir mitterdruin stehen, haben die Pflicht, diese Stimmung hier wiederzugeben. Wir sind verpflichtet zu sagen, daß bei Reformen, die die Großindustrie treffen, die größte Rücksicht von der Regierung genommen wird, während sie diese Rücksicht nicht kennt, wo es sich um Forderungen der Arbeiter oder des Mittelstandes handelt. Wie steht es mit dem Hüttenarbeiterlohn? Es ist jetzt eine Bundesratsverordnung herausgekommen, die geradezu eine Verhöhnung des Reichstagsbeschlusses ist.

Präsident Graf Eitelberg: Sie haben gesagt, der Bundesrat habe den Reichstag verhöhnt. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! ( Bravo! rechts.)



Abg. Hue: Ich habe gesagt, die Bundesratsverordnung sei eine Verhöhnung des Reichstages. (Präsident Graf Stolberg: Das ist das selbe.) (Weiterkeit.) Fest steht jedenfalls, daß diese Bundesratsverordnung nicht im Einklang mit dem Reichstag, was der Reichstag feinerzeit beschloffen hat. Wir müssen das um so mehr feststellen, da die Unternehmer sie so schändlich ausführen, daß die Arbeiter darüber empört sind. Also so behandelt man Arbeiterforderungen, wenn man auf die Unternehmer stets Rücksicht nimmt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär v. Weismann-Hollweg:

Auf das, was der Abg. Hue über die Finanzreform, die Reichsversicherungsordnung, den Vorschlag und die Auflösung des Reichstages gesagt hat, gehe ich nicht ein. (Weiterkeit rechts.) In großer Breite hat er mit einer Sicherheit, um die ich ihn beinahe beneide, betont, es sei alles grundfalsch, was ich über die Entstehung der sozialpolitischen Gesetzgebung gesagt habe. Woju diese Liebertreibung? Ich habe nie behauptet, daß auch Arbeiter mit zu den ersten Trägern unserer Sozialgesetzgebung gehören haben. Der Abgeordnete Hue fragte mich, weshalb ich diese Pensionsklassen nicht gesetzlich regeln will, wo es doch bei den Knappschaftskassen geschähe. Vergiß denn Herr Hue ganz, daß die Knappschaftskassen B u n g s i n s t i t u t e sind, während es sich bei den Pensionsklassen um freiwillige Einrichtungen handelt? Freiwillige Institute aber kann man nicht dem Zwange der Gesetzgebung unterwerfen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Es sind keine freiwilligen Institute?) Wenn Sie diesen Unterschied immer wieder vertuschen, dann ist keine Verwirklichung möglich. Für die Verwaltung der Klassen nach der gesetzlichen Regelung verlangte der Abg. Sebering, daß den Arbeitern der ausschlaggebende Einfluß eingeräumt wird. (Hört! hört! rechts.) Gewiß, man kann das verlangen. Aber man glaube dann nicht, daß die Arbeitgeber besonders freudig an die Gründung solcher Klassen herangehen werden. Man sollte sich streng davor hüten, in einem Moment, wo Reichsfinanzreform und Reichsversicherungsordnung der Industrie neue Lasten auferlegen, dürfen wir nicht dazu übergehen, durch die Anknüpfung der Errichtung von Zwangsklassen nicht realisierbare Hoffnungen zu wecken, die in Forderungen auszuwachen, und auf der anderen Seite neue berechtigte Ansprüche zu erregen. Auf diesen Weg wird die Reichsregierung nie treten. Man soll nicht alles auf den bösen Bundesrat schieben. Der Bundesrat muß mit Vorsicht vorgehen. Hätte er das nicht getan, wohin wären wir gekommen! (Sehr wahr! rechts.) Andererseits sollte auch Herr Hue nicht verkennen, daß wir nicht bei der Regierung geblieben sind, sondern eminent positiv gearbeitet haben. (Sehr richtig! rechts.) Vergesse man auch nicht, daß die Pensionsklassen heute schon einen großen Teil der Verbesserungsvorschläge aus sich durchgeführt haben. Freiwillig geschieht das viel besser als auf dem Wege des Zwanges. (Sehr richtig! rechts.) Man sollte sich davor hüten, an die Arbeitgeber unumgängliche Forderungen zu stellen. (Waboo! rechts.)

Abg. Sebering (Soz.): Ich habe niemals gefordert, daß den Arbeitern das ausschließliche Recht auf die Klassen übertragen werden soll. Ich habe nur gefordert, möglichst Selbstverwaltung der Klassen und gleiche Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitern in den Verwaltungsorganen. Allerdings habe ich als Voraussetzung gefordert, daß die Arbeitgeber auch die gleichen Leistungen zu den Klassen beitragen.

Damit schließt die Besprechung. — Nächste Sitzung: Mittwoch 3 Uhr. (Wahlschengesetz, Zivilprozessordnung, Beamtenhaftung, kleinere Vorlagen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

79. Sitzung, Dienstag, den 4. Mai, mittags 12 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“.

Abg. Eichhoff (r. Sp.): Die deutsche Komreise wird den besten Schülern zweifellos für ihr ganzes Leben ein wertvolles Erinnerungsstück sein. Der Resolution des Herrenhauses auf Aufhebung der Pflichten der Lehrer an den höheren Lehranstalten wird die Unterrichtsverwaltung hoffentlich nicht stattgeben. Bei der Reifeprüfung sollten mehr Kompensationen schlechter Häuser durch gute zugelassen werden. Die Erfahrungen mit den Kurzstunden von 45 oder 40 Minuten lauten erfreulicherweise sehr günstig. Auch in den kleinen und mittleren Städten würden sie zum mindesten in den Oberklassen den Schülern ein intensiveres Studium zu Hause ermöglichen. Das Reformrealgymnasium hat sich durchaus bewährt, die Entwicklung der Reformgymnasien ist weniger rasch gewesen. Ihre pädagogischen Erfolge sind aber nicht zu verkennen. Uebrigens ist auch das Reformgymnasium ein humanistisches Gymnasium. Redner bespricht weiter die zahlreichen Schülerelbstmorde: die Schule und die Lehrer sind gewiß nicht unfeschbar. Aber es wäre verkehrt, für die bestehenden Mißstände ausschließlich die Lehrer verantwortlich zu machen. Erfreulich ist der Appell der Gesellschaft für deutsche Erziehung an die Öffentlichkeit, der kürzlich in einer großen Versammlung in Berlin ein Echo gefunden hat. Dadurch wird das Interesse weitester Kreise für Schulfragen geweckt.

Abg. Ströbel (Soz.):

In seiner letzten Rede hat mein Freund Hoffmann den Klassencharakter gezeichnet, den die heutige Volksschule trägt. Dieser Klassencharakter ist auch den höheren Schulen aufgedrückt; sie sind die Anstalten für die Söhne der bestehenden Klassen, ihr ganzer Organismus ist auf der Klassenherrschaft, auf dem Klassenstaat aufgebaut. Schon die verhältnismäßig geringere Zahl der höheren Schüler ist ein Beweis für den Klassencharakter dieser Schulen. Redner man auch die Mittelschulen, die höheren Mädchenschulen zu den Lehranstalten, so stehen ungefähr 300 000 höheren Schülern mehr als 6 Millionen Volksschüler gegenüber. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir erheben auch bei dieser Gelegenheit die Forderung der einheitlichen Volksschule als Unterbau und den Zutritt aller Befähigten zu den höheren Schulen. Hervorragende Pädagogen haben zugestanden, daß die Zahl der wirklich Dummen, die überhaupt nicht lernen können, eine sehr geringe ist und daß fast alle eine höhere Bildung sich aneignen können. Wir fordern deshalb die Beseitigung des Vorkursus, das ja in Süddeutschland schon so ziemlich verschwunden ist. In Preußen gibt es leider noch eine ganze Anzahl solcher Vorkursen. Sollte es nicht möglich sein, durch einen dreijährigen Volksschulbesuch das geordnete Ziel zu erreichen, so muß eben die Volksschule verbessert werden. (Sehr richtig! links.) Nebenfalls ist die Aufrechterhaltung der Vorkursen mit einer Ursache für die Vernachlässigung der Volksschule. (Sehr richtig! links.) Eine radikale Beseitigung des Vorkurswesens würde dazu beitragen, daß auch die bestehenden Klassen ein erhöhtes Interesse an dem Ausbau der Volksschule nehmen werden. Aber nicht nur in der Existenz des Vorkurswesens, in der geringeren Frequenz der höheren Schulen und in dem hohen Schulgeld tritt der Klassencharakter der höheren Schulen hervor, sondern auch in der ganzen inneren Organisation, in dem Lehrplan, in der Lehrmethode dieser Schulen. Die Auffassungen für die notwendigen Reformen auf dem Gebiete der höheren Schulen gehen an bürgerlichen Kreisen außerordentlich weit auseinander. So viel auch in den letzten Jahrzehnten für die Schulreform getan worden ist, so wenig befinden wir uns vor dem Abschluß dieser Reform. Der Abgeordnete Eichhoff hat bereits hingewiesen auf eine Versammlung der Gesellschaft für deutsche Erziehung, die vor einigen Wochen hier in Berlin stattgefunden hat. Diese Gesellschaft besteht nicht etwa aus ein paar mißbegünstigten Lehrern oder aus etlichen Sonderlingen, sondern der Zutritt zu dieser Versammlung war unterzeichnet von Hunderten von Personen, unter denen sich eine große Anzahl von Lehrern und Professoren befanden. Also die Gesellschaft für deutsche Erziehung repräsentiert einen gar nicht kleinen und keineswegs den schlechtesten Teil der Lehrerschaft. Der Aufwurf ist die Frage, ob es

richtig ist, ein Kind, das noch nicht einmal die Muttersprache beherrscht, eine fremde Sprache lernen zu lassen. Man sieht, wie radikal die Forderungen dieser Herren sind. Aber sie wollen nicht reformieren an ein einzelnes Fach herangehen, sondern sie wollen die gesamte Ausbildung des Körpers und des Geistes der Schule grundlegend ändern. Wegen das ganze heutige Schulsystem

richtet sich also die Kritik dieser bürgerlichen Kreise. Eine besonders vernichtende, aber auch eine besonders sachkundige Kritik an unserem höheren Schulwesen hat auf dieser Versammlung Prof. Ludwig Gurlitt geübt. Man kann diesem Herrn nicht Mangel an Sachkunde vorwerfen, denn er ist selbst klassischer Philologe, auch nicht Mangel an Erfahrung, denn er war selbst 20 Jahre Lehrer. Professor Gurlitt führte auf jener Versammlung aus, daß der höhere Unterricht mit fremden, fernliegenden Dingen beginne und mit bekannten, naheliegenden Dingen schließe. Das humanistische Gymnasium lasse den Geist erstarrten. Und der bekannte Professor der Chemie an der Leipziger Universität, Geheimrat Dr. Ostwald, schloß sich dieser Kritik an und hielt einen 6jährigen Unterricht für ausreichend, da eine Bildung niemals abgeschlossen sei. Es wird also an unserem höheren Schulwesen von Kreisen die denkbar schärfste Kritik geübt, die dieses Schulwesen sehr genau kennen. Geheimrat Ostwald ironisierte auch die Anschauung, als ob die Kenntnis der lateinischen Sprache für eine gute Geistesbildung absolut notwendig sei aber als ob ein Fehler gegen die Genußregel dem guten Ruf schade. (Weiterkeit.) Scharfe Kritik wurde auch an deutschen Unterricht geübt, eine Kritik, die ich neulich übrigens auch in der „Deutschen Tageszeitung“ gefunden habe. Die „Deutsche Tageszeitung“ erhob die Forderung einer Aenderung des deutschen Unterrichts, damit die Schüler wieder keine Freude an den Meisterwerken unserer Literatur empfinden könnten. Jetzt werde vielfach der Unterricht in Deutsch und Literatur ebenso langweilig gestaltet wie der Unterricht in anderen Fächern. Vor allem: was sollte man vom deutschen Aufsatz sagen? Leider kann ich mich den Verbesserungsvorschlägen der „Deutschen Tageszeitung“ nicht anschließen, da ich glaube, daß deren Durchführung den Unterricht noch qualvoller gestalten würde. Verbesserungsvorschlag ist auch ein Vorschlag Heinrich Haris auf dem Kunstergänzungsstag in Weimar, der vor allem eine Behandlung der Jugendwerke unserer großen Meister forderte. Diese Forderung wird leider viel zu wenig beachtet. Man behandelt zwar „Herzog und Dorothea“ und die antikernden Dramen des älteren Schiller und Goethe, aber man behandelt auf der Schule nicht die passenden Jugendwerke, „Die Räuber“, „Kabale und Liebe“, die „Leiden des jungen Werther“, den „Götz“, „Hedwig, Gräfin“, Otto Ludwig, Renaud „Albigenser“, Heine, Storm, Keller usw. Und doch wären gerade das alles Dinge, die unsere Schüler außerordentlich interessieren würden. (Sehr richtig! links.) Allerdings müßte man dann auch

mit der Prädikate und mit jeder Ungleichheit brechen.

Sehr bezeichnend für die Art, wie der Geschichtsunterricht an unseren höheren Lehranstalten erteilt wird, ist z. B. die Darstellung eines Lehrbuches über die Kämpfe am 18. März 1848. Es wird da so dargestellt, als ob der König, weil er es nicht mehr ertragen konnte, daß noch mehr Bürgerblut vergossen wurde, nach 14tägigem Kampf die Truppen zurückgezogen habe. Das ist eine Geschichtsfälschung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Historisch verbürgte Tatsache ist, daß morgens 5 Uhr am 19. März der Minister Bodelschwingh dem König mitteilte, daß die Truppen sich in einem Zustande der Erschöpfung befinden, während der Zulassung zu den Barrikaden immer stärker wurde, daß dem König dringend geraten wurde, die Truppen zurückzuführen. Solche Geschichtsfälschungen gehören doch nicht in ein Schulbuch! Der staatsrechtlerische Gewaltakt gegenüber der Nationalversammlung vom November 1848 wird in diesem Lehrbuch damit motiviert, daß der König sich angesichts der Tatsache, daß die Nationalversammlung unter der Einwirkung der sie umlagernden Volksmassen zu den bedenkenlichsten Beschlüssen kam, zu dem Gewaltakt gezwungen war. Auch das ist eine historisch nicht objektive Darstellung. Die „Deutsche Tageszeitung“ will durch den gesamten Unterricht die politische und nationale Erziehung der Jugend gefördert haben. Man weiß ja, was sie darunter versteht: eine Erziehung zur Unterthanen demut und zum kriegerischen Durrapatriotismus. Darin wird jetzt schon übergenug geleistet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einem Schulbericht habe ich folgende deutsche Thematika gefunden: „Krieg und Gemitter, ein Vergleich“. Hier soll also dargelegt werden: so wie das Gemitter Luftreiniger wirkt, wirkt auch der Krieg. Das ist ja eine eminent staatsverhaltende und vor allem christliche Theorie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den China-Feldzug, an den Krieg zwischen Japan und Rußland, an die Art, wie der Krieg in Süd-, Ost- und Westafrika geführt worden ist, wo Tausende der Eingeborenen verhungern mußten oder von Raubtieren zerissen wurden. (Rufe rechts: Schule!) Sie haben kein Gefühl dafür, aber es gibt noch Leute, die das Unwürdige und Bestialische einer solchen Kriegsführung empfinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein anderes Thema lautet: „Kriegs- und Friedensfähigkeit Friedrichs des Großen“. Die ganze Verwaltungstätigkeit des Königs, namentlich die Tatsache, daß er die Bauern dem Punkte zum Preis gab, finden dabei natürlich keinerlei Erwähnung. Ein anderes Thema lautet: „Wie beweisen die deutschen Freiheitskriege die Wahrheit des Satzes: Schön und ehrenvoll ist es, für das Vaterland zu sterben“. Das wäre ja ein schönes Thema, wenn dargelegt würde, daß die Freiheitskriege nur Kämpfe um Befreiungskriege gewesen sind, und daß der König nach Beendigung der Kriege sein gegebenes Wort gebrochen hat. (Unruhe rechts. Zuruf: Geschichtsfälschung!) Sie können ja die Geschichte lorrigieren, aber Tatsachen bleiben das doch. Fiel doch damals Männer wie Jahn und Ernst Moritz Arndt der Reaktion zum Opfer. Bezeichnend dafür, wie der Unterricht im politischen Interesse der herrschenden Klassen gegeben wird, ist auch ein Vorschlag über eine

Schulfahrt nach der Wasserlant,

in dem die Notwendigkeit einer kriegsfähigen Flotte für Deutschland betont wird. Da heißt es zum Schluß in unverständlichen Kriegervereinbarungssätzen: ein kräftiges Deutsches Reich ist nie möglich ohne eine achtunggebietende Flotte. Und dann wird dargelegt, daß es eine zwingende Notwendigkeit gewesen sei, das Meer umspülte Helgoland den Engländern zu entwenden. Jedermann weiß, daß Helgoland den Engländern nicht entwunden ist, und daß sie es nie herausgegeben hätten, wenn sie ihm großen strategischen Wert beigemessen hätten. Dieser londensterte Unsinn ist natürlich nicht die Originalweisheit des Verfassers, sondern ist dem guten Jungen in der Schule eingepaukt worden. Und diese Blüte unseres höheren Schulwesens ist im Schulprogramm triumphierend abgedruckt als besonders hervorzuhebende Leistung, für die der Schüler mit dem Kaiserpreis, einem Bande des Blottentalenders, belohnt wurde. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß Lehrer sich so zu Trägern des Hyazinthenismus und Durrapatriotismus entwürdigen lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Professor Ludwig Gurlitt schreibt sehr richtig: „Jetzt ist der Lehrer mehr als je Beamter, als solcher hat er ein Amt, aber keine Meinung.“ Es sei denn die behördlich abgestempelte (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der springende Punkt ist, daß unser ganzes Schulwesen in der Schule darauf ausgeht, die Interessen der herrschenden Klassen, des kapitalistischen Staates zu fördern. Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt uns, daß in der Gestaltung der Schule niemals die idealen Anforderungen der herabstrebenden Pädagogen maßgebend gewesen sind, sondern die profanen Bedürfnisse des kapitalistischen Staates her, die die Macht in ihm ausüben. Das befähigt die ganze Geschichte unserer Pädagogik. So entstand unsere humanistische Bildung durch ein Ubergreifen der Renaissance nach Deutschland, die in Italien zuerst aufgeleht war, weil dort die wirtschaftlichen Verhältnisse am höchsten entwickelt

waren. Aus den Stürmen der Reformen gingen dann die Künste siegreich hervor, und das Schulwesen wurde nun in den Dienst ihrer territorialen Macht gestellt. Auch Luther betont, daß die Schule bestimmt sei, den geistlichen Stand und das weltliche Regiment zu stärken und zu schützen. Im 17. Jahrhundert kam es in Deutschland zu einer Reaktion gegen die humanistische Bildung. Comenius gab zu, daß das alte Ideal der Eloquenz für die Theologen und Rechtsgelahrten nötig sei, aber in deutscher Sprache. Er übte so scharfe Kritik an den alten Sprachen, daß man glaubt, einen modernen Schulreformer zu hören. Im 18. Jahrhundert kamen dann Winkelmann, Lessing, Schiller, Goethe und schufen das neue humanistische Ideal einer harmonischen Bildung des Geistes und der Entfaltung der Vernunft, der Naturwissenschaften eroberten sich dann die letzten ihren Platz im Lehrplan der Schule, und es wurde eine Weiche gelegt in das Privilegium der humanistischen Erziehungsanstalten. 1901 wurde in den offiziellen Lehrplänen für die höheren Schulen empfohlen, den einzelnen Lehrern größere Freiheit zu lassen, und es wurde die Notwendigkeit des inneren Verständnisses im Gegensatz zur Schablone betont. Trotz solcher Bestimmungen begegnen wir noch heute einer vernichtenden Kritik der gegenwärtigen Unterrichtsmethode.

Die Mängel der Methode liegen nach Bälke, Gurlitt und zahlreichen anderen Männern in der Anhäufung eines zusammenhanglosen Haufens von Wissen, die keine harmonische Bildung schafft, jenes nach Ansicht aller großen Pädagogen höchste Ziel eines jeden Unterrichts, freilich unsere kapitalistische Gesellschaft hat kein Bedürfnis an demart harmonisch gebildeten Menschen. (Lachen rechts.) Sie braucht Spezialisten mit möglichst bescheidenen Ansprüchen, keine philosophischen Köpfe und keine faustischen Naturen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere an den Ausspruch jenes Konservativen, der von einer zu hohen Bildung der Beamten fürchtet, daß diese Bildung in den Köpfen rumort und das Interesse von der Arbeit ablenkt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wo die Beamten mehr sein wollen, als wie Exekutivbeamten des Staates, da werden sie gemahregelt. Man hat den Oberpostassistenten Wagner

gemahregelt,

weil er sich allzu sehr mit Schopenhauer und anderen Dingen beschäftigt hatte. Man hat den Bürgermeister Lohar Schuding gemahregelt, weil er sich nicht darauf beschränkte, Verwaltungsbeamter zu sein, sondern weil er sich darüber hinaus mit allgemeinen politischen Fragen beschäftigte und eine scharfe Kritik an den herrschenden Zuständen geübt hat. In unseren Universitäten werden Anhänger der sozialistischen Weltanschauung nicht zugelassen. (Sehr richtig! rechts.) Ich nenne nur die Namen Dr. Konrad Schmidt und Dr. Leo Kronz. Dr. Michels hat, weil er in Deutschland keine Professur erlangen konnte, sich ins Ausland begeben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe nur einige von den zahllosen Beweisen dafür angeführt, daß bei uns keine Toleranz herrscht, und daß man bei uns nur Beamte und Untertanen erziehen will und nicht freie selbständige Persönlichkeiten. Wissenschaft und Beamtentum haben keinen anderen Zweck, als den Interessen des kapitalistischen Staates zu dienen. Junker, Schlotbarone, Handel, Handwerksmeister und besser situierte Bauern wollen ja auch gar keine soziale Gleichheit. (Sehr richtig! rechts.) Unternehmer und Kapitalisten brauchen möglichst ungebildete Proletarier als Arbeitskräfte, damit sie auf den Höhen der Menschheit wandeln können. Deshalb ist heute nicht jenes Erziehungsideal durchgeführt, das das höchste Ziel sein sollte. Rastlos, Männer von wahrhaft humanistischer Bildung wären keine tüchtigen Beamten und liehen sich nicht mißbrauchen. Alle großen Pädagogen haben die Empörung der Massen des Volkes zu einer möglichst hohen Bildung als wahrhaft nationale Erziehung bezeichnet. Pestalozzi hat die menschliche Gesellschaft mit einem dreiförmigen Haus verglichen. Im dritten Stockwerk, das nur von wenigen Menschen bewohnt wird, wird die vollendetste Bildung vermittelt. Im zweiten Stockwerk wohnen schon mehr, aber es mangelt ihnen an Treppen, um hinauf zu gelangen. Unten aber wohnen die großen Menschenmassen, fern von Licht und Sonne, und es wird ihnen durch

Blindwerke der Ausblick zu den oberen Stockwerken versperrt.

In diesen Blindwerken reihe ich den famosen Geschichtsunterricht in den Schulen. Unsere heutigen Schulen sind Drillanstalten zum Brechen selbständiger Geister. Wir Sozialdemokraten sind keineswegs Gegner der klassischen Bildung. Mein Parteigenosse Bernerstorfer war es, der ausgeführt hat, daß unsere Bildung zum großen Teil auf der Antike beruhe. Auch Marx war ein Freund der klassischen Bildung. Lassalle und Engels, alle unsere Theoretiker liebten die klassische Bildung, wenn sie sich nicht auf den Standpunkt stellten, daß das Ideal einer klassischen Bildung sei, was heute auf den Schulen dafür gilt. Erst die sozialistische Gesellschaft wird das Bildungsideal, das auch die Besten der bürgerlichen Gesellschaft erstreben, verwirklichen, denn gerade die sozialistische Gesellschaft hat ein Interesse an einer Vertiefung der Bildung. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird es einen Spezialismus geben, aber er wird nie in Fachidiotismus ausarten. Die Schule soll zur Lebensarbeit, aber auch zum Lebensgenusse erziehen. Eine vernünftige Gesellschaft sollte einen jeden dahin stellen, wo die Begabung ihn hinweist und wo er das Tüchtigste leistet. Auch auf diesem Gebiet werden wir gern mit allen Reformern zusammenarbeiten, trotzdem wir überzeugt sind, daß gewisse Reformen im kapitalistischen Staat nicht durchführbar sind. Wir sind der Auffassung, daß der Sozialismus nicht nur eine Sache der breiten Massen ist, sondern daß er auch die gebildeten Geister, die Elite der Gebildeten mit sich reißt und schließlich siegen wird. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (r. Sp.) tritt für das humanistische Gymnasium ein. Von den höheren Schulen hat Herr Ströbel ein Heroldbild entworfen. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Er spricht von Klassenkassen, tatsächlich aber gehen die Abiturienten unserer höheren Schulen aus allen Klassen der Bevölkerung hervor. (Vielfaches Sehr richtig!) 10 Proz. aller Schulklassen in Berlin sind freigestellt. Gerecht habe ich mich, daß Herr Ströbel die Erhöhung der Schulgelber befürwortet. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben die Sozialdemokraten immer für die Erhöhung des Schulgeldes gestimmt. (Hört! hört! bei den Freijüngern.) Seine Kritik des Geschichtsunterrichts war ganz verfehlt. Daß die Schulen die Kinder zum Patriotismus erziehen, ist selbstverständlich, solange wir in einem konstitutionellen Staate leben. Aber den Vorwurf des Hyazinthenismus gegenüber unseren Lehrern weise ich entschieden zurück. (Waboo! bei den Freijüngern.)

Abg. Dr. Maurer (nat.) weist die Ausführungen des Abg. Hef gegen das Effener Gymnasium zurück. Herr Ströbel hat ein freitilts Zusammenstellen aller möglichen Publikationen hier vorgebracht. Sein Kronzeuge Gurlitt ist in der philologischen Welt eine sehr unsifrrenne Persönlichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Die Inaktivität der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung kann ich nicht sehr hoch einschätzen. Die Sozialdemokratie kann gar nicht objektiv sein, weil sie von festen Dogmen ausgeht. (Sehr richtig! rechts.) Abg. Hoffmann (Soz.): Sagen Sie das der Mitte des Hauses. (Weiterkeit und Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Freude am Vaterlande werden wir uns durch alle Ihre Angriffe nicht nehmen lassen. Das hat aber mit Hyazinthenismus und Durrapatriotismus nichts zu tun. (Sehr richtig! rechts.) Redner kritisiert das Verechtigungsverhalten, das zum Kräftigen führte. Der Mann mit dem Abiturientenzeugnis fähigt sich himmelhoch erhaben über den, der nur das Einjährige hat. In der Obersekunda sollte ein Altersgrenze eingeführt werden, damit nicht unfähige Schüler sich das Abiturientenzeugnis ersorgen können. Der Bildungsgang der höheren Lehrer muß gründlicher und systematischer gestaltet werden. (Waboo! bei den Nationalliberalen.)

Hierauf wird die Debatte über die höheren Lehranstalten geschlossen. Die Weiterberatung des Kultusgesetzes wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Schluß 4 1/2 Uhr.)







Die Maifeier im Auslande.

Frankreich.

Paris, 2. Mai. (Fig. Ver.) Die Nachrichten aus der Provinz lassen erkennen, daß die Maifeier in diesem Jahre in den meisten industriellen Zentren eine ziemlich starke Beteiligung des Proletariats gefunden hat. Die Arbeitsruhe hatte indes nicht überall den gleichen Umfang und die Feier nicht überall dieselben Formen. Die Arbeitskonföderation hatte aufgefördert, den Tag nicht als ein Fest, sondern lediglich als Demonstration und Vorübung zum Generalkongress zu begehren; doch hat sich in vielen Orten die festliche Begehung des Tages eingebürgert. Versammlungen wurden überall abgehalten, wo Ansätze zu Organisationen vorhanden sind, und es war natürlich, daß die von der Arbeitskonföderation entsandten Redner ihre Referate von ihren besonderen Meinungen beeinflussen ließen.

In Paris trat, wie zu erwarten war, in den vom Gewerkschaftsverband des Seine-Departements veranstalteten Versammlungen die „insurrektionelle“ Färbung um so stärker hervor, als die Konföderation ihre besten Kräfte in die Provinz geschickt und in der Hauptstadt weniger geschulte Redner zurückgelassen hatte. In der im ganzen Departement angenommenen Resolution wird eigens des „Antipatriotismus“ gedacht. Die reinen Syndikalisten können eben gegen den von ihnen so lange begünstigten Herbeismus nicht ankommen. Eine Versammlung der sozialistischen Partei ist in Paris nicht abgehalten worden. Die Partei hat nur in einem Manifest zur Arbeitsruhe aufgefordert. Die deutschen Arbeiter feierten wie gewöhnlich den Freitag gemeinsam mit anderen ausländischen Arbeiterverbänden — Tschechen, Magyaren, Skandinaviern — mit einem Konzert, bei dem Ansprachen gehalten wurden.

Der Umfang der Arbeitsruhe war in Paris nicht so groß als man ihn nach der Lebhaftigkeit der von der Konföderation betriebenen Agitation hätte erwarten sollen. Gleichwohl stehen die von der Polizei angegebenen Ziffern, wonach im ganzen 20 000 Arbeiter, darunter gegen 12 000 Bau- und Erdarbeiter und 5000 Metallarbeiter gefeiert haben sollen, jedenfalls hinter der Wirklichkeit zurück.

Das Straßenbild war gestern ruhiger als in den vergangenen Jahren, woran jedenfalls das kalte Wetter, das den Aufenthalt im Freien unangenehm machte und die Reugierigen von der Place de la Republique bald wegzog, einen Anteil hatte. So ist auch die Zahl der Verhafteten äußerst gering. Der Polizei- und Militärapparat war gestern nicht so provozierend wie sonst zur Schau gestellt.

Um so geschäftiger hat sich die Provokation auf einem anderen Gebiete betätigt. Die Regierung arbeitet ganz offenbar darauf hin, an den Postbeamten Rache für ihre Niederlage im Poststreik zu nehmen. Als Vorwand dienen ihr die Organisationsbestrebungen, die durch den Streik natürlich einen mächtigen Antrieb bekommen haben. Was die Beamten jetzt wollen, ist nicht ein besonderes „Statut“, das ihnen mit ein paar Schutzbestimmungen gegen die Willkür der Vorgesetzten die Isolierung von der übrigen Arbeiterschaft aufzuheben will, sondern die Koalitionsfreiheit in den der Arbeiterschaft gewährten Formen. Und ihre „Assoziation“ wollen sie in eine Gewerkschaft verwandeln. Der Unterschied in der Praxis wäre für den Verein selbst nicht allzu groß, aber eine Gewerkschaft hätte das Recht, in die Arbeitsämter und die Konföderation einzutreten. Der Streik ist als „Streikrecht“ hat weniger Bedeutung, da der Streik ja nicht als die Ausübung eines Rechts, sondern als einer Macht anzusehen ist und kein Verbot etwas gegen ihn nützen kann, wenn die Beamten solidarisch bleiben. Die Regierung und die Scharfmachepresse berufen sich darauf, daß vor zwei Jahren von der Kammer beschlossen wurde, in der Frage der Beamtenengewerkschaften den status quo aufrechtzuerhalten, also bis zur gesetzlichen Regelung des Staats keine neuen Gewerkschaften zuzulassen. Sie wollen eben nicht sehen, daß die tatsächliche Entwicklung jenen Beschluß wiederholt hat.

Die gewerkschaftliche Agitation hat der Regierung den gesuchten Vorwand gegeben, die Maßregelungen einzuleiten, zu denen sie die reaktionären Generalräte aufgemuntert haben. Der erste Schritt war die Eröffnung des Entlassungsverfahrens gegen sieben Beamte, denen verschiedene Äußerungen in Versammlungen zur Last gelegt wurden. Die Anklage baut sich auf Zeitungsberichten auf, und unter den inkriminierten Äußerungen sind solche, die auf nichts als die Solidarität zwischen Beamten und Arbeitern Bezug haben.

Die Herausforderung der Regierung führte gestern im General-Telegraphenamts zu großen Demonstrationen. Die Beamten sangen wiederholt die „Internationale“ und ließen die verfolgten Lieben hochleben. Daraufhin erfolgte die sofortige Suspensionierung von 8 Demonstranten und heute kam die des Postbeamten Chastenet dazu, der gestern als Delegierter der Beamtenschaft in der Versammlung auf der Arbeitsbörse gesprochen hat.

Unter solchen Umständen ist ein neuer schwerer Konflikt zu erwarten. Die Regierung läßt jetzt täglich von der Installation drahtloser Telegraphie berichten, aber diese Meldungen sind mehr geeignet zu provozieren als einzuschüchtern. Man fragt sich nur, wo Clemenceau hinauswill. Denn wäre es selbst möglich, einen neuen Streik der Postbeamten niedergzuwerfen, so würde eine das ganze Land erfassende soziale Krise die Folge sein, da sich die Arbeiterschaft unbedingt mit den Beamten, die sich jetzt so mutig in ihre Reihen gestellt haben, solidarisch erklären würde.

Skandinavien.

Obwohl am 1. Mai in Stockholm und vielen anderen Orten Schwedens die Bitterung sehr unangenehm war, beteiligten sich an den Maidemonstrationen größere Menschenmassen als je zuvor. In der Hauptstadt, wo aus dem wolkenverhangenen Himmel ab und zu ein Hagelregen herabdrach, marschierten am Nachmittag zwei lange Demonstrationen nach dem nördlich vor der Stadt liegenden Sammelplatz Ladugårdsgränd, wo sich um die fünf Rednertribünen 40 000 Menschen scharten. Man demonstrierte international für Arbeiterverbänderung und Achtstundentag und forderte ferner eine demokratische Verfassungsrevision, die das schwedische Volk endlich zum Herrn im eigenen Hause macht. Im Demonstrationzuge wurde unter anderem auch eine weiße Fahne getragen, die ursprünglich die Inschrift:

„Kein Mann — kein Dere für den Militarismus“ aufweisen sollte. Die Inschrift war jedoch von vornherein polizeilich verboten worden. Der Genosse Dranting hat bereits am Sonnabend in der Zweiten Kammer am Schluß der Sitzung eine Interpellation eingebracht, um zu erfahren, ob die Regierung jene Einschränkung der Demonstrationen billigt.

Auch in Norwegen war die Beteiligung an den Maidemonstrationen den Verhältnissen entsprechend außerordentlich stark. In Kristiania nahmen 10 000 Menschen am Demonstrationzuge teil. Eine Fahne mit der Inschrift:

„Nieder mit Thron, Altar und Geldsack“ wurde von der Polizei beschlagnahmt, und als man sie durch ein Pappbild mit der Inschrift:

„Die Polizei hat unsere Fahne gestohlen“ ersetzte, verließ dies Demonstrationen denselben Schicksal.

Die Arbeiterschaft Kopenhagens hatte diesmal von dem sonst üblichen Demonstrationstanz Abstand genommen; sie wollte wegen der ungeheuren Arbeitslosigkeit jeden unnötigen Kostenaufwand vermeiden. Die Demonstration fand im Rosenborg-Schloßgarten statt, wo sich um die zwei Rednertribünen trotz Regen, Schnee und Hagel große Menschenmassen versammelt hatten. Am Abend wurde die Feier in den verschiedenen Versammlungshäusern der Arbeiterschaft fortgesetzt.

Unterbeamte und Sozialdemokratie.

Ein Heer von Unterbeamten und Arbeitern ist in staatlichen Betrieben beschäftigt. Nur ein kleiner Teil von ihnen befindet sich in solchen Stellungen, die als eine Art politisches Vertrauensamt bezeichnet werden könnte und von deren Inhabern die Regierung deshalb mit einem Schein von Recht erwarten könnte, daß sie auch politisch auf dem Standpunkt der Regierung stehen oder doch keiner Oppositionspartei angehören. Von einem Vertrauensverhältnis dieser Art kann aber bei dem weitaus größten Teil der Unterbeamten gar keine Rede sein. Ein Post-, Telegraphen- oder Eisenbahnbeamter steht zu der ihn beschäftigenden Behörde in keinem anderen Verhältnis, als der im Betriebe einer Aktien-gesellschaft Angestellte zur Direktion und zum Aufsichtsrat dieser Gesellschaft. Die Unterbeamten in den staatlichen Betrieben und Verkehrsanstalten stehen in einem Arbeitsverhältnis, aber nicht in dem Verhältnis eines Staatsdieners. So wenig ein Privat-unternehmer das Recht hat, den von ihm beschäftigten Arbeitern und Angestellten eine bestimmte politische Gesinnung vorzuschreiben oder ihnen die Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Partei zu verbieten, ebensowenig ist die Regierung berechtigt, ein solches Ansehen an die in staatlichen Betrieben tätigen Beamten und Arbeiter zu stellen. Gleichwohl hält es die Regierung im Gegensatz zu der von den Beamten beschworenen Verfassung für selbstverständlich, daß jeder in einem staatlichen Betriebe Beschäftigte politisch auf ihrem Standpunkt stehen müsse und deshalb Sozialdemokraten in solchen Betrieben nicht geduldet werden.

Es ist nicht einzusehen, weshalb ein sozialdemokratischer Post- oder Eisenbahnbeamter, dessen Berufsarbeit mit Politik doch nicht das Mindeste zu tun hat, seine Arbeit nicht ebensogut sollte verrichten können, wie ein konserverhafter Beamter. Nach Vernunft und Gesetz sollte nur die berufliche Tüchtigkeit, aber nicht die politische Gesinnung für die Beschäftigung und die Anstellung in staatlichen Betrieben maßgebend sein. Wenn die Regierung die sozialdemokratische Gesinnung bei den Beamten und in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern nicht duldet, so verstößt sie damit gegen die elementarsten Grundzüge der freien Meinungsäußerung und der persönlichen Freiheit und zieht ein verächtliches Heuchler- und Strebertum groß. Der Sozialdemokratie wird aber dadurch keineswegs der Eingang in die Kreise der Unterbeamten versperrt. Denn das Klassengefühl bringt auch diese Schicht des Proletariats ganz von selbst zu der Einsicht, daß ihr Verhältnis zu der sie beschäftigenden Behörde kein anderes ist, wie das Verhältnis des Arbeiters zum Unternehmer. Ein großer Teil der Unterbeamten in den Verkehrsanstalten geht ja aus der Arbeiterklasse hervor. Viele von ihnen sind als gelernter Arbeiter bestimmter Berufswege in staatliche Betriebe eingetreten und haben nach einer Reihe von Jahren Beamtenstellungen erhalten. Als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter ihres Berufes sind sie mit den Ideen und Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung bekannt geworden. Sie bleiben auch als Beamte ihrer Gesinnung treu, wenn sie dieselbe mit Rücksicht auf ihre Existenz auch nicht betätigen dürfen. Die Sozialdemokratie hat also in den Reihen der Unterbeamten zahlreiche Anhänger, welche die Verfolgung ihrer politischen Gesinnung als einen unerträglichen Druck empfinden und nichts sehnlicher wünschen, als von diesem Druck befreit zu werden und ihre Überzeugung frei und offen bekennen zu dürfen, wie es jedem Staatsbürger von Recht wegen zusteht.

Das sind, kurz skizziert, die Gedanken, welche ein sozialdemokratischer Unterbeamter in einer längeren, an uns gesandten Abhandlung darlegt. Der Verfasser hat natürlich das lebhafteste Verlangen, daß auch diejenigen Beamten, welche ihre Klassenlage noch nicht begriffen haben, sondern in allerhand Alibi-Imbreyen die sozialistenfeindlichen Bestrebungen der Regierung unterstützen, für unsere Partei gewonnen werden. Er wünscht, daß die sozialdemokratische Partei nach dieser Richtung hin eine agitatorische Tätigkeit entfalte.

In dem Wunsche, die Unterbeamten, die ja tatsächlich zum Proletariat gehören und deshalb mit den klassenbewußten Arbeitern gemeinsame Interessen haben, für uns zu gewinnen, ist wohl jeder Parteigenosse mit unserem Gewährsmann einverstanden. Was die Partei in dieser Hinsicht tun kann, hat sie ja auch stets getan. Unsere Agitation in Wort und Schrift wendet sich an das gesamte Proletariat, an alle, welche unter der heutigen Klassen-herrschaft leiden, ob sie nun Arbeiter bei privaten Unternehmern oder Arbeiter und Beamte in staatlichen Betrieben sind. Alle Forderungen, welche wir im Interesse des Proletariats erheben und vertreten, beziehen sich ja doch auch auf die Proletarier in Beamtenstellungen. Es sei auch darauf hingewiesen, daß im Reichstage sowohl wie in den Landtagen der Bundesstaaten keine Partei mit solcher Energie für die Vesserstellung der Unter-beamten und Staatsarbeiter eintritt, wie die Sozialdemokratie. Was die Sozialdemokratie von außen her für diese Schicht des Proletariats tun kann, das hat sie in vollem Maße getan. Die Agitation nach innen, das heißt in den Reihen der Beamten selbst zu entfalten, muß in erster Linie Aufgabe derjenigen Beamten sein, die sich als Sozialdemokraten fühlen, und die ja, wie unser Gewährsmann sagt, sehr zahlreich sind. Die Partei als solche hat kaum die Möglichkeit, an die einzelnen Beamten heranzukommen. Die Haus-agitation, welche unsere Parteigenossen für Verbreitung des „Vorwärts“ und Gewinnung von Wahlvereinsmitgliedern betreiben haben, hat gezeigt, daß gerade die kleinen Beamten jede Forderung mit unseren Parteigenossen ängstlich vermeiden, wohl nicht deshalb, weil sie uns feindlich gegenüberstehen, sondern aus Furcht, sich einer Maßregelung auszuweichen. Da wir also von außen nur schwer an unsere Klassenossen im Beamtenrod heran kommen können, so müssen es sich die sozialdemokratische gesinnigen Beamten zur Aufgabe machen, in ihren Kreisen in geeigneter Weise ihre Ideen zu verarbeiten, die Saat des Sozialismus auszustreuen, wo sie geeigneten Boden dafür finden. Je stärker die Zahl unserer Anhänger in jenen Kreisen wird, desto weniger Maßregelungen werden sie zu befürchten haben.

Aus Industrie und Handel.

„Chemische“ Profitmacherei.

In dem Geschäftsbericht der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co. nimmt die Klage über die sozialpolitischen Lasten einen breiten Raum ein. Es ist das alte Lied, das da nach allem Text und bekannter Melodie abgeleiert wird. In dem Bericht heißt es unter anderem:

„So gern wie bereit sind, die sozialen Lasten auf uns zu nehmen und, wie wir es seit Jahren getan haben, über die gesetzlichen Leistungen weit hinaus noch ganz bedeutende Summen für die Wohlfahrt unserer Beamten und Arbeiter zu verwenden, so sehr müssen wir es beklagen, daß der Staat mit seiner Gesetzgebung immer einseitiger und schablonenhafter, rein mechanisch in die Verhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern eingreift. Es wird damit durchaus nicht dem Frieden gedient, sondern im Gegenteil das gute Verhältnis, das zwischen uns und unseren Werkangehörigen besteht, gefährdet und dem Arbeitgeber seine nicht beneidenswerte Lage so erschwert, daß er die Freudigkeit an der Arbeit und am Verkauf verliert. Endlich muß einmal dieses fortwährende Herumdoktern an der Gewerbeordnung aufhören und mit der Einführung neuer sozialpolitischer Gesetze so lange halt gemacht werden, bis das Ausland einigermassen nachgeholt ist. Insbesondere kann die auf den Export angewiesene Industrie ein derartiges Experimentieren auf dem

Gewerbegebiet nicht vertragen und bedarf dringend der Hilfe, um einen Rückgang oder gar ein Auswandern dieses für Deutschland so bedeutungsvollen Zweiges der Industrie zu verhindern.“

Da erliegt der Unternehmer Unzufriedenheit sich in einer Klage über sozialpolitische Lasten und gleichzeitig wird ruhredig verhandelt, daß man freiwillig noch viel mehr leisten in warmherziger Arbeiterfürsorge, als das Gesetz gebietet. Was soll denn die Klage über Belastung, wenn man ungezwungen weit darüber hinausgeht? Die gesetzlichen Leistungen kann man nicht als Wohlthaten betrachten, daher wohl die Animosität dagegen. Und bringt man die „Lasten“ mit dem Gewinn in Vergleich, wird die Klage über jene ohne weiteres als jeder Grundlage entbehrend charakterisiert. Die gesetzlichen Kostenbeiträge beanspruchten nämlich 208 742 M., bei einem Gewinn von 18 443 160 M. Demnach machen die „drückenden Lasten“ sage und schreibe 1,13 Proz. des Ueberschusses aus. Wunderbar schön zu der Klage paßt die Tatsache, daß die Arbeiterlöhne nicht einmal die Hälfte des erzielten Ueberschusses ausmachen; den rund 18 1/2 Millionen Mark Gewinn stehen nur rund 7 Millionen Mark Arbeiterlöhne gegenüber. Aber der Lohnanteil ist den Mehrwert-Geheimern anscheinend noch viel zu hoch. Es wird im Bericht ausgeführt, daß die agrarische Sozialpolitik die deutsche Industrie zu Abwanderungen zwingt:

„Die Beteiligungen der Gesellschaft an auswärtigen Gesellschaften haben dabei von Jahr zu Jahr zugenommen. Speziell in Russland mußten die Fabrikanlagen bedeutend vergrößert werden. Die Hauptschuld daran tragen die gesetzgebenden Faktoren, denen es nicht gelungen ist, geeignete Verträge mit dem Auslande abzuschließen, um die deutsche Industrie der Notwendigkeit zu entziehen, die Fabrikation ihrer Produkte im Auslande aufzunehmen.“

Bergmüt wird dann aber weiter mitgeteilt, daß der Schutz der — ausländischen Arbeit sich noch besonders darum rentiere, weil an Arbeiterlöhnen gespart werden könne. Die Löhne in den meisten Auslandsfabriken der Gesellschaft seien erheblich niedriger und zum Teil nur halb so hoch wie in den deutschen Fabriken. So kündigt der Bericht!

Keine sozialen „Lasten“, halbe Löhne: das ist Unternehmerluft! Man salbabert über Schutz der nationalen Arbeit und — wandert aus!

Saatensland.

Der Saatenstandsbericht vom 1. Mai, erfaßt vom deutschen Landwirtschaftsamt, enthält folgende Angaben: Der starke Kälteeinbruch im April hat die empfindlichen Spätsaaten, vor allem den Schwach in den Winter genommenen Weizen nicht zur Entfaltung kommen lassen und Umspülungen größerer Flächen besonders in Norddeutschland erforderlich gemacht. Noch mehr als Weizen ist fast die gesamte Roggen- und Wintergerste vernichtet, und auch die Kleefelder haben vielfach durch Mäusefraß und Fischmelwasser betätigt gelitten, daß sie umgepflügt werden mußten. Die sommerliche Wärme und die milden Niederschläge haben in wenigen Tagen wie mit einem Hauberschlage die gesamte Vegetation vorwärts getrieben. Der frühe Winterertrag sieht teilweise so äppig, daß ein Lagerbedarf fürchtel wird. Die Frühjahrspflanzung hat sich allgemein um vierzehn Tage verzögert. Die Sommeraat ist bis Ende April zum größten Teil eingebracht, in bevorzugten Lagen war sie bereits aufgegangen, während mit der Bestellung der Wälder- und Ackerfelder vielfach erst im Mai begonnen werden kann. Die Wiesen und Weiden sind erst in der letzten Aprilwoche grün geworden.

Höhere Verkaufspreise — niedrigere Löhne.

Der Durchschnittsverkaufspreis für Kohlen stieg von 10,80 M. im Jahre 1907 auf 10,94 M. im Jahre 1908; gleichzeitig sank der Durchschnittslohn pro Arbeiter von 5,07 auf 4,93 M. Diese Angaben enthält der Geschäftsbericht der Zeche Heinrich-Hebermüller. Die Löhne werden reduziert und das Hinausschrauben der Preise wird als zwingende Folge gesteigerter Löhne gerechtfertigt.

Roheisenproduktion.

In den drei vorwiegend in Betracht kommenden Ländern: Vereinigte Staaten, Großbritannien und Deutschland wurden im vergangenen Jahre rund 87 Millionen Tonnen Roheisen produziert, gegen 49 1/2 Millionen im Jahre vorher. Die Entwicklung der Erzeugung in den einzelnen Staaten zeigt die folgende Tabelle:

	Vereinigte Staaten	Großbritannien	Deutschland und Luxemburg
1900	14 011 000	9 103 000	8 521 000 Tz.
1901	16 153 000	8 056 000	7 880 000
1902	18 107 000	8 810 000	8 530 000
1903	18 208 000	9 078 000	10 015 000
1904	16 762 000	8 833 000	10 058 000
1905	23 361 000	9 763 000	10 875 000
1906	25 712 000	10 312 000	12 293 000
1907	26 194 000	10 083 000	13 046 000
1908	15 740 000	9 430 000	11 814 000

Am meisten hat demnach die Erzeugung in den Vereinigten Staaten unter der Weltkrise gelitten.

Aus der Frauenbewegung.

Maifeier und Frauenwahlrecht in Oesterreich.

Die Maifeier in Oesterreich erhielt diesmal ein besonderes Gepräge dadurch, daß die Forderung nach dem Frauenwahlrecht stärker betont wurde als in den früheren Jahren. Schon die Frauenrechtskonferenz zu Osnern 1909 hatte beschlossen, nimmehr, nachdem für die Arbeiter das Wahlrecht errungen ist, die Maifeier zu einer besonderen Kundgebung für das Frauenwahlrecht zu gestalten. Das Arrangement glückte vor einem Jahre noch nicht. Diesmal aber erließ auch die Landesparteivertretung in Niederösterreich einen Aufruf, am 1. Mai für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren. Da zum erstmalig von der Wiener Arbeiterschaft Fahnen und Standarten im Zuge getragen wurden, sorgten auch die Genossinnen dafür, daß die speziellen Arbeiterinnenforderungen wirksam zum Ausdruck kamen. Sieben Standarten, die auf einer Seite die Aufschrift trugen:

Wir fordern das Frauenwahlrecht

Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und drei Standarten mit der Forderung nach Witwen- und Waisenversicherung und Mutterschutz wurden von Frauen im Zuge getragen.

Außerdem hatten Genossen breite rote Papierplakate anfertigen lassen, die weithin sichtbar auf Stangen getragen wurden. Der Text lautete: Heraus mit dem Frauenwahlrecht!

Die Arbeiterinnen beteiligten sich zahlreich an der Demonstration; auch viele Kinder, die mit breiten roten Schärpen geschmückt waren, wurden mitgeführt.

Auch die Genossinnen in den Provinzorten beteiligten sich zahlreich und wo schon politische Frauenorganisationen bestehen, machten sie sich bei der Maifeier bemerkbar.

Veiseabende.

Ziegel. Donnerstag, den 6. Mai, 8 1/2 Uhr bei Galfes, Branntw.-straße 23.

Spandau. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Feig W ö h l e, Savoirstr. 20.



Detectivschule.

Mit den Geschäftspraktiken einer „Detectivschule“ hatte sich gestern der Strafrichter zu beschäftigen. Wegen Betruges waren der Kaufmann Julius Grimmer, dessen Sohn, der Kaufmann Alfred Grimmer, und der Kaufmann Otto Dehmchen vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I angeklagt.

truges vorbestrafte Dehmchen zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Wegen dieses milde Urteil legten die Angeklagten auch noch Berufung ein. Dehmchen war nicht erschienen. Die Berufung wurde deshalb verworfen.

Aus einer Schühmannsche.

In das traurige Eheleben eines Schühmannsche leuchtete eine Anklage wegen Totschlages hinein, mit der gestern das Schwurgericht des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Juliusberg eine neue Sitzungsperiode eröffnete.

Die Verhandlung entrollte wieder einmal das Bild einer überaus trüben Ehe, in der schließlich die nervös überreizte und hysterische Frau in einem Schwermuttsanfälle den Entschluß faßt, mit ihrem Kinde aus dem Leben zu scheiden.

an nichts Arges, sondern glaubte, daß seine Frau sich wieder einmal in der Küche eingeschlossen habe, wie sie dies schon öfter getan hatte, wenn er vorher in Unfrieden von ihr geschieden war.

Vor Gericht schob die Angeklagte alle Schuld ihrem Ehemann zu, der sie angeblich zu der Verzweiflung getrieben habe. Die Beweisaufnahme erbrachte jedoch ein wesentlich anderes Bild.

§ 175.

Der frühere Rechtsanwält Dr. Magnus Haase und der Steinseghilfe Fritz Schmidt standen gestern unter der Anklage, gegen wurde zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Über den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Rittwoch, den 5. Mai. Anfang 7 1/2 Uhr. König. Opernhaus. Der fliegende Holländer.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu.

MOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr: Großes Militär-Konzert. Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonnabend 3 Uhr: Opernaufführung des Stenographen Konservatoriums.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Mittwoch, den 5. Mai, Anfang 8 Uhr: Othello.

Hebbel-Theater. Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Arsène Lupin.

Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 23, a. d. Luisenstr. Anfang 8 Uhr. Der Zigeunerbaron.

Gastspiel-Theater. Köpenicker Straße 68. Heute 8 1/2 Uhr: Die Tochter des Herrn Fabricius.

Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Anfang 8 Uhr. Kümmer dich um Amelie.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Klubsessel.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Anfang 8 Uhr. Das große Mai-Programm.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr.

Renaissance. Morgen und folgende Tage: Renaissance.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Rechts herum. Schwan in 3 Akten v. Hans Gaus.

Brauerei Friedrichshain. Heute Mittwoch ringen: Gambier, Weltmeister, gegen Petitjean, Elsaß-Frankreich.

DERNHARD ROSE THEATER. Dr. Frankfurter Str. 132. Graf Essex. Schauspiel in fünf Akten von D. Laube.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Krone und Fessel. Schauspiel in 6 Bildern.

Metropol-Theater. Die oberen Zehntausend. Amerik. Operette v. Jul. Freund.

WINTERGARTEN. Neues Programm! Liane d'Eve. Felice Lorraine, lob. Kunstwerke.

Apollo Theater. Heute 9 1/2 Uhr: Gastspiel Hartstein in seiner Birtlele.

Stadt-Theater Moabit. Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. 3. Sinfonie (nur noch kurze Zeit) zum 175. Male: Der Kompagnie-Ball.

Das Opfer der Intrige. Schauspiel in 5 Akten. Anfang der Vorstellung 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. 3. Sinfonie (nur noch kurze Zeit) zum 175. Male: Der Kompagnie-Ball.

Das Opfer der Intrige. Schauspiel in 5 Akten. Anfang der Vorstellung 8 Uhr, Kassenöffnung 7 Uhr.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. 3. Sinfonie (nur noch kurze Zeit) zum 175. Male: Der Kompagnie-Ball.

Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin. Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 8 Uhr: General-Versammlung in Voelkers Festsaal, Weberstraße 17.

Passage-Theater. Heute 8 Uhr: Bruns-Lebrun, der fahrende Sänger.

Jaka Jshad. Maurische Schlangen-Inszenierung. 2. oder 3. Monat des enormen Erfolges!

Passage-Panoptikum. Lebend! Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der Azteken!

Palast-Theater. Burgstraße 24, 2 Minuten vom Bahnhof Dönh. Heute Mittwoch, den 5. Mai: Entscheidungskampf zwischen Vortob van Dethl. Holland, gegen Selgenbauer, Kitzdorf.

Damms Volkspark-Theater. Landsberger Allee 74/77. Große Vorstellung des Sächsischen Volks-Theaters.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag: Etwa neues Programm.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 10. Wegen vollständiger Renovierung der Gesamträume geschlossen!

Casino-Theater. Lothringers Str. 37. — Täglich 8 Uhr. Ehrwürdiger Zauberer! Ueber 100 mal vor andrer. Häusern gegeben der tolle, lustige Schwan.

Königstadt-Kasino. Goltzstr. 72, Ecke Alexanderstraße. Täglich: Vellermanns Brautpaar. Schwan in 1 Akt.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. Donnerstag, den 6. Mai: Großes Gala-Benefiz für den Direktor Gustav Behrens.

Kuhbutter. Heftig franzo gar. naturrein 10 Pfd. Rollen 7.75. Toni Andermann, Dorostr. via Breslau No. 3.

Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Drahg. — Tel. Sieg. 1151. Buchh. 1,50, Post 1,00, Best. 50 Pf.



# Zentralverband der Maurer. Berlin.

## Sektion der Maurer.

Mittwoch, 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im gr. Saale des Berliner Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

### Außerordentliche Generalversammlung.

1. Vortrag. 2. Die Waiusperrung. 3. Verschiedenes.  
Tages-Ordnung: Die Verbandsleitung.

**Gemeinsame Ortskrankenkasse für Deutsch-Wilmersdorf und Umgeg.**

Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitermitglieder werden hiermit zu dem am

**Donnerstag, den 13. Mai 1909,** abends 8 Uhr,

im Luisenpark, Wilhelmstraße 112, stattfindenden Fortsetzung der

**Ordentlichen General-Versammlung**

vom 30. April 1909 ergebend eingeladen.

Tages-Ordnung:

1.—4. Bericht. 5. Anstellung von Beamten durch Verträge und Regelung der Gehälter. 6. Beschlußfassung über die event. Errichtung eines Gewerkschaftsheimes. 7. Statutenänderung der §§ 13, 14, 23, 26, 42, 44, 50, 56, 66 und 67. 8. Sonstige Anlegenangelegenheiten.

Berlin-Wilmersdorf, 4. Mai 1909.

Der Vorstand:  
Gustav Wegener, Hugo Freundt, Vorsitzender, Schriftführer.

**Naturfreunde!**

**Arbeiter-Wanderer!**

Verein zur Förderung des Wanderns unter der organisierten Arbeiterschaft.

Freitag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Festsaal des Grand Hotel Alexanderplatz:

**Öffentl. Versammlung,**

Sammelschlus aller Arbeiter-Wanderer. Referent: Genosse Engelb. Graf.

Das Agitationskomitee.

Billigste Bezugsquelle gedieg. Trauergarderobe

## Westmanns

Trauer-Magazin  
Berlin W., Mohrenstr. 37a  
NO., Gr. Frankf. Str. 115.  
Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer geboten!

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Gelegenheitskauf.**  
Zu bedeutend herabgesetztem Preise geben wir an unsere Leser ab:

## Ferdinand Lassalles Tagebuch.

Mit einem Jugendbildnis Lassalles.  
Herausgegeben von Paul Linow.  
Statt 3,- M. nur 50 Pf.

Da wir nur eine geringe Anzahl Exemplare am Lager haben, empfiehlt sich baldige Bestellung resp. Anschaffung.

**Expedition des Vorwärts**  
BERLIN SW.  
Lindenstr. 69, Laden.

Nur noch kurze Zeit verlaufen wir zu den äußerst billigen Preisen

- R 20 Mk. an Viehdorf, Stadtbahn.
- R 12 Mk. an Kaulsdorf, am Bahnhof.
- R 10 Mk. an Seefeld, am Bahnhof.
- R 10 Mk. an Bahnhof Sadowa.
- R 4 Mk. an Viehdorf, Kaulsdorf-Sub.

in Viehdorf, Ostbahn.  
Verkaufsstellen an den Bahnhöfen.  
**Nieschalke & Nitsche**  
Berlin, Neuzönigstr. 16

## Schöneberg.

Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von A. Großer, früher Obst, Reimiger Straße 8, Ecke Martin-Luther-Strasse:

### Öffentl. Volksversammlung

Tages-Ordnung:

Vortrag über: Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die Gewerkschaften.

Gewerkschafter und Frauen sind hierzu ganz besonders eingeladen.

## Zentralverband der Lederarbeiter.

Filliale Berlin I.  
Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 8 Uhr, bei Schmidt, Prinzessinnenallee 33:

### Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:  
1. Beschlußfassung über die obligatorische Einführung der Lokalbeiträge. 2. Vorstandsbericht. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Ortsverwaltung.

144/—

## Vrensischer Landesverein für Frauenstimmrecht.

Ortsgruppe Berlin.

### Öffentliche Volksversammlung

am Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59.

Thema: Die Kampftaktik der Suffragettes.

Referentin: **Miß Isabel Seymour** aus London. (Mit Seymour spricht deutsch.)

Freie Aussprache. — Gäste, Männer und Frauen, willkommen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüro: Hof I. Amt 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1997.

Donnerstag, den 6. Mai 1909, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung

der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker sowie aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kolleginnen und Kollegen

in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Ad. Wuschick über: „Ostler Cromwell und die englische Revolution“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Zahlreiche Besuch erwartet Die Ortsverwaltung. 116/12

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 14/15. Tel. IV Nr. 3578 u. 10623.

### Achtung! Bautischler!

Mittwoch, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Docter, Weberstr. 17:

### Vertrauensmänner-Versammlung u. Vorort.

1. Bericht über den Stand der Tarifberatung und Stellungnahme über die von den Unternehmern angebotenen Positionen. 2. Diskussion. 3. Sämtliche Vertretungen sind verpflichtet, die ihnen zustehenden Vertrauensleute zu entsenden. Auch die arbeitslosen Kollegen werden ersucht, dem nachzukommen.

83/10 Die Branchenkommission. 24245

Besuch möglichst vormittags dringend erbeten!



**Nur noch 4 Tage!**  
Schluß der Woche für Reisemodelle:  
**Sonnabend, den 8. Mai!**

Wichtig für jede Dame! Ausnahmeweise billige Preise! Konkurrenzlose Auswahl!

Das gesamte Lager in hocheleganter, luftiger, leichter Sommerkonfektion, für den 3. Teil des Originalwertes.

Seiden-, Leinen-, Bast-, Piqué-, Batist-, Gloria-, Côtelé-Kostüme und Mäntel!

Passend für die Reise, für Promenade und Strand! Nur hochmoderne Fassons in selten vielseitigen Ausführungen! Ein großer Posten Röcke in Mieder-, Prinzess- und Entre-deux-Form!

hochfeinen, mittleren und einfachen Genres!

Gummimäntel × Staubmäntel × Regenmäntel × Kleider  
Blusen × Tüllpaletots und -Umhänge × Kimonos × Jacketts × Fichus

Wert bis Ende bis M. 10.- bis M. 15.- bis M. 20.- bis M. 30.- bis M. 50.- usw. bis M. 100.-  
der Woche nur M. 2.50 nur M. 6.- nur M. 12.- nur M. 20.- nur M. 30.- usw. bis M. 200.-  
Gratis bis Ende dieser Woche: 1 Rock, 1 Bluse, 1 Cape nach Wahl bei Einkauf schon v. 20 M. an!

Kopien! Originalmodelle! für jede, auch die stärkste Figur passend, am Lager!

## Westmanns Spezial-Konfektionshaus.

Hauptgeschäfte: Berlin W., Mohrenstraße 37a (kein Eckhaus, 2. Haus von der Jerusalemer Straße, und Berlin NO., Gr. Frankfurter Straße 115 (kei n Eckhaus, 2. Haus von der Andreasstraße.

Genaue Beachtung meiner Firma u. Hausnummer dringend erbeten.

**Köpenick**  
Sozialdemokratischer Wahlverein  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse

## Paul Koberstein

im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Parfadenstr. 10, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
102/12 Der Vorstand.

**Gesangverein „Männerchor“, Köpenick.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Sangesbruder

## Paul Koberstein

am Montag, den 3. Mai, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, vom Trauerhause Parfadenstr. 10 aus statt.  
Der Vorstand.

**Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zuschneider

## Hermann Paul

plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes in Weihensee aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
169/11 Der Vorstand.

Am Montag, den 3. Mai, verstorben nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Tante, Cousine und Schwägerin

## Emilie Marquardt

im 62. Lebensjahre.

Dies geht tiefbetrabt an **Julius Marquardt, Vater.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Petri-Kirchhofes in der Fledenstraße aus statt.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes lagen wir allen Freunden und Bekannten sowie der Firma Nummer 1 unserer herzlichsten Dank.

**Wwe. Magdalena Hollmann** nebst Kindern.

Für die mit erwiesener Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden, dem Holzarbeiterverband und den Kollegen meinen tiefgefühlten Dank.

## Gertrud Danneberg.

Für die so überaus große Teilnahme, Gefolgschaft und Franzpenden bei der Beerdigung meines ungeliebten Mannes, unseres guten Vaters danken wir herzlich, besonders dem Verband der freien Gewerbetreibenden, die hiesige Berlin, Bez. I, dem Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis, der Genossenschaftsbrauerei Friedrichshagen sowie der Ersten Berliner Weiblerbrauerei.

**Witwe Martha Labs,** geb. Packe, nebst Kindern. 24245

**Zentral-Verband der Topfer Deutschlands, Filiale Berlin.**  
Todes-Anzeige.  
Am Sonntag, den 2. Mai, verstarb nach langem Leiden der Kollege

## Paul Hübchen

(Beigl. Wigdor)

im Alter von 33 Jahren.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf dem Kirchhofe in Oderin bei Halbe (Oderliger Bahn) statt.  
192/13 Der Vorstand.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin II.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der höhere Aufseher, jetzt gewesener Gastwirt

## Franz Beseke

am 2. Mai im Alter von 54 Jahren an Rückenmarkleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am 5. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Bismarckstr. 10, nach dem Friedhof der Hellandsgemeinde, Wilmersdorf, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
67/5 Die Verwaltung 2.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Berlin.**  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

## Hermann Schinkel

am 28. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Dom-Kirchhofes, Rixdorf, (Schönholzer Heide) aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
116/11 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin 2.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kolktulischer

## Max Winzer

am Sonnabend, den 1. d. Mts., im Alter von 49 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Dom-Kirchhofes, Rixdorf, aus statt.  
67/4 Die Verwaltung 2.

Statt besonderer Meldung!  
Am 3. d. M., morgens 8 Uhr, entschlief nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Schriftsetzer

## Max Börner

im 59. Lebensjahre.

Dies geht, um stille Teilnahme teilend, an im Namen der trauernden Hinterbliebenen

**Minna Börner** geb. Berndt und Kinder, Rixdorfstr. 44.  
Die Beerdigung erfolgt morgen Donnerstag nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen. 66/16

Unserem Genossen

## Hermann Römer

zu seinem 25jährigen Gedenktag die besten Glückwünsche!  
Die Genossen Berlin I. 12-16.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.**  
Todes-Anzeige.  
Am Montag, den 26. April 09, verstarb unser langjähriger Parteigenosse und Mitbegründer des Wahlvereins, der Genosse

## August Röttger

(Gruppe 3).

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Stadtkirchhofes aus statt. Die Genossen treffen sich um 11 Uhr im Volkshause. 250/1 Der Vorstand.

Allen Bekannten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser Sohn, der Gastwirt

## Paul Scheer

am Freitag, den 30. April, im 30. Lebensjahre plötzlich verstorben ist.

Dies geht tiefbetrabt an nebst Eltern u. Geschwistern.

Die Beerdigung findet heute, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Wargstraße, aus statt. 24306

**Sozialdemokrat. Wahlverein für Schöneberg.**  
Bezirk 9d.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gastwirt

## Paul Scheer

am Freitag, den 30. April, im Alter von 30 Jahren plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes, Wargstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
15/10 Der Vorstand.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.**  
Todes-Anzeige.  
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler

## Leopold Silwar

(B. Bezirk)

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. 235/5  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vergolder

## Wilhelm Mehlberg

am 2. Mai verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Gemeindefriedhofes in der Bornitzstraße aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

## Leopold Silwar

am 2. Mai verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 5. Mai, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Rixdorfer Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
68/11 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fischer (E. H. S.).**  
Zahlstelle Lichtenberg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied Vergolder

## Wilhelm Mehlberg

am 2. Mai verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes zu Rixdorf, Bornitzstraße, aus statt. 124/3  
Die Ortsverwaltung.



Abdruck. An der Privatklagesache des Galtwirts Karl Bieckel, hier, Privatkläger, gegen den Redakteur Otto Handt, hier, geboren am 9. August 1873 in Berlin, Redakteur, Metallarbeiter, Angeklagter, wegen Beleidigung, hat das Igl. Schöffengericht Berlin-Mitte, Abt. 148 in Berlin, am 28. Oktober 1908 für Recht erkannt: Der Angeklagte ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird daher zu 100 — einhundert — Mark Geldstrafe, im Nichtzahlungsfalle zu 10 — zehn — Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Herr, der am 2. Oftertag bei Glesholt, Inselrestaurant, seinen Sommerpaletot verkauft hat, wird ersucht, denselben dort wieder umzutauschen. Der Wirt.

Persil Das vollkommene, wirklich selbsttätige Waschmittel von unerreichbarer Wirkung: gibt mühelos blendend weiße Wäsche bei grösster Schonung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg. Überall erhältlich. Alliconige Fabrikanen. Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich. Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N., Tieckstraße 11. 20114\*

Reste Damenmode, schwarz und farbig, Costumes-Stoffe, neuartige Muster, Trikot-Stoffe, Seiden, Filz, Sammete, Seide etc. Confection Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Costumes und Costumröcke in grosser Auswahl. C. Pelz, Kottbuserstr. 5.

Offene Tür findet das Weissensteifenpulver „Goldperle“ überall, weil jedem Paket ein reizendes Geschenkliegt. Versäumen Sie nicht, sich hiervon zu überzeugen. Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen. Schutzmarke.

Rauchen Sie Phänomene Zigaretten! Devise: Qualität ist die beste Empfehlung.

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg Generalvertreter und Fabriklager Berlin 50, Köpenicker Straße 20a Vertreter: Udo Stangenberg Amt IV, 9160 Niederlage der Nordhäuser Kantakarbeiter-Genossenschaft Zigarren - Zigaretten - Kautabake zu Fabrikpreisen.

Pumpen aller Art für Abessinier und Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw. in bester Ausführung zu den billigsten Preisen. Kataloge gratis. Paul Gries, Berlin 50, 16, Köpenicker Straße 44.

Steppdecken. Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, sauber. Zusätze von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II (Südth. Börse).

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Vorwärtsleser erhalten 5 Prozent Extrarabatt... Möbelverkäufe... Teppiche... Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 20413\*

Totalausverkauf. Restbestände Tisch- und Tischstühle... Tischdecken... Kissen... Vorwärtsleser, beachtet vorstehende 5 Anzeigen. 20413\*

Bitte durchlesen! Einlage, bessere, herkömmliche Möbel... 150 moderne Schlafzimmer... 150 moderne Schlafzimmer, Eichen, Buchen, Nussbaum, Ahorn, Eiche, Birne, Mahagoni bis 50 Prozent billiger. 20188\*

Halbrenner, 25,00, tabellos, selten gebotene Gelegenheit... Herrenfahrrad verkauft... Herrenfahrrad, stabil, sportlich... Herrenfahrrad und Damenfahrrad... Herrenfahrrad, Damenfahrrad, hochlegant, umhängebare sofort sportlich. 20114\*

Musik. Orchestration, komplett, billig, Kruse, Almsstrasse 17. 157\* Violino, hohes, französisch, 100,-, Turmstrasse 9 I. 66/15\* Violinunterricht (neue, doppelt lernende Methode bis zur Vollendung) gibt erprobter Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Verschiedenes. Fern die Mutterfrage... 20145\*

Votantenwahl Beseid, Bismarckstrasse 9a. 2555R\* Kunsthändler von Frau Rosaly Schmalzer, Kurze 8, III. „Reichhaus Berlin“, Große Frankfurterstrasse 116, laßt, belebt Herren- Garderobe, Goldwaren, Silberwaren, Uhren, Wäse, Pelzwaren, Stoffe, Zigarren, Fahrräder sowie jeden Wertgegenstand. 20078\* Wandleibe Wartungstrasse 27. \*Fahrradführer - Schule, einzeln amtlich geprüfte Lehranstalt. Alle Fahrtauglichkeiten vorhanden. Zentralheizung od. Systeme. Abendkurse, engl. Stellung. Bärner, Wertheimer, Tempelhofstrasse 12. 211/6\* Kanarienvogel laßt Alsberrstrasse 34. 24356\* „Volkfänger“ - Gesellschaft Schmelzer, Steintorstrasse 57. 198\* Familie zur Führung eines Jagdreviers bei freier Wohnung sucht Bärner, Tempelhof, Kaiserin Augustastrasse 69. 1100\* Felschen-Ensemble, politisch-litterarische Revue, Götterstrasse 3. 198\* Vereinszimmer, kleines, zu vergeben. Sandt, Zimmerstrasse 48. \*Pader, den Kollegen, der 1896 in der Schönhauserstrasse mit dabei war, als ich den Papagei in der Kuckuck kaufte, bitte ich um seine Adresse. Wilhelm Zimmermann, Altdorf, Unterstrasse 78. 24266

Wohnungen, keine, sofort Eberstrasse 57. 2184\*

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Granitsteinbauverleiher... Ein tüchtiger Korbmacher auf gründliche Arbeit und Reparatur wird sofort gesucht... Schreiner, mehrere sehr tüchtige, für Granit, verlangt Sperrholz, Blücherstrasse 1. 24226\* \*Baderinnen, Junge Mädchen zum Einpacken und Kontrollieren von Waren an unseren Kästen für unser Haus Spielmarkt sofort gesucht... \*Baderinnen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung... \*Baderinnen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung... \*Baderinnen, finden dauernde und sehr lohnende Beschäftigung...

Vermietungen.

Vermietungen. Kleine Wohnungen, Götterstrasse 5. 20155\* \*Kleine Wohnungen, Götterstrasse 5. 20155\* \*Kleine Wohnungen, Götterstrasse 5. 20155\*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Badofenbauer, auf alle Arten Unterzungen langjährig einget. Best. ein Richard Nigg, Dausig. \*Konditionierungen u. Zeugnis, abschließen erbitte. 65/16

Junge Mädchen, land. Stellung suchen, können aufgenommen werden im Deutschen Mädchenheim, 8 Endeleigh Gardens, London. Köf. art. d. Vorstand

Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt: für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter... \*Konditionierungen u. Zeugnis, abschließen erbitte. 65/16

Geschäftsverkäufe. \*Konditionierungen u. Zeugnis, abschließen erbitte. 65/16

Möbel. \*Konditionierungen u. Zeugnis, abschließen erbitte. 65/16

Fahrräder. \*Konditionierungen u. Zeugnis, abschließen erbitte. 65/16

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. A. Bahulich, Auguststr. 50. W. G. Schmidt, Altdorfstr. 14. O. W. Mann, Veltensdorfer Weg 4. Gustav Vogel, Kopenstr. 88. H. Wengels, Altdorfstr. 17. NO. 2. Ruch, Immanuelstr. 12. J. Neuf, Barnimstr. 42. N. O. Ruchte, Altdorfstr. 36. F. Trapp, Steffiner Str. 10. Karl. Mars, Pöchner Str. 124. Karl Weiche, Kottbuser Str. 49. G. Vogel, Köpenicker Str. 37. A. Tisch, Invalidenstr. 124. H. Debusch, Altdorfstr. 24. NW. Karl Anders, Salzweberstr. 8. Wedert, Köpenicker Str. 29. SW. G. Werner, Gieselerstr. 72. Dachs, Jagelberger Str. 27. S. St. Fris, Pringstr. 31. Rich. Schmidt, Kottbuser Damm 8. SO. Paul Böhm, Lanfänger Weg 14/15. V. Gorch, Engelstr. 15. Adlershof, Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9. Baumshulienweg, G. Herzig, Bismarckstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienack, Altdorfstr. 10. Charlottenburg, Gustav Schandberg, Seelenbinder Str. 1. Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Friedrichstr. 67. Grünau, Franz Klein, Vahnenstr. 6, III. Johannisthal, Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4. Karlshorst, Richard Käfer, Altdorfstr. 9, II. Köpenick, Emil Wichter, Altdorfstr. 6, Laden. Lichtenberg, Otto Zeiler, Kronprinzenstr. 4, I. Nieder-Schöneweide, Paul Bengisch, Grünauer Str. 8. Nowawes, Wilhelm Joppe, Friedrichstr. 7. Ober-Schöneweide, August Senf, Lanfänger Str. 2, I. Pankow, Otto Rißmann, Altdorfstr. 30. Reinickendorf, V. Gorch, Kamekestr. 12. Rixdorf, W. Heinrich, Redakteur, 7. Conrad, Hermannstr. 50. Rummelsburg, A. Rosenkranz, Alt-Borsigagen 56. Schmargendorf, Gustav Kaminsky, Canonstr. 2. Schönberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 51 im Laden. Spandau, Köppen, Jagomstr. 9. Steglitz, G. Berner, Schloßstr. 119. Tempelhof, Albert Thiel, Friedrich-Wilhelm-Str. 30. Treptow, Robert Gramenz, Altdorfstr. 412, Laden. Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105. Schilfert, König-Charlotten 30a. Wilmersdorf, Wittnebel, Landhausstr. 27.



Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 9. Mai, findet für die Anhänger mit grünen Karten die Urnenvorstellung statt. Die Wahllokale werden um 1 Uhr geöffnet; die Verlosung der Plätze beginnt ebenfalls um 1 Uhr, der Vortrag pünktlich um 2 Uhr. Es muß noch einmal ganz besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Mitglieder pünktlich zur Stelle sind. Nichtverkaufte Karten sind sofort an den Abteilungs- und Bezirksführer oder an den Kassierer Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, zurückzugeben.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet heute Mittwoch bei Witwe Glaser, Kaiser-Wilhelm-Strasse, statt. Wichtige Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Eine neue Engrosmarkthalle für Obst- und Gemüsehandel. Die Verhandlungen wegen des Ankaufs des großen Geländes an der Paulstraße zwischen Magistrat und Eisenbahnfiskus sind jetzt zum Abschluß gekommen. Der Magistrat beabsichtigt, dort eine Engrosmarkthalle für den Obst- und Gemüsehandel zu errichten. Für diesen Zweck war ursprünglich ein großes Gelände an der Landsberger Allee erworben worden, das auch dem Fleischengrosshandel dienen soll. Diese Absicht scheiterte aber an dem Widerstande der beteiligten Standinhaber, die sich weigerten, eine so weit hinausverlegte Halle zu beziehen. Der Magistrat nahm deshalb von diesem Plane Abstand. Das Gelände an der Landsberger Allee soll nun dem Fleischhandel und ähnlichen Zwecken nutzbar gemacht werden. Das nunmehr für den Gemüse- und Obsthandel erwerbene fiskalische Gelände an der Paulstraße in Moabit wird in einer Länge von etwa 400 Metern von der Spree begrenzt, es ist 65 200 Quadratmeter groß und hat Eisenbahnanschluss.

Voraussetzung für das Zustandekommen des Kaufes ist, daß der Magistrat dem Eisenbahnfiskus Ersatz für die Abtretung des Geländes schafft. — Der Fiskus verlangt die Einziehung der Reide- und der Döberitzer Straße an der Leichter Eisenbahn und die Ueberweisung dieser Straßen samt den an diesen liegenden Häusern an den Eisenbahnfiskus. Der Preis für das Gelände an der Paulstraße ist auf 84,15 M. für das Quadratmeter festgesetzt, also auf rund 6 Millionen Mark für etwa 28 Morgen. Dazu kommen dann die Kosten für die beiden Straßen und der Erwerb der angrenzenden Grundstücke, wodurch sich die Gesamtkosten auf etwa 8 1/2 Millionen Mark erhöhen werden.

Die neue Markthalle wird nur einen Zugang von der Paulstraße erhalten. Der Fiskus hat einen etwa 25 Meter breiten Geländestreifen längs der Stadtbahn an der Lüneburger Straße nicht mitverkauft, weil er diesen Streifen für eine Erweiterung der Stadtbahn zurückbehalten will. Dadurch ist die neue Halle in der Lüneburger Straße abgeschnitten. Um aber eine Verbindung zu ermöglichen, hat der Magistrat die Stadtbahnböden in der Lüneburger Straße vom Fiskus gemietet. Da die Paulstraße keinen Platz bietet für die Aufstellung von Wagen, sollen diese auf dem Gelände selbst aufzufahren und dort aufgestellt werden. Die Zentralmarkthalle 1a an der Kochstraße, die mit einem Kostenaufwande von rund 5 Millionen Mark erbaut worden ist, wird eingehen, die Zentralmarkthalle 1 bleibt dagegen bestehen. Die Schließung der Zentralmarkthalle 1a würde mit der Eröffnung der neuen Großmarkthalle in Moabit erfolgen.

Die Mittel für den Ankauf des Geländes sollen aus einer Anleihe gedeckt werden.

„Das Versinken von Hungerrevollen in „Waldfrieden“, der bekannten Trinkerherberge bei Fürstentwalde, wird aus Anlaß der von uns mitgeteilten jüngsten Skandalereignisse in dieser Anstalt von dem früheren Charlottenburger Stadtrat Dr. med. Waldschmidt, dem führenden Mann in dem Verwaltungsausschuß, in Abrede gestellt. Hieran scheint der Herr Verwaltungsdirektor über wichtigste Vorkommnisse in seiner Anstalt sehr schlecht unterrichtet zu sein. Die uns von absolut zuverlässiger informierter Seite mit aller Bestimmtheit berichtet, haben schon vor der Tätigkeit des jetzt gemagregelten Direktors Dr. Koppf, nämlich im Jahre 1905 unter der Leitung seines Vorgängers Dr. Dankert, sehr ernste Notwendigkeiten stattgefunden. Damals hatte die Stadt Berlin aus ihren Anstalten Döllsdorf und Herzberge etwa hundert alkoholkrank Patienten für längere Zeit zur Behandlung nach Waldfrieden überführen lassen. Der mit großen Kosten unternommene Versuch fiel völlig ins Wasser, weil fast sämtliche Kommunalpatienten und auch zahlreiche aus Provinzialanstalten entlassene. Die damalige ärztliche Leitung stand allerdings nicht, wie später die ärztlich gediegene des Herrn Dr. Koppf, auf der Höhe ihrer Aufgabe. Die Revolution im Jahre 1905 nahmen solchen Umfang an, daß Dr. Dankert tätlich angegriffen und wiederholt beträchtlicher Materialschaden verursacht wurde. Die Veranlassung bot neben drahtloser Behandlung hauptsächlich die teils schlechte, teils unzureichende Versorgung, gegen welche die Patienten, übrigens auch solche der Krankenanstalten, mit um so größerer Berechtigung protestierten, als sie während der Erntegäste im landwirtschaftlichen Betriebe der Anstalt Waldfrieden framm arbeiten mußten. Bei den fortgesetzten Beschwerden über das Essen wurde auf die Vorschriften des Brandenburgischen Provinzial-Reglements hingewiesen, das auch für Waldfrieden maßgebend sei. In diesem Reglement kann aber schwerlich gestanden haben, daß das vom vorigen Tage in den Kesseln übrig gebliebene Essen mit dem Menu des nächsten Tages zusammengelegt werden dürfe. Auf diese Weise gab es beispielsweise Mohrrüben mit grünen Bohnen oder Graupen mit Weizenbrot, eine Kost, die selbst der ausgepöchte Magen eines Alkoholikers zurückweist. Allgemein hieß es schon damals, daß der bei den Patienten außerst unbeliebte Dr. Waldschmidt hinter der Sache stehe und eine nicht im Interesse der Patientenbehandlung liegende Sparwirtschaft treibe. Sollte von alledem der Herr Verwaltungsdirektor wirklich nichts gewußt haben? Es wird ihm doch wohl bekannt sein, daß auch die Oekonomieverwalter, gegen die sich der Verleger der Patienten namentlich dann richtete, wenn ihnen zu Bekkstoffeln ein halber Hering gereicht wurde, häufiger wechselliefen. Der Herr Dr. Dankert behauptete damals, daß es ihm verboten sei, einen ganzen Hering zu bewilligen. In charakteristischem Gegensatz dazu stand es, daß für das religiöse Wohlbefinden der Patienten durch Gottesdienst mit Harmoniumbegleitung und Gesangs mehr als ausreichend gesorgt wurde.

Opfer der Straße. Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich vorgestern Abend in der Kaiserin Augusta-Allee. Dort spielte gegen 1/5 Uhr abends der 4 Jahre alte Sohn Walter des in der Neuchlinstraße 4 wohnhaften Arbeiters Koh mit anderen Kindern auf dem Fahrdamm. Als ein Straßenbahnwagen der Linie 18 (Richtung Jungfernhaide) herannahte, versuchte der Kleine A. unmittelsbar vor dem Rotorwagen über das Gleis zu laufen. Der Führer des Straßenbahnwagens konnte das Unglück nicht mehr verhüten. Der Knabe wurde von dem Vorderperren erfahrt, umgestoßen und geriet unter den Schuhrahmen. Mit Hilfe von Straßenpassanten wurde der Wagen angehoben, doch konnte der Verunglückte, obwohl die Befreiungsarbeiten nur kurze Zeit dauerten, nur noch als Leiche hervorgezogen werden. Die Leiche wurde zunächst nach der Unfallstation in der Hüttenstraße gebracht, wo festgestellt wurde, daß der Tod des Kindes infolge Zertrümmerung des Brustkorbes eingetreten war, und dann nach dem Schauhaufe überführt. — Gegen 6 Uhr nachmittags wurden vorgestern in der Rummelsburgerstraße die 7 resp. 8 Jahre alten Schüler Hans Semle und Wilhelm Ahrens von einem Geschäftsführer über-

fahren. S. erlitt eine klaffende Wunde am linken Oberarm, Ahrens eine Quetschung des Brustkastens und Hautabschürfungen im Gesicht. Die Verletzten wurden nach der Rettungswache gebracht und nach Anlegung eines Verbandes nach den eiterlichen Wohnungen überführt. — Beim Aufspringen auf einen fahrenden Straßenbahnwagen kam vorgestern Abend der Arbeiter Julius Gloske aus der Gartenstraße 48 schwer zu Schaden. Er wollte in der Berlinerstraße in Nixdorf auf einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 22 springen, glitt jedoch von dem Trittbret ab, stürzte und kam unter den Vorderperren des Anhängewagens zu liegen. S. wurde eine Strecke mitgeschleift und mußte mit Hilfe von Straßenpassanten aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Der Verunglückte hatte einen mehrfachen Bruch des linken Armes erlitten und wurde nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich vorgestern Abend in der Leipzigerstraße zugetragen. Der Produzenthändler Thomas Starzinski, Ackerstraße 22, war mit seinem Fuhrwerk durch die Leipzigerstraße gefahren. Als er in die Wilhelmstraße einbiegen wollte, stürzte er bei der scharfen Wendung vom Vord und fiel unglücklich unter den Wagen, dessen Räder ihm über die Brust hinweggingen. In bemühungslosem Zustande wurde S. nach der Unfallstation in der Kronenstraße geschafft und nach Anlegung von Notverbanden in das Krankenhaus am Urban eingeliefert.

Verkehrshinderung. Vor dem Kammergericht in der Lindenstraße entgleiste gestern Vormittag ein Straßenbahnwagen der Siemensbahn an der Reiche, die jetzt angebeffert wird. Der Wagen verursachte eine längere Verkehrshinderung auf allen die Linden- und Markgrafenstraße passierenden Straßenbahnlinien. Erst nach vielem Mühen und mit Hilfe vieler Personen gelang es, den Wagen aus dem aufgerissenen Pflaster wieder in das Geleise zu bringen.

Tödlicher Automobilunfall. Auf der Döberitzer Heerstraße, unweit der neuen Grunewaldbrücke, hat sich gestern Nachmittag ein schwerer Automobilunfall zugetragen, bei dem der Fahrer des Billardmeisters Hugo Kerlan tödlich verletzt wurde. Kerlan fuhr auf seinem Motorrade durch den Grunewald und wollte nach Nischelsberge, wo er mehrere Billardschüler zu unterrichten hat. Kurz vor der neuen Neubahn nahe hinter ihm das Luxusprivatautomobil IA 4143 in rasender Fahrt. Erge Kerlan ausbiegen konnte, war er auch schon von dem Automobil erfahrt und zu Boden geschleudert worden. Er fiel so unglücklich, daß ihm die Räder über den Kopf hinweggingen. Wenige Minuten nach dem Unfall starb der Unglückliche. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Selbstmördertodeshauses in Seydlitzstraße gebracht. Raul Kerlan stand im 27. Lebensjahre und ist schon mehrmals in Billardturnieren hervorgetreten. Er legte sich besonders auf Kunststücke und war allgemein beliebt und geschätzt. Der Chauffeur des Privatautomobils suchte anfangs zu entfliehen, lehrte aber später an die Unfallstelle zurück, da die Nummer seines Wagens doch von Zeugen festgestellt worden war.

Die Kindesleiche im Frauenhaub. Einen schaurigen Fund machten gestern spielende Kinder auf einem unbebauten Gelände an der Weisstraße. Sie stießen beim Buddeln auf einen Gegenstand, in dem die Leiche eines neugeborenen Knaben erkannt wurde. Der tote Körper war in ein langes Frauenhaub eingewickelt. Die Leiche wurde zur Obduktion nach dem Schauhaufe gebracht. Ob hier ein Kindesmord vorliegt, wird die Untersuchung ergeben.

„Bodenreformer.“

Unangenehm überrascht wurde eine Frau B. in der Lanfkwitzstraße 14, als sie auf ihrem Boden kam und diesen ausgedünnt fand. Einbrecher hatten, da ihnen das schwere, sehr solid gearbeitete Vorhängeschloß erfolgreich Widerstand bot, die Kramme herausgerissen und alles, was sie fanden, mitgenommen, darunter auch eine Anzahl neuer Kisten, die sich ein Herr, der bei Frau B. wohnt, eigens zum Transport hatte anfertigen lassen. Es kam den Mietern nur immer wieder geraten werden, den Boden eine erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und Dinge, die ihnen lieb sind, möglichst nicht in diese zu stellen, um sich so einigermaßen gegen das Treiben vertogener Langfinger zu schützen.

Das Skelett des Selbstmörders. In einer Schöpfung im Jagen 58 des Forstes bei Erkner wurde gestern die Leiche eines Selbstmörders aufgefunden, die mindestens ein halbes Jahr bereits dort gelegen hat. Sie war fast vollständig in Verwesung übergegangen und teilweise schon skelettiert. Der Rump lag auf dem Erdboden, während der Kopf noch in einer Schlinge am Baum hing. Ueber den Toten konnte nichts ermittelt werden.

Ein „Leinwand- und Tuchreisender“ treibt gegenwärtig in Augenscheidten und in den Vororten sein Unwesen. Der Reisende, ein etwa 25 bis 30jähriger Mann, bietet den Hausfrauen Taschentücher nach vorgelegtem Muster zu auffällig niedrigem Preise an und läßt sich auf die Lieferung eine Anzahlung leisten. Wenn er das Geschäft zum Abschluß gebracht hat, bietet er der Kundin einen Rest Tuchstoff an, der eigentlich für einen anderen Kunden bestimmt war. Er habe aber angeblich den Stoff wieder mitgenommen, weil jener nicht zahlen könne. Weht die Kundin auf den Kauf ein, so läßt sich der Reisende den Stoff gleich bezahlen und erst zu spät erkennt die Käuferin, daß der Stoff nicht nur mindernwertig, sondern auch kürzer ist, wie angegeben. Natürlich werden auch die Taschentücher nicht geliefert, auf welche die Anzahlung geleistet ist. So plump auch der Schwindel ist, scheint der Gauner, wie aus der großen Zahl der bei der Polizei eingelaufenen Anzeigen zu entnehmen ist, doch zahlreiche Opfer zu finden.

In einer Badeanstalt erhängt hat sich der 25 Jahre alte Schlosser Karl Klische aus Groß-Rammmin, der zuletzt am Grünen Weg 46 wohnte. Der junge Mann kam gestern nach der städtischen Badeanstalt an der Schillingstraße und bestellte ein Sonnenbad. Als er nicht mehr zum Vorschein kam, öffnete man seine Zelle und fand ihn am Kleiderhaken hängen. Wiederbelebungsversuche, die ein Arzt von der nächsten Unfallstation anstellte, blieben erfolglos.

Der Brand eines Möbelspeichers alarmierte in der Nacht zum Dienstag die Berliner Feuerwehr nach dem Kleinen Tiergarten. Dort, Alt-Moabit 91/92, auf einem Grundstück der Schützlichen Erben, befindet sich ein Möbelspeicher, der einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehört. Das Feuer wurde erst bemerkt, als es gegen 12 1/2 Uhr nachts aus der Nachbarschaft gesehen wurde. Der 15. Zug unter Leitung des Brandmeisters Hammer war schnell zur Stelle. Die Flammen hatten aber bereits eine so große Ausdehnung erlangt, daß es mehrkündiger Wehrlöscher bedurfte, um den Brand zu löschen. Nicht nur das Erdgeschoss, sondern auch das erste Stockwerk, der Dachstuhl mit dem Fußboden usw. standen in Flammen. Durch kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen gelang es schließlich, den Brand zu löschen. Gegen 4 Uhr konnte die Feuerwehre unter Zurücklassung einer Brandwache wieder abziehen. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Ferner hatte die Feuerwehr in der Veteranenstraße 22, Staliner Str. 78, Brunnenstr. 60 und Müddendorfer Straße 3 zu tun, wo Gerdinen, Möbel, Schalbeden, Schornsteine usw. brannten.

Im Schießhaus Busch erschossen hat sich gestern Nachmittag der Schuhmacher Ernst Stolzer. Auf dem Wege nach dem Urban, wohin man den Schwerverletzten schaffte, starb er.

Gelandete Leiche. Am 1. Mai wurde aus dem Quisenstädtischen Kanal an der Halberstraße die Leiche eines zirka 50 Jahre alten Mannes gelandet. Der Tote war etwa 1,60 Meter groß, hat zirka

14 Tage im Wasser gelegen; er hatte dunkelbraunes Haar, etwas Blässe, rötlichen Schnurrbart, braune Augen, und war bekleidet mit schwarzem Winterüberzieher, schwarzer Kammgarnhose und Weste, ebensolchem Jackett mit hellen Streifen, weißem Hemd, weißem Umlegekragen, blauem Schlips und schwarzen Schnürschuhen. Die Leiche, an welcher sich Spuren anderer Verletzungen nicht befanden, ist im Leichenhause, Hannoverische Straße 6. Personen, welche über den Toten nähere Angaben machen können, wollen sich dorthin wenden oder zu 1668 IV. 59. 00 dem Polizeipräsidium Mitteilung machen.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadterordnetenversammlung.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte die Einführung des Stadterordneten Dr. Graf v. Ratuschka (lib. Frakt.); sodann machte der Vorsteher davon Mitteilung, daß der Stadterordnete Dr. Böhrberg (lib. Frakt.) sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt hat.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hatte die Stadterordnetenversammlung im Februar eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, wie es mit der Beschaffung von Koststandsarbeiten in Schöneberg steht und ob der Magistrat die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung plant. Die Antwort des Magistrats lag der Versammlung zur Kenntnisnahme in dieser Sitzung vor.

Was die Beschaffung von Koststandsarbeiten betrifft, so sind in der Kanalverwaltung durchschmittlich 65 Mann beschäftigt worden. In der Hochbau- und Tiefbauverwaltung konnte ebenfalls nur eine geringe Anzahl von Arbeitslosen beschäftigt werden, da die Arbeiten mit Rücksicht auf die andauernde Frostperiode des verflohenen Winters nicht in dem Umfang aufgenommen werden konnten, wie dies ursprünglich beabsichtigt war. — Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung hat der Magistrat abgelehnt. Bei dem Straßburger System (Gewährung von Zuschüssen an die Arbeiterorganisationen) kommt der Nutzen der Einrichtung nur den gemeinschaftlich organisierten Arbeitern zugute. Es erfüllt daher nicht seinen Zweck und kann deshalb nicht eingeführt werden. Die Schaffung eines neuen Versicherungsträgers und damit einer neuen Organisation (z. B. im Anschluß an unseren städtischen Arbeitsnachweis) wäre zwar ein an sich verdienstliches Werk, weil es zu neuen Erfahrungen führen würde. Aber auch dieser Weg wäre ebenso, wie die Einführung des Straßburger Systems, nur ein Experiment und würde nur einem kleinen Teile der Arbeiterschaft zugute kommen, denn für die Arbeitslosenversicherung muß Groß-Berlin als wirtschaftliche Einheit betrachtet werden und es kann kein praktischer Erfolg erzielt werden, wenn man in neuen wirtschaftlichen Grenzen eine solche Einrichtung nur für einen Teil einführt, während die von der Einrichtung Betroffenen sich über das ganze Gebiet verstreuen. Der Magistrat hält somit die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung für Schöneberg nicht möglich.

Stadtr. Küster (Soz.) erklärt, daß es Befremden erregen müsse, wenn gegenüber der herrschenden Arbeitslosigkeit so wenig Arbeit vergeben worden ist. Das, was in dieser Beziehung geschehen ist, sei so gut wie garnichts. Die meisten Arbeiten sind auch nicht einmal von der Stadt in eigener Regie, sondern von Privatunternehmern ausgeführt worden. Die ganze Situation hat gezeigt, daß gegenüber der Arbeitslosigkeit in erster Linie mit der Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung vorgegangen werden muß. Aber hier vermag der Magistrat vollständig. Die ablehnende Begründung der Arbeitslosenversicherung hätte garnicht erst gedruckt werden brauchen. Ein Schuhmacher oder ein Schneider hätte eine bessere Begründung geben können. Im Reiche sagt man, die Kommunen müssen erst mit der Arbeitslosenversicherung den Anfang machen, hier will man sich nun ganz auf das Reich verlassen. Redner gibt einige Beispiele von anderen Städten, wo die Arbeitslosenversicherung eingeführt ist und wo man gute Erfahrungen damit gemacht hat. Es wäre richtiger gewesen, der Magistrat hätte sich erst mit der Stadterordnetenversammlung in Verbindung gesetzt, ehe er zu seinem ablehnenden Beschluß gekommen ist. Redner stellt namens der sozialdemokratischen Fraktion folgenden Antrag:

„Der Magistrat wird ersucht, mit der Stadterordnetenversammlung in gemischter Deputation erneut Erwägungen anzustellen, ob und in welcher Weise eine kommunale Arbeitslosenversicherung für Schöneberg zur Einführung kommen kann.“

Stadtr. Weyer (lib. Frakt.) hält die Angelegenheit ebenfalls für wichtig, die man nicht ohne weiteres fallen lassen soll. Die liberale Fraktion kann sich dem Standpunkt des Magistrats nicht anschließen. Schöneberg kann ganz gut allein eine Arbeitslosenversicherung einführen, es braucht nur eine gewisse Korrenzzeit für das Wohnen in Schöneberg vorgezogen werden. Die Erfahrungen anderer Städte müsse man sich zu Nutze machen.

Stadtr. Jöbel (lib. Frakt.) wünscht, daß noch untersucht werde, wie viel von den Arbeitslosen, die bei den Koststandsarbeiten beschäftigt wurden haben, gelernte und ungelernete Arbeiter sind und wieviele Familienväter sind. Nicht der erste beste ist bei den Koststandsarbeiten zu beschäftigen, sondern vor allem der, wo die Not am größten ist. Was die Arbeitslosenversicherung betrifft, so schließt sich Redner den Ausführungen des Stadterordneten Küster an, wenn seine Kritik auch etwas zu scharf ausgefallen ist.

Stadtr. Wälger erklärt, daß sich Schöneberg unmöglich darauf einlassen kann, ein Experiment zu machen, von dem man von vornherein weiß, daß es anlingen wird. Es kann nur gemeinsam mit anderen Kommunen etwas geschaffen werden und vor allem gehören dazu gut organisierte Arbeitsnachweise. In Berlin ist aber nicht einmal ein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden. Der Magistrat ist jederzeit bereit, die Frage der Arbeitslosenversicherung mit der Stadterordnetenversammlung weiter zu erörtern. Redner begreift aber, daß die Deputation fruchtbringende Arbeit leisten wird.

Stadtr. Seyne (Unabh. Vereinig.) meint, daß aus dem Schweigen seiner Fraktion nicht etwa geschlossen werden soll, daß sie der Frage kein Interesse entgegenbringen. Im Gegenteil werden auch sie sich mit Interesse an den weiteren Erörterungen über die Arbeitslosenversicherung beteiligen.

Da nach der Geschäftsordnung eine sofortige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag nicht möglich ist, so wird derselbe und mit ihm auch ein ähnlicher Antrag der liberalen Fraktion auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.

Die Versammlung wandte sich darauf dem vorgelegten Entwurf für den Neubau des Rathauses zu. Die Baukosten belaufen sich auf 4 200 000 Mark.

Stadtr. Wäster (lib. Frakt.) tritt für Ablehnung der Magistratsvorlage ein und verlangt eine öffentliche Ausschreibung. Das Hochbauamt ist zu überlastet, um die Arbeiten richtig fördern zu können.

Die Stadterordneten Seyne (Unabh. Vereinig.) und Jöbel (Soz.) können sich dem gemachten Vorschlage nicht anschließen. Die bisherigen Arbeiten und der einstimmige Beschluß der Rathausdeputation können unmöglich über den Haufen geworfen werden.

Es wird darauf beschlossen, die ganze Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen.

Eine Petition wegen Errichtung einer Schwimmhalle wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Sodann nimmt die Versammlung den Bericht des Ausschusses, dem der sozialdemokratische Antrag betr. Wäster in der Krankeuhause überwiesen worden ist, entgegen. Die Versammlung beschließt, an den Magistrat das Ersuchen zu richten, sich damit



einderstanden zu erklären, daß für sämtliche Mitglieder der Orts-Frankenkasse die bisherigen Kur- und Verpflegungssätze der Orts-Frankenkasse gegenüber bis zum 1. Oktober dieses Jahres Geltung haben und die Erhöhung dieser Sätze der Krankenkasse gegenüber erst vom 1. Oktober dieses Jahres in Kraft tritt. Für diejenigen Kranken, welche vor dem 1. Oktober im Krankenhaus aufgenommen und nach dem 1. Oktober im Krankenhaus noch zu verpflegen sind, sollen auch vom 1. Oktober ab die erhöhten Sätze gezahlt werden.

Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung werden wieder in die Monate Juli und August gelegt.

### Rixdorf.

Aus der Magistratsitzung. Der Beschluß der Tiefbaudeputation, die Pflasterung der Canner Chaussee auf die Straße der Briher Allee und der Heibelamprabenstraße auszuweiten und den Fahrdamm in einer Breite von 6 Metern mit Koppsteinen zu pflastern, wird genehmigt. — Der Entwurf für den Bau einer Gemeindegasse in der Thomasstraße und der vorgelegte Kostenanschlag werden genehmigt. Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die Richardstraße in der Straße zwischen Richardplatz und Kirchgasse durch Aenderung der östlichen Fluchtlinie auf eine Breite von 10 Metern gebracht wird, und daß mit dem Rentier Karl Daedrich, dem Rentanten Artur Daedrich, dem Kaufmann Paul Daedrich und dem Fabrikanten Otto Wöltinger Vereinbarungen wegen der Straßenverbreiterung auf der Grundlage der urkundlichen Angebote getroffen werden. Der auf die Stadtgemeinde entfallende Kostenbeitrag zu der Straßenverbreiterung in Höhe von 42 500 M. soll nebst den Kosten der Straßenpflasterung aus einer neu auszunehmenden Anleihe entnommen werden. — Der Königlich Eisenbahndirektion soll mitgeteilt werden, daß der Magistrat bereit ist, die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes an der Bergstraße auf städtische Kosten vorzunehmen und die schon bestehende Zeitungsvorfahrt sowie die neu zu errichtende Zigarettenverkaufshalle des Kaufmanns Köhler in die herzustellenden Anlagen einzubeziehen. Hinsichtlich der Umgestaltung des Vorplatzes im einzelnen wird zunächst dem Vorschlag der Gartendeputation entgegengekehrt.

Bakteriologische Untersuchungen. Der hiesige Magistrat weist erneut darauf hin, daß zur Feststellung der ärztlichen Diagnose die Hilfe des bakteriologischen Untersuchungsamtes in Schöneberg (Auguste-Viktoria-Krankenhaus) kostenfrei zur Verfügung steht. Auch zur Feststellung von Tuberkulose, Typhus, Genickstarre und Ruhr kann das Untersuchungsamt in Anspruch genommen werden. Jeder Arzt erhält kostenlos in den hiesigen Apotheken die zur Aufnahme der bakteriologischen Untersuchungsobjekte erforderlichen Versandgefäße mit allen zur Verpackung und Ueberlieferung notwendigen Hilfsmitteln. Die Beförderung der Präparate durch die Post erfolgt portofrei.

### Wilmerdorf.

Die Angelegenheit der Leichenabfuhr, die in der Nähe des Bahnhofs Halensee errichtet werden soll, erregte bekanntlich vor einigen Monaten auf das lebhafteste die Gemüter der Grundstückbesitzer in Wilmerdorf. Nur wenig trug es zur Beruhigung dieser Staatsstübchen bei, daß eine Erklärung abgegeben wurde, wonach der Leichentransport nach Halensee nur zur Nachtzeit vor sich gehen solle. Aber selbst aus diesem Versprechen scheint nichts zu werden. Denn jetzt wird bekannt, daß die Berliner Stadtsynode, der bekanntlich die Befahrung am Bahnhof Halensee zu danken ist, kein Mittel unberührt lassen will, um die Gültigkeit einer in dem erwähnten Sinne erlassenen Polizeiverordnung aufzuheben. Es soll sofort nach der Veröffentlichung einer solchen Verordnung ein Verwaltungsverfahren eingeleitet werden, und die Kirchenbehörde rechnet bestimmt mit dem Erfolg ihrer Anfechtungspläne. Wir haben bekanntlich und seinerzeit über die ertönten Leberzürnungen jener Spekulantensippe lustig gemacht, der das Dasein erst dann behaglich dünkt, wenn die Quadratrute Baugrund auf einen Mindestpreis von 2000 M. hinaufgetrieben ist. Aber so wenig Sympathie wir für die Grundstückswucherer übrig haben, denen der Bau der Leichenhalle einen Strich durch die Rechnung gemacht hat, so sehr erheben wir das Verlangen verständlich, daß der Leichentransport der Leichen nach Möglichkeit zur Nachtzeit erfolgen soll. Wir würden uns nur dann mit einem Erfolg der Stadtsynode abfinden können, wenn die Prophezeiung der Spekulanten sich verwirklichen und die mit allem Raffinement der Neuzeit eingerichteten Paläste am Kurfürstendamm schließlich doch an Proletarier vermietet werden müßten.

Ueber die Reform der Arbeiterversicherung referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Bauer. Hierauf erstattete Genosse Gohdau den Rapport vom 1. Quartal d. J. Einer Einnahme von 403,31 M. steht eine Ausgabe von 873,18 M. gegenüber. Unter Berücksichtigung der Vorjahre machte der Vorsitzende auf eine Notiz im „Vorwärts“ aufmerksam, wonach sich der Wilmerdorfer Arbeiterverein beim Bundesvorstand beschwert habe, weil seine Mitwirkung bei der Kaiserfeier vom Wahlverein abgelehnt worden sei. Der Vorsitzende stellte fest, daß dieses nicht der Fall sei. Als Bezirksführer für den 1. Bezirk wurde der Genosse Klein bestätigt. Am Sonntag, den 16. Mai, soll eine Versammlung der Treptower Sternwarte vorgenommen werden; die Billets hierzu gelangen am Jahlabend zur Ausgabe. Der Vorsitzende sowohl wie auch die Genossen Harder ersuchten noch um recht zahlreichen Besuch der Frauenleseabende. Zugleich forderten sie die Genossen auf, ihre Frauen dem Wahlverein zuzuführen. Gleichzeitig machte der Vorsitzende bekannt, daß von jetzt ab der Versammlungs- und Jahlabendbesuch im Mitgliedsbuch abgestempelt wird, um einen besseren Besuch derselben zu erzielen.

### Rummelsburg.

Von der Verlosung, welche bei der Kaiserfeier des sozialdemokratischen Wahlvereins Rummelsburg im Lokale Neu-Seeland bei Witwe Schönerl stattgefunden hat, sind noch folgende Gewinne von der „Vorwärts“-Expedition, Alt-Vorlagen 66, haben, abzuholen: Rm. 80, 98, 98, 113, 149, 169, 196, 229, 306, 458, 495.

### Mariendorf-Süden.

In der Gemeindevertreterversammlung wurde die Errichtung einer zweiten Polizeiwache beschlossen, und zwar soll hierfür ein Raum im Rathaus ohne Mietanschuldigung, nur gegen Errichtung der Bekleidungslosten zur Verfügung gestellt werden. — Weiter standen verschiedene Hausdispens- und Straßenbauarbeiten, u. a. die Feststellung der Abrechnung und des Kostenverteilungsplanes über die Neuverpflasterung eines Teiles der Wilhelmstraße in Süden zur Beratung. Die bereits vor fünf Jahren erfolgte Asphaltierung hatte 87 000 M. Kosten verursacht. Nach dem Dienststatut können die Anlieger zum Weitra bis zu 90 Proz. der Gesamtkosten herangezogen werden. Dem Kommissionsvorschlag entsprechend wurde die Belastung der Anlieger mit 50 Proz. der entstandenen Kosten beschlossen. Priorität wurde von verschiedenen Rednern, daß der Beschluß der früheren Vertretung den Interessenten damals nicht bekannt gegeben worden sei, vielmehr mit der Ausführung der Arbeit sofort begonnen wurde. Jetzt erst, nachdem die Straße längst ausgebeizt und sogar bald wieder mit der Erneuerung des Asphaltts begonnen werden muß, soll der Plan öffentlich ausgehängt und die Kostenrechnung präsentiert werden. Die Genossen Reichardt und Weber vertraten die Ansicht, daß die Schuld an der vergrößerten Belastung der Anlieger wohl den Gemeindevorstand treffe, daß die Süden aber auch durch ihre Vertreter hätten informiert werden müssen; indes solle der Versuch zur Wiedererlangung eines Teiles der Kosten gemacht werden. Dem Antrage auf Einstellung zweier neuen Lehrkräfte für die Volksschule, eines Lehrers und einer Lehrerin, wurde zugestimmt, da durch die letzte Einschulung die unteren Klassen überfüllt sind. Genosse Weber fragte an, ob denn bald halbjährliche Einschulung an Stelle der bisherigen einjährigen eingeführt wird. Der Gemeindevorsteher erwiderte, daß wegen einheitlicher Einschulung mit der Verantwortl. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Rixdorf. Für den

Regierung Verhandlungen schweben, die noch nicht abgeschlossen sind. Von unseren Genossen wurden noch verschiedene Mängel zur Sprache gebracht, die sich bei der Benutzung des Schulbrausebades bemerkbar machen. Abhilfe wurde in Aussicht gestellt. — In nächstfolgender Sitzung wurde der Ankauf von 48 Morgen Land zur Errichtung eines Volksparkes beschlossen.

### Mahlsdorf a. d. Ostbahn.

Die Wertzuwachssteuer ist nun auch in unserem Ort, dessen ausgehobene Bemerkung vor den Toren Berlins ein willkommenes Objekt für Grundstückspekulanten bietet, eingeführt worden. Bereits in der Gemeindevertreterversammlung vom 14. April stand diese Frage auf der Tagesordnung. Die Behandlung wurde jedoch dadurch verhindert, daß die der sogenannten Bauernpartei angehörenden Vertreter sowie die derselben Partei angehörenden Schöffen nicht erschienen und dadurch die Beschlußfähigkeit der Sitzung herbeiführten. In der darauf folgenden, ohne Rücksicht auf die Zahl der Teilnehmer beschlußfähigen Sitzung vom 28. April waren jene Herren aber erschienen und stimmten auch — ohne sich an der Diskussion zu beteiligen — geschlossen gegen die von einer Kommission unterbreitete Wertzuwachssteuervorlage. Dies geschah, trotzdem bei früheren Verhandlungen auch von Mitgliedern der Bauernpartei die eventuelle Einführung der fraglichen Steuerart bekräftigt worden war. Trotz dieses geschlossenen Widerstandes der Hauptinteressenten gelangte die Steuervorlage mit acht gegen acht Stimmen, mit der den Ausschlag gebenden Stimme des Gemeindevorstehers zur Annahme. Nach dieser Vorlage bleibt zunächst der Wertzuwachs bis zu 10 Proz. unbesteuer. Von 10 bis 20 Proz. Wertzuwachs werden mit 5 Proz., und so weiter je 10 Proz. mehr Wertzuwachs mit je 1 Proz. Erhöhung besteuert, so daß bei einer Wertsteigerung von mehr als 150 Proz. 20 Proz. Steuer erhoben werden. Diese Sätze kommen bei bebauten Grundstücken jedoch nur zur Erhebung, wenn seit der letzten Veränderung höchstens zehn Jahre verstrichen sind. Beträgt der Zeitraum mehr als zehn Jahre, dann wird nur die Hälfte der vorgenannten Sätze erhoben. Dasselbe geschieht auch bei unbebauten Grundstücken, wenn seit der letzten Veränderung mehr als 20 Jahre verstrichen sind. Als bebaut gilt nur der Teil des Gesamtgrundstückes, dessen Fläche gleich der 7/10fachen der bebauten Fläche ist. Eine weitere Bestimmung besagt, daß in den Fällen, in welchen der frühere Erwerbpreis oder Wert nicht zu ermitteln ist, an Stelle der Wertzuwachssteuer Zuschläge zum gegenwärtigen Erwerbepreise treten, welche bei einer Besitzzeit bis zu 20 Jahren 3 Proz., bei mehr als 20 Jahren 4 Proz. betragen. Bei unbebauten Grundstücken kommt auch hier der doppelte Steuerfuß zur Erhebung. Die Vorlage enthält ferner Bestimmungen, daß auch in den Fällen, wo Grundstücksgesellschaften gebildet werden zu dem Zwecke, bei Veränderung von Grundstücken sich um die Steuerzahlung herumzudrücken, diese Abhülfe verhindert wird. Die Ein- und Ausbringung von Grundstücken in solche Gesellschaften wird als Veränderung deklariert und entsprechend besteuert. Das gleiche ist der Fall mit dem Erwerb von Anteilen solcher Gesellschaften. Alles in allem dürfte die zur Einführung gelangte Wertzuwachssteuer doch dazu beitragen, die unbediente Wertsteigerung erheblich zur Deckung der allgemeinen Kosten für Erhaltung der Gemeindevorrichtungen heranzuziehen.

### Teltow.

Ablich verunglückt sind in der Nacht vom Montag zum Dienstag drei Arbeiter in Seehof bei Teltow. Sie waren mit der Kabellegung auf der Strecke Groh-Nichtersfelde-Teltow beschäftigt, hatten die Nacht in der üblichen transportablen Bauhütte zugebracht und zum Schutze gegen die Kälte die Kofelöcke gefeuert. Infolge der sich entwickelnden giftigen Gase, die in dem geschlossenen Räume nicht entweichen konnten, sind alle drei erstickt. Die bei den Verunglückten sofort aufgenommenen Wiederbelebungsbemühungen sind leider erfolglos geblieben.

### Santow.

Ueber den Bauanfall in der Mariensfelder Straße wird uns in Ergänzung unserer gestrigen Meldung noch mitgeteilt: Der Teil der eingeführten Mittelwand des bis zur zweiten Etage gediehenen Baues ist bis auf das Fundament niedergebrosen. Die Ursache des Einsturzes scheint eine nicht sachmännlich ausgeführte Veränderung an den Fundamenten zu sein. Vor einigen Wochen wurde der Bau von einer Baukommission untersucht, dabei wurde festgestellt, daß das aus Zementbeton bestehende Fundament nicht die nötige Tragfähigkeit hatte. Die Kommission verlangte deshalb, daß die Fundamente unterfangen werden sollten. Bei dieser Arbeit ist nun mit der nötigen Vorsicht verfahren worden. Denn während unten das Fundament freigelegt wurde, arbeitete man oben ruhig weiter, ohne die auf der Wand ruhenden Balken genügend abzustützen. Bei dem Unglück sind die beim Unterfangen beschäftigten Arbeiter am besten weggekommen, weil sie sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, während die vier Verletzten alle auf der Klüftung beschäftigt gewesen sind. Der Unternehmer heißt nicht Sagelitz, sondern Kadelitz.

### Kossen.

In der Stadtverordnetenversammlung am 1. Mai wurde nach warmer Befürwortung des Bürgermeisters der Bau der Gasanstalt für die Stadt an die Berlin-Anhalter Maschinenfabrik endgültig vergeben. Zugleich schloß die Versammlung einen auf 25 Jahre laufenden Pachtvertrag über den Betrieb der Gasanstalt mit dieser Firma. Die Stadt hat eine Gewinnbeteiligung von 75 Prozent jährlich. Bei genügender Rentabilität der Anstalt steht der Stadt das Recht zu, den Vertrag nach einjähriger Kündigungsfrist zu lösen, jedoch nicht vor Ablauf der ersten 4 1/2 Jahre. Die Wasserfirma hat das Monopol auf sämtliche Hausanschlüsse und Installationen. Die Inbetriebsetzung der Anstalt soll am 1. Oktober dieses Jahres erfolgen. Zu dem Bau der Gasanstalt hat die Stadt eine Anleihe von 200 000 M. aufgenommen. Die gegenwärtige mangelhafte Beleuchtung unserer Stadt liegt bekanntlich in den Händen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, die zweifellos mit der neuen Gasanstalt in einen schweren Konkurrenzkampf treten dürfte. — Der Unterricht in der Fortbildungsschule wurde im Rechnen, Deutsch und Zeichnen obligatorisch eingeführt, wobei sich die Herren Stadtväter wieder recht rüchsig zeigten, indem die Zeichensunden auf Sonntag vormittag festgesetzt sind.

Mit dem Verlassen des früheren Rentanten der Allgemeinen Ortskrankenkasse „Rechtshulpe“, Herrn Stadtverordneten F. Bartels, beschäftigten sich zwei Generalversammlungen obgenannter Kasse. Wie man uns meldet, hat die Revisionskommission der Kasse schon im vergangenen Jahre dem Vorstande die Mitteilung gemacht, daß sich die Bücher des Rentanten nicht in Ordnung befänden. Spätere Revisionen bestätigten diese Angaben; sie führten dazu, daß der Vorstand dem Rentanten die Bücher abnahm und dieselben der Aufsichtsbehörde (Magistrat) übergab. Einige Tage später übergab Herr Bartels auch die Kasse dem Magistrat. Auch dieser soll, wie in der Generalversammlung mitgeteilt wurde, eine Umordnung der Bücher festgestellt haben. Einmündige Annahme fand ein Antrag, wodurch Herr Bartels erkräftigt wird, sein Stadtverordnetenmandat sowie seine sonstigen öffentlichen Ämter niederzulegen.

Diesem Wunsche ist Herr B. nicht nachgegeben. Die Stadtverordnetenversammlung hat ihn sogar vor kurzem noch in die Finanzkommission gewählt. In der Generalversammlung der Kasse am vorigen Donnerstag wurde das Verhalten des Herrn B. von Arbeitnehmern sowie auch von Arbeitgeberern einer scharfen Kritik unterzogen. Zugleich beschloß die Versammlung, die Kassensbücher auf Kosten des früheren Rentanten Bartels von einem vereidigten Kasserevisor prüfen zu lassen, um hierauf weitere Schritte gegen B. unternehmen zu können.

### Pankow.

Daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den hiesigen Genossen wieder im Zunehmen begriffen ist, bewies der überaus harmonische und würdige Verlauf der letzten Kaiserfeier im Ebersbach-Inferatenteil verantw.: Th. Gloske, Berlin, Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

sehen Lokal. Trotzdem eine kleine Clique die größten Anstrengungen gemacht hatte, die von unseren Genossen veranstaltete Feier zu stören, stülten an 400 Personen den Saal des Lokals. Die Feier, die durch tatkräftiges Mitwirken der „Vereinigten Arbeiterjünger Pankows“, des hiesigen Arbeiter-Radfahrervereins sowie des Arbeiter-Turnvereins verschönt wurde, erreichte ihren Höhepunkt, als Genosse Albert Jakob in seiner feurigen Rede die Versammelten auf die Notwendigkeit des Zusammenflusses der Arbeiterklasse verwies. Mehr denn alles andere hat dieses Fest bewiesen, daß die hiesige Arbeiterchaft wieder fest entschlossen ist, mit der alten Hingebung für den Befreiungskampf des Proletariats tätig zu sein.

### Potsdam.

Die neuerbaute städtische Flussbadeanstalt in der Leipziger Straße soll wieder an einen Unternehmer und zwar an den Gostfieberanten und Kohlenhändler Wey für 400 M. verpachtet werden. Dieser Beschluß steht im Gegenlatz zu dem in letzter Zeit geübten Brauch, alle Betriebe in eigene Regie zu übernehmen; lediglich Rücksicht auf den Pächter der alten Badeanstalt dürften hierbei den Ausschlag gegeben haben. Dafür zahlt die Stadt jetzt 1400 M. (inkl. Bewachung) für das Baden der städtischen Gemeindefässer an einen anderen Privatunternehmer, während die städtische Badeanstalt hierzu viel praktischer wäre.

### Spandau.

Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich, wie die „Spand. Zig.“ meldet, am Sonnabend vormittag bei den Bahnarbeiten an der Klosterstraße ereignet. Bei diesen Arbeiten werden, wie im „Vorwärts“ schon berichtet, auch weibliche polnische Arbeiterinnen beschäftigt. Am Sonnabend fuhr nun ein Zug in eine solche Arbeiterinnenkolonne und richtete schweres Unheil an. Einer Arbeiterin wurde ein Arm abgefahren und ihr sonst noch schwere Verletzungen an den Unterschenkeln beigebracht. Sie wurde in hoffnungslosem Zustand in das hiesige Krankenhaus gebracht. Mehrere andere Arbeiterinnen wurden von dem Zuge bei Seite geschleudert und mehr oder minder verletzt. Eine Arbeiterin wußte sich dadurch zu retten, daß sie sich platt zwischen die Schienen warf und den Zug über sich hinwegrollen ließ. Die Entdeckung ist bei allen, welche die Verwendung von weiblichen Arbeiterinnen zu solchen Arbeiten gesehen, eine große, aber Abhilfe wird nicht gesehen. Die Hauptsache ist, daß der Eisenbahnklub spart und der Unternehmer doch sein Geschäftchen macht.

Die Abfällung. In einem Bericht über die Kaiserfeier erlaubt sich das konservativ „Spandauer Tageblatt“ die Bemerkung: Das schlechte Wetter dürfte sich zu einer gründlichen Abfällung der Gemüter vortrefflich eignen. Diese Bemerkung hätte weit besser für den Bericht über die kürzlich erfolgte Denkmalsentweihung gepaßt. Hier hat das schlechte Wetter wirklich bedeutend abfällend gewirkt, denn die mit ziemlich hohen Kosten erbauten Tribünen wiesen ganz hübsche Räden auf. Bedeutend abfällend wird auch folgendes Vorkommnis auf einige patriotische Kriegervereine von der Munitionsfabrik gewirkt haben: Diesen Leuten war zur Teilnahme an der Denkmalsentweihung von der Direktion ein dreistündiger Urlaub erteilt. (Es geht hier auch das Gerücht, daß die Verdamnis den Leuten aus der Kasse des Denkmalsfonds erstattet werden soll.) Nachdem nun die patriotischen Kriegervereine stramm bei strömendem Regen Spallier gebildet und ihre Götter ausgebracht, waren sie betraut abgefällt, daß sie ihren Patriotismus durch diverse alkoholische Getränke wieder aufzuwärmen genötigt waren. Dazu reichte natürlich der dreistündige Urlaub nicht aus, es wurde der ganze Nachmittag noch zu Hilfe genommen. Der Direktion hatte man telephonisch Nachricht von diesem notwendigen Aufwärmungsakt gegeben. Am anderen Tage wurden die Patrioten von der Direktion mit je 2 M. wegen unbedingter Ueberfälligkeit des Urlaubs bestraft. Diese Maßnahme hat jedenfalls bei den Beteiligten den größten Grad der Abfällung hervorgerufen.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde unter Lindenstraße Nr. 3, zweiten Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 1897. Jahrgang, 1897. wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Buchstabe und eine Zahl als Vorkennzeichen beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen frage man in der Sprechstunde vor.

F. B. 66. Nur wenn Sie nachweisen können, daß durch den Ihnen hervorgehobenen Mißstand eine Gesundheitsgefährdung stattfindet, würde nach dem Gesetze ein Grund zur Aufhebung des Mietvertrages und zu einer Schadenersatzforderung vorliegen. — R. S. 10. Die Mutter würde einen Unterhaltungsanspruch eventuell durch Klage gegen den verstorbenen Sohn geltend machen können, wenn sie nachweist, daß Unterhaltungsbedürftigkeit vorliegt. Ein Anspruch auf Invalidenrente besteht, wenn mindestens 200 Markien geleistet sind und nachgewiesen wird, daß Invalidität im Sinne des Versicherungsgesetzes vorliegt. — G. S. 36. Weder würde eine Klage Aussicht auf Erfolg in Ihrem Falle nicht haben. — G. S. 20. Sie können lediglich auf Zahlung des von Ihnen Veranlagten beim Amtsgericht klagen oder bei dem Amtsgericht den Antrag auf Zahlungsbefehl beantragen. — G. S. 99. 1. Leiber nein. 2. Ein Antrag werden in der Regel die Steuern für diese Zeit erlassen. — G. S. 101. Die Frau muß sich an ihren Anwalt oder an das Gericht wenden, um eine Ausfertigung des Urteils zu erhalten. Innerhalb eines Monats nach Zustellung des Urteils ist Berufung möglich. Ist diese Frist abgelaufen, ohne daß Berufung eingelegt ist, so wird das Urteil rechtskräftig. Die Rechtskraft muß durch die Gerichtsschreiberei bescheinigt werden. 2. Insofern Mißverhältnisse vorliegen ist die Verlegung des mit dem Rechtskrafturteil versehenen Urteils erforderlich. Die geliebte Frau muß ferner zehn Monate bis zur zweiten Instanz warten. Auf Antrag erhält sie aber vom Amtsgericht in der Regel Dispens von dieser Wartepflicht. Zweitmäßig ist, dem Antrage das Urteil einer Hebamme darüber beizulegen, daß andere Umstände nicht vorliegen. 3. Dem ersten Manne bleiben die väterlichen Rechte. — R. S. 74. 1. Nein. Das Urteil über das Vermögen zur Ertragung der Kosten wird von der Gemeinde erstattet, wenn die Betroffenen nicht. Zweitmäßig ist es daher, sowohl in Charlottenburg wie später in Berlin die erforderlichen Schritte zu tun. 2. Als Urteil das, so beantragt die Betroffenen unter Ueberreichung des Urteiles beim Amtsgericht die Vermittlung des Armenrats. 3. Reineswegs. 3. Schon jetzt kann die Betroffenen auf Hinterlegung der Einbringungslosten und der Alimentenlosten für ein Quartal klagen. — R. 100. Ja. Damit allein der Witwer oder die Witwe erbt, ist es erforderlich, ein gegenständliches Testament zu machen. — Einmal 15. 1. Gelegentlich, die Räume zwecks Weitervermietung beschließen zu lassen, müssen Sie dem Wert geben eventuell ihm die Schlüssel abliefern. 2. Die Beschäftigung hat in angemessener Zeit stattzufinden. Kommt eine Ueberreizung darüber, was angemessen ist, nicht zustande, so hat das Gericht auf Anrufen zu entscheiden. Berliner Gerichte haben anerkannt, daß die Zeit von 6 bis 8 Uhr als angemessen zu erachten ist. — G. S. 24. Voraussetzungen würde im Falle der Klage das Gemeindericht annehmen, daß durch die Unterschrift die Kündigungsfrist ausgeschlossen ist.

Städtischer Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur genügend, Geschäft lebendig, Preise unbedeutend. Wild: Futur sehr knapp, Geschäft regt, Preise fest. Geflügel: Futur knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Futur mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unbedeutend. Gemüse, Obst und Sädfrüchte: Futur zum Teil ungenügend, Geschäft wenig lebendig, Preise befristet.

Charlottenburg. Den Genossen zur Kenntnis, daß unser altes, früheres Mitglied August Röttger verstorben ist. Die Beerdigung findet heute nachmittags statt. Treffpunkt mittags im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Mehrere Parteigenossen.

Stimmen- und Kranzbindererei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. H. Pfau, Bandagist Berlin Direksenstraße 20. (zwischen Bahnhöfen Alexanderplatz und Volkspark). — Am 17. 1909. Für Damen weibliche Bedienung. \* Lieferung für alle Krankenkassen.